

Stefan Blankertz

**KRITISCHE EINFÜHRUNG
IN DIE ÖKONOMIE
DES SOZIALSTAATES**

*Über die »Kälte« der Wohlfahrt
und »Wärme« des Kapitalismus*

Die meisten der hier versammelten Texte sind ursprünglich Anfang der 1980er entstanden, zum Teil als Vorträge. Sie wurden im Jahre 2000 überarbeitet. Einige Teile des Textes sind in das »Libertäre Manifest« eingegangen. Die Einführung in die Ökonomie ist jedoch bisher unpubliziert.

Stefan Blankertz, 10. 5. 2005

INHALT

Vorwort	5
I. Ökonomie, eine verständliche Einführung	7
II. Ökonomie der Armut	35
III. Ökonomie der Arbeitslosigkeit	57
IV. Ökonomie des Interventionismus	79
V. Ökonomie der Diskriminierung	95
VI. Ökonomie der Bildung	109
VII. Ökonomie der Freiheit	119
Literatur	141

VORWORT

Die Ökonomie ist nach wie vor eine Art Geheimwissenschaft. Die Menschen wissen, dass sie keine Inflation wollen, dass es ihnen um so besser geht, je weniger Arbeitslosigkeit herrscht, dass Armut, selbst wenn sie nur »die Anderen« trifft, für die Sicherheit und das Wohlergehen aller eine Bedrohung darstellt.

Aber viele kapitulieren davor zu verstehen, warum die Politiker die Lohnnebenkosten »senken«, warum der Diskontsatz »verändert« wird, was es bringt, »gegen die Schwarzarbeit« Front zu machen. Das ist den Politikern natürlich ganz recht: Wer nicht versteht, was ihre Maßnahmen bewirken, kann sie auch nicht kontrollieren.

Mit dem vorliegenden Büchlein unternehme ich den Versuch, Ökonomie verständlich darzustellen. Allerdings tue ich das nicht zum Selbstzweck: Ich will aufklären darüber, dass die Politiker (und die von ihnen geleiteten Staaten) prinzipiell gar nicht geeignet sind, die wirtschaftlichen Probleme zu lösen.

Sie, die Leser, sind es, die durch Ihre Arbeit Werte schaffen und Wohlstand erzeugen können. Der Staat gefährdet und zerstört ihn. Das müssen wir zusammen verhindern.

In der ökonomischen Diskussion gibt es heute eine eigenartige Schizophrenie: Auf der einen Seite stehen diejenigen, die angeblich die »ökonomische Rationalität« vertreten. Sie werden mal als »Konservative«, mal als »Neoliberale« bezeichnet und bisweilen sogar als »Rechte« diffamiert (als würden die wahren Rechten nicht die verstaubtesten sozialistischen Forderungen nach »Nationalisierung« der Wirtschaft vertreten). Man gibt zu, dass sie das wollen, was wirtschaftlichen Erfolg bringt. Aber man meint, dieser wirtschaftliche Erfolg ginge auf Kosten der »Menschlichkeit«. Auf der Strecke bliebe die »soziale Gerechtigkeit«.

Diejenigen, die die Menschlichkeit und soziale Gerechtigkeit hochhalten, die »Linken«, »Progressiven« und »Fort-

schrittlichen«, klagen denn auch über den »Terror der Ökonomie«. Sie wollen ihre Ideen gegen die ökonomische Rationalität durchsetzen. Diese »Gutmenschen« haben das Vertrauen darin, dass marxistische Planwirtschaft ökonomisch rational sei, durch die schlimmen Erfahrungen des realen Sozialismus verloren. Aber daraus ziehen sie nicht die Lehre, dass ihre Forderungen falsch seien – nein, nun ist es ihrer Meinung nach das ökonomische Denken, das falsch sein soll!

In Wirklichkeit sind Freiheit, Gerechtigkeit und ökonomische Rationalität keine Feinde. Im Gegenteil: Sie sind gute Freunde. Zu Feinden werden sie durch das falsche Spiel der Rechten und der Linken: Wer behauptet, mit dem Staat entweder die Wirtschaft anzukurbeln oder der sozialen Gerechtigkeit zum Sieg zu verhelfen, um tatsächlich sich selbst Vorteile zu verschaffen, der wird die unangenehmen Folgen dieser unlauteren Politik »der Ökonomie« zuschieben wollen, um von sich abzulenken.

Es ist sehr wichtig, dieses falsche Spiel zu durchschauen. Denn sonst lässt man sich zum Spielball von Ideologien machen, deren einziges Ziel es ist, die produktiven Menschen auszubeuten. Die Namen wechseln – ob Kohl oder Schröder, ob Thatcher oder Blair, ob Reagan oder Clinton, ob Jelzin oder Putin, ob Mitterrand oder Chirac –, das Ziel der Politik bleibt sich immer treu.

ÖKONOMIE, EINE VERSTÄNDLICHE EINFÜHRUNG

WAS IST ÖKONOMIE?

Ökonomie ist Lehre von der Verwertung und Verteilung knapper Güter. Knapp ist jedes Gut, für das es mehr Verwertungs- oder Konsumwünsche gibt als Chancen, es zu bekommen. Die Entscheidung, welche Wünsche befriedigt werden, nennt man in der Ökonomie Allokation.

Beispiel: Es ist 1 Uhr nachts, morgens um sechs muss man aufstehen. Die knappe Ressource Zeit von 5 Stunden wird nun »allokalisiert« (=verteilt) zwischen Schlaf und eventuellen anderen Tätigkeiten, etwa Zähneputzen. Wenn ich mich für 3 Minuten Zähneputzen entscheide, bewerte ich die vom Zähneputzen erwarteten langfristigen positiven Folgen – z. B. gesunde Zähne – höher als die sofortigen drei Minuten mehr Schlaf. Ein Handeln, das knappe Güter auf die Zukunft hin gerichtet allokalisiert, wird »niedrige Zeitpräferenz«, eines das sie für die unmittelbare Bedürfnisbefriedigung verwendet, »hohe Zeitpräferenz« genannt. Wäre das Gut – in diesem Falle Zeit – nicht knapp, d.h. könnte ich am Morgen später aufstehen, bräuchte keine Allokation vorgenommen zu werden: Die 3 Minuten Zähneputzen würden keine kürzere Zeit Schlaf mit sich bringen.

Komplexer wird die Allokationsfrage, wenn wir ein weiteres knappes Gut in die Analyse einbeziehen, z. B. Bequemlichkeit. Nach einem anstrengenden Tag habe ich Null Bock auf Zähneputzen. Es geht dann nicht nur um 3 Minuten Schlaf, die eventuell am Morgen dranhängt werden könnten, sondern auch um das augenblickliche Ruhebedürfnis, das prinzipiell nicht »nachgeholt« werden kann, also eine hohe Zeitpräferenz hat. Dann muss die sofortige Unbequemlichkeit des Zähneputzens gegen die langfristigen Folgen abgewogen werden. Das wäre dann eine Kosten/Nutzen-Analyse.

WAS IST EFFIZIENZ?

Effizienz hat zwei streng zu unterscheidende Bedeutungen. Zum Einen versteht man unter Effizienz, dass die Mittel, ganz

unabhängig von der Allokationsfrage, zu dem angestrebten Ziel führen. Dieser Effizienzbegriff ist die nicht-ökonomische Zieleffizienz.

Beispiel: Wenn durch falsches Zähneputzen die langfristigen Folgen nicht positiv sind (hypersensible Zähne durch freie Zahnhälse...), war das Zähneputzen ineffizient, auch wenn nie ein knappes Gut verwendet wurde. Allerdings war es nur ineffizient, wenn das Ziel des Zähneputzens tatsächlich langfristig positive Folgen waren, etwa gesundes Zahnfleisch. Wenn dies nicht das Ziel war, sondern beispielsweise Befriedigung der puren Lust am Zähneputzen oder Gehorsam gegenüber einer Autoritätsperson, die Zähneputzen verlangt, kann nicht von Ineffizienz gesprochen werden. Das Kind, das sich nur die Zähne putzt, um ein Donnerwetter der Mutter zu vermeiden, handelt sehr effizient, nämlich es vermeidet das Donnerwetter. Wenn die Mutter das Kind zum Zähneputzen anhält, damit es gesunde Zähne bekommt, dann hat in diesem Falle die Mutter ineffizient gehandelt, nämlich ihr Ziel nicht erreicht.

Der zweite Begriff von Effizienz verlangt, dass zur Erlangung eines Zieles die geringst mögliche Menge von knappen Gütern aufgewendet wird. Dies ist der ökonomische Begriff von Effizienz.

Beispiel: Angesichts einer begrenzten Schlafenszeit trödele ich beim Zähneputzen herum, so dass statt 3 Minuten 10 Minuten verstreichen. Selbst wenn ich dabei die Zähne so putze, dass sich die erwarteten langfristigen positiven Folgen einstellen, ist meine Ausführung »unökonomisch« oder ineffizient. Allerdings nur, wenn Zähneputzen mit Hinblick auf die langfristigen Folgen das einzige Ziel ist. Falls nach einem anstrengenden Tag ein wenig Herumtrödeln im Badezimmer als in sich selbst befriedigend und mehr befriedigend als die gleiche Zeit Schlaf angesehen wird (= sehr hohe Zeitpräferenz), ist das Verhalten durchaus effizient. Die Allokationsfrage lautet in diesem Falle nicht mehr (bzw. nicht nur) Zähneputzen oder Schlafen, sondern auch Herumtrödeln oder Schlafen.

EINGRENZUNG »ÖKONOMIE«

Obgleich es tatsächlich keine präzise Definition gibt, mit der das Zähneputzen aus der ökonomischen Betrachtung ausgeschlossen wird, interessiert meist, wenn man von Ökonomie redet, etwas anderes: die Produktion und Verteilung von Gütern (und Dienstleistungen), die dem Unterhalt, der Steigerung des Standards oder der Erreichung von anderen Zielen dienen. Diese Eingrenzung ist wohlgermerkt ungenau und verschiebt sich je nach Interesse. So ist ja auch die Bildung lange Zeit nicht als ein ökonomisches Thema angesehen worden. Und selbst das Zähneputzen wird bisweilen Thema der Ökonomie, etwa wenn es um die unter dem Blickwinkel bestimmter ökonomischer Theorien wünschenswerte Senkung von Gesundheitskosten geht. Diese Senkung scheint besagten Theorien wünschenswert, weil die Kosten der Vorbeugung, die in ein wenig täglicher Zeit liegen, geringer veranschlagt werden als die Kosten der Behandlung, die Güter wie Arbeitskraft, Berufsbildung, Energie und Rohstoffe einschließen.

Die Durchsetzung des Anspruches, alle mögen sich die Zähne putzen, ist allerdings auch mit Kosten verbunden. Die Kosten entstehen durch Kampagnen und Vorbeugeuntersuchungen, die oft in der Schule durchgeführt werden. Auf diese Weise kommen wir über den ökonomischen Wunsch, die Sozialversicherung zu entlasten, zur Ökonomie des Zähneputzens und sogar zur Bildungsökonomie.

ÖKONOMISCHE THEORIE

In allen ökonomischen Theorien wird gefragt: Wie werden die Entscheidung darüber gefällt, welche Möglichkeiten mit den knappen Gütern auszuschöpfen sind? (Also: Wie geht die Allokation vor sich?) Und auf welche Weise kommt Effizienz im Sinne von minimaler Ressourcenaufwendung zustande? Die Unterschiede in den ökonomischen Theorien sind Unterschiede in der Beantwortung dieser beiden Fragen. In grober Vereinfachung unterscheide ich drei Gruppen von ökonomischen Theorien: konventionelle Ökonomie, marxistische Ökonomie und libertäre Ökonomie.

ÖKONOMIE ALS STEUERUNGSWISSENSCHAFT

In der Ökonomie des Zähneputzens wurde zunächst von individuellen Entscheidungen ausgegangen, ohne eine Aussage darüber zu machen, *wie* entschieden werden sollte. In der Frage nach der Abgrenzung dessen, was gemeinhin »Ökonomie« genannt wird, kam dann aber die Sprache auf das ökonomische Ziel, die Sozialversicherung zu entlasten. Ein Ansatzpunkt, um diesem Ziel näher zu kommen, wäre ja vielleicht eine Bevölkerung, die sich regelmäßig die Zähne putzt. Darum wurde auf eine Maßnahme verwiesen, nämlich in der Schule vorzunehmende Vorsorgeuntersuchungen und ärztliche Aufklärungsaktionen. Der Ökonom hat also selbst ein Ziel genannt und es sich zur Aufgabe gemacht, einen Plan vorzulegen, um es zu erreichen. Wohlweißlich habe ich gesagt, dass die Senkung der Gesundheitskosten als Ziel nur unter dem Blickwinkel *bestimmter* ökonomischer Theorien möglich ist, nämlich einer ökonomischen Theorie, die Instrumentarien angeben will, mit denen Verhalten gesteuert werden kann.

Heute wird Ökonomie meist als eine solche Steuerungswissenschaft aufgefasst. Das Ziel der Steuerung ist entweder von Ökonomen selbst formuliert oder politisch vorgegeben. Wenn das Steuerungsziel politisch vorgegeben ist, ist es die Aufgabe des Ökonomen, die geeigneten Maßnahmen vorzuschlagen oder politisch vorgeschlagene Maßnahmen auf ihre ökonomische Effizienz hin zu überprüfen.

Am Beispiel des Zähneputzens: Die Senkung von Gesundheitskosten mag von Ökonomen als Ziel formuliert werden, weil sie die hohen Gesundheitskosten für ein Hemmnis des Wirtschaftswachstums ansehen. Dann stellt Wirtschaftswachstum ihr grundlegendes und unbefragtes oberstes Gut dar. Oder Ökonomen formulieren eine Senkung der Gesundheitskosten als Ziel, weil ihnen politisch aufgegeben wurde, Hemmnisse für das Wirtschaftswachstum aufzuspüren. Dann haben die Ökonomen das oberste Gut, das Wirtschaftswachstum, als Vorgabe anzusehen. Oder die politische Vorgabe lautet, die Volksgesundheit zu fördern. Dann wird die »Volksgesundheit« als ein Gut in sich selbst betrachtet.

Die Senkung der Gesundheitskosten durch die Verbreitung regelmäßigen Zähneputzens zu erreichen, kann ein Vorschlag eines Ökonomen sein, der Zahnbehandlung als besonders kostenintensiv ermittelt hat. Oder er schätzt die Möglichkeit, regelmäßiges Zähneputzen zu veranlassen, als besonders kostengünstig ein. Oder dem Ökonomen wird der Ansatzpunkt des Zähneputzens politisch vorgegeben.

Einige Möglichkeiten, das Ziel regelmäßigen Zähneputzens zu erreichen, wären:

- Plakataktionen,
- Aufklärung in Schulen,
- kostenlose Vorbeugeuntersuchungen,
- Erlassung der Mehrwertsteuer auf die Produkte der Mundhygiene,
- kostenlose Verteilung von Zahnputzzeug,
- Ausschließung von Zahnbehandlung aus der Sozialversicherung, so dass jeder seine Zahnbehandlung unmittelbar selbst bezahlen muss (so wie dies ja bei Zahnersatz mit der Gesundheitsreform schon durchgeführt wurde),
- ein gesetzliches Zahnputzgebot, Überwachung z. B. durch zwangsweises allabendliches öffentliches Zähneputzen.

Der Ökonom muss fragen, ob die Kosten der Maßnahmen vielleicht die eingesparten Behandlungskosten übersteigen. Wenn ausschließlich der Kostengesichtspunkt für die Vorgabe des Ziels, Zähneputzen zu verbreiten, maßgeblich war, wird allein durch den Vergleich der Kosten die Frage entschieden, ob eine bestimmte Maßnahme getroffen wird. Sind andere Gesichtspunkte im Spiel, müssen sie gegen die Kosten abgewogen werden. Es muss selbstredend auch nach der Effizienz der Maßnahmen gefragt werden, das Ziel zu erreichen. Die Zieleffizienz festzustellen, liegt nicht in allen Fällen in den Händen der Ökonomen. Unter den aufgezählten Möglichkeiten würden etwa nur die folgenden einer Prüfung auf Zieleffizienz durch Ökonomen anvertraut: »Erlassung der Mehrwertsteuer auf Produkte der Mundhygiene«, »kostenlose Verteilung von Zahnputzzeug« und »Nichtabdeckung der Zahnbehandlung durch die Sozialversicherung«.

Eine Steuerungsökonomie wird in sozialistischen, faschistischen und demokratischen Staaten gleichermaßen betrieben. Unterschiedlich sind die Ausmaße dessen, was gesteuert werden soll. Jedes System hat außerdem Vorlieben für bestimmte Maßnahmen. Im großen Ganzen tendieren demokratische Ökonomen zu mehr indirekter, sozialistische und faschistische Ökonomen zu mehr direkter Steuerung. Neben Plakataktionen und Aufklärung in Schulen – Maßnahmen, die von fast allen Steuerungsökonomien geliebt werden – würde ein sozialistischer Ökonom vielleicht kostenlose Vorsorgeuntersuchungen und kostenlose Verteilung von Zahnputzzeug bevorzugen, ein faschistischer Ökonom ein gesetzliches Zahnputzgebot vorschlagen und ein demokratischer Ökonom eher für Erlassung der Mehrwertsteuer auf Zahnbürsten und Zahnpasta votieren.

KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE

Karl Marx vertrat gleichsam eine Anti-Ökonomie, eine Kritik dessen, was Ökonomie ist. Ökonomie als die Allokation von knappen Gütern gibt es selbstredend nur unter der Bedingung, dass Güter tatsächlich knapp sind. Marx kritisierte nun das Konzept knapper Güter.

Denken wir an das Beispiel zurück: Nachts spät heimgekommen und unter dem Druck, morgens früh aufzustehen, ist die knappe Zeit zwischen Schlaf und Zähneputzen zu allokalisieren. Marxistisch müsste gefragt werden: Warum hatte man einen anstrengenden, auslaugenden Tag? Warum muss man morgens zeitig aufstehen? Antwort: Aufgrund gesellschaftlicher Zwänge, die zumeist mit der Arbeit, d.h. der »Reproduktion« des Einzelnen zusammenhängen. Dagegen gälte es aus marxistischer Sicht einen freien sozialen Zustand anzustreben, in welchem keiner mehr gehetzt wäre, sondern genügend Zeit hätte – dann wäre auch das Zähneputzen kein Problem mehr.

Historisch sah Marx die Knappheit der Güter als gegeben und darum Ökonomie als notwendig an. Für die unmittelbare Zukunft aber behauptete er, es sei so viel Reichtum von den

Menschen geschaffen worden, dass Knappheit objektiv unnötig sei und nur künstlich aufrecht erhalten bliebe.

Nach Marx wird die Knappheit künstlich aufrecht erhalten durch eine verschwenderische, ineffiziente Produktionsweise. An dieser Stelle kehrte er zur Ökonomie zurück: Die Begriffe »Verschwendung« und »Ineffizienz« haben ja wohl nur einen Sinn bei Vorliegen von Knappheit!

Die (angebliche) Ineffizienz machte Marx in dem individuellen Eigentum an materiellen Ressourcen aus und sprach der kollektiven Verfügung über diese Güter die größere ökonomische Effizienz zu. Die kollektive Verfügung über Ressourcen mache nunmehr ein ökonomisch effizientes, verschwundungsfreies Produzieren möglich, das schließlich die Knappheit ein für alle mal verbanne. Die marxistische Ökonomie des Überganges ist demnach konventionelle Steuerungsökonomie. Erst am Schluss des Überganges, wenn die kollektive Ressourcenverwaltung genügend viel produziert hat, steht das Ende der Ökonomie an.

Allerdings wäre zu fragen, wie sich ohne Ökonomie der geschaffene Güterüberschuss reproduziert. Konsequenter ist diese Frage nur zu beantworten, indem auf einen derartigen Grad der Automatisierung verwiesen wird, in welchem die Automaten auch die eigene Reproduktion und Weiterentwicklung übernehmen. Diese Auffassung vertrat etwa der Neomarxist Herbert Marcuse. Dies ist wohl, mehr als 100 Jahre nach Marx, immer noch kein unmittelbar möglicher Zustand. Aber ist er denkbar? Und wünschenswert?

Die Erfahrung scheint zu zeigen, dass selbst bei einem Überfluss an produzierbaren materiellen Gütern doch wichtige Ressourcen wie Zeit, Kreativität, Bequemlichkeit, Zufriedenheit, Glück, Lebensfreude, Liebe, Wissen knapp bleiben und allokalisiert werden.

HANDLUNGSANALYTISCHE ÖKONOMIE

Libertäre Ökonomie nennt sich eine unkonventionelle kritische Theorie, die basierend auf Adam Smith von den österreichisch-amerikanischen Ökonomen Ludwig von Mises und

F. A. Hayek entwickelt wurde. Deren amerikanische Schüler, wie Murray N. Rothbard, Karen I. Vaughn, Wendy McElroy oder Thomas Sowell, haben sie unter dem Namen »austrian school« (österreichische Schule) weiter geführt.

Diese ökonomische Theorie tritt, anders als der Marxismus, als reine Kritik auf, die keine Allokations-Entscheidungen beeinflussen will. Sie kann nie in Steuerungsökonomie übergehen. Die Kritik richtet sich gegen die Steuerungsökonomie *per se*. Das Mittel der Kritik ist Handlungsanalyse, so wie ich sie z. B. eingangs mit der Allokation von Zeit zwischen Schlaf und Zähneputzen vorgenommen habe. Eine solche Handlungsanalyse wird zur Kritik an dem Punkt, an welchem die Entscheidungen nicht mehr von dem Einzelnen gefällt, sondern von außen gesteuert werden sollen. Die kritischen Fragen lauten dann:

Woher nimmt eine Instanz das Recht, etwa in die Allokation von Zeit zwischen Schlaf und Zähneputzen einzugreifen? Weil Gesundheit der Zähne ein wichtigeres Gut sei als Schlaf? Aber gemessen an wessen Wertskala? Ist nicht jede Wertskala individuell? Oder wie kann jemand seine eigene Wertskala als intersubjektiv gültig beweisen, wenn er nicht ungeteilte Zustimmung hat?

Diese Fragen zeigen das entscheidende Defizit der Steuerungsökonomie: Ihre Handlungsanalyse ist unvollständig. Sie lässt aus, dass das Individuum mit seinen Allokations-Entscheidungen versucht, das jeweils in seiner augenblicklichen Wertskala höchst Gut zu erlangen. Jeder Eingriff vermindert darum mit Notwendigkeit die mögliche *ökonomische* Effizienz von Allokations-Entscheidungen. Wer Schlaf vorzieht, aber im Namen der Volksgesundheit sich auf dem Marktplatz einfinden muss, um am öffentlichen Zähneputzen teilzunehmen, kann seine Zeit nicht so allokalisieren, dass am effizientesten seine Wünsche befriedigt werden. Aber auch der, der dem Zähneputzen positiv gegenüber steht, muss nun viel mehr Zeit aufs Zähneputzen verwenden, nämlich zum Marktplatz

gehen und wieder heimgehen, Zeit, die er lieber anders allokalisiert hätte. Mehr noch: Die zwangsweise Veranstaltung auf dem Markt verlangt weitere Ressourcen neben der individuellen Zeit; Ressourcen für die Bereitstellung der notwendigen Einrichtungen und für die Überwachung. Diese Ressourcen werden aus Steuermitteln beschafft, so dass dem einzelnen, der mit der Maßnahme nicht einverstanden ist, indirekte Kosten entstehen: Sein Anteil an Steuern wird in einer Weise allokalisiert, die seine Wünsche nicht effizient befriedigt.

Demgegenüber verweisen Steuerungsökonomien auf die »Externalitäten« oder »Sozialkosten«, das sind Kosten, die eine Handlung möglicherweise der Gesellschaft verursacht. Im Beispiel des Zähneputzens waren wir davon ausgegangen, dass Gesundheitskosten gesenkt werden müssten, um die Sozialversicherung zu entlasten. Sich nicht die Zähne zu putzen, heißt also, der Gesellschaft größere Kosten für die Erhaltung der Gesundheit aufzubürden.

Aber auch diese Argumentation basiert auf einer unvollständigen Handlungsanalyse: Allokaliert werden knappe Güter. Kostenlose Ressourcen sind nicht-knappe Güter oder werden jedenfalls als solche behandelt. Kostenlose Zahnbehandlung lässt die Handelnden ohne hinreichende Kosteninformation. Wohl kann der Wunsch, gute Zähne zu haben, das Zähneputzen animieren; die Kosten für die Vernachlässigung der Zahnpflege wären schlechte Zähne, viel Zeit und Schmerzen beim Zahnarzt. Aber die Überlegung, durch regelmäßiges Zähneputzen die monetären Kosten der eventuell andernfalls nötigen Zahnbehandlung zu sparen, kann bei kostenloser Behandlung keine Rolle in der Allokations-Entscheidung spielen (Scheinkostenlosigkeit). Die Geldkosten für die Zahnbehandlung werden durch indirekte gesellschaftliche Maßnahmen gedeckt, etwa Erhebung von Sozialbeiträgen.

Nicht die Vernachlässigung der Zahnpflege an sich zeitigt Sozialkosten, sondern dies nur in einer Situation, die durch frühere steuerungsökonomische Entscheidungen herbeigeführt wurde, nämlich Einrichtung einer allgemeinen, nicht-freiwilligen Sozialversicherung.

Die Handlungsanalyse führt in ihrer Konsequenz zu einer der marxistischen »Ökonomie« entgegengesetzten Position: Ökonomisch effizient ist nur die Allokation knapper Güter durch individuelle Entscheidungen. Kollektiven Entscheidungen, so die These, fehle überhaupt jedes sinnvolle Kriterium für ökonomische Effizienz.

Auch die Zieleffizienz der Steuerungsökonomie ist selten gewährleistet. Die zwangsweise zum Marktplatz beorderten Menschen werden sich wo möglich drücken, unkonzentriert die Zähne putzen; selbst Menschen, die dem Zähneputzen positiv gegenüber stehen, werden sich bisweilen zu entziehen suchen, weil der Zeitaufwand so stark gestiegen ist, usw. usf., so dass am Ende eine vielleicht schlechtere durchschnittliche Zahnputzer-Quote besteht als ohne den Zwang.

KONVENTIONELLE ÖKONOMIE: HISTORISCHES

Der erste systematische Versuch, Ökonomie bewusst durch den Staat zu steuern, ist der Merkantilismus. Er entstand im 17. Jahrhundert aus dem Willen absolutistischer Staaten, einerseits die sich entwickelnde private marktliche Ökonomie unter Kontrolle zu bringen und andererseits im Konkurrenzkampf mit anderen Staaten durch eigenes aktives Handeln sich eine Basis ökonomischer Stärke aufzubauen. Im Merkantilismus sind bereits fast alle Instrumente entwickelt worden, die bis heute Grundlage der Steuerungsökonomie geblieben sind: Geldpolitik, Besteuerung, Import- und Exportregelungen, Vergabe von Monopolgarantien an Privatleute, Errichtung von Staatsbetrieben, ja selbst Bildungsökonomie und Bildungsplanung waren im Keim angelegt, wenn auch nicht verwirklicht. Merkantilisten entwarfen Pläne für ein einheitliches, vom Staat so angelegtes Schulwesen, dass die dort Ausgebildeten dem Ziel dienen, das staatliche Ansehen, den staatlichen Wohlstand und die staatliche Macht zu steigern.

Ökonomisch gesehen war der Merkantilismus so ineffizient, dass eine andere Theorie, die liberale Freiheitsökonomie von Adam Smith, Wirksamkeit entfalten konnte. Adam Smith verwarf den Versuch, ökonomische Prozesse staatlich

steuern zu wollen und stellte die These der wirtschaftlichen Selbstregulation auf.

Da sich in der Praxis zeigte, dass ein Staat mit liberaler Ökonomie einem Staat mit merkantiler Ökonomie entschieden überlegen war, kamen nur wenige Regierungen daran vorbei, mehr oder weniger große Teile des liberalen Programms aufzunehmen. Das liberale Programm hat zu der geschichtlich einmaligen Leistung geführt, so viel produzieren zu können, dass Bevölkerungswachstum nicht durch Hungersnot begrenzt wurde.

Doch das liberale Programm wurde nirgendwo vollständig verwirklicht. Am nächsten kamen einer Verwirklichung die Vereinigten Staaten von Amerika in den ersten Jahrzehnten nach der Revolution. In allen Ländern blieben merkantile Züge bestehen, die im Laufe der Zeit immer ausgeprägter wurden und immer noch stärker werden.

Während zwischen den sozialistischen Ökonomien des 20. Jahrhunderts und den merkantilen Ökonomie des 17. Jahrhunderts kaum ein prinzipieller Unterschied bestand, wären die gegenwärtigen demokratische Ökonomien als »Neomerkantilismus« zu bezeichnen.

Den Neomerkantilismus hat John Maynard Keynes theoretisch begründet. Wie gesagt, hatten sich in allen Ländern Züge aus den merkantilen Ökonomie erhalten. Aber es gab keine systematische Theorie, wie durch staatliche Maßnahmen in den Prozess liberalisierter Ökonomien eingegriffen werden könne. Die Maßnahmen entstammten der Tradition, dem Erfahrungswissen, dem administrativen Zufall und der politischen Intuition. Die beiden ökonomischen Katastrophen der 1920er Jahre – Deutschlands Hyperinflation Anfang und Amerikas Börsenzusammenbruch Ende der 1920er Jahre – machten deutlich, dass es einer Systematisierung und Verwissenschaftlichung der Steuerungsökonomie bedurfte.

Keynes nun behauptete drei aufsehenerregend neue Dinge in der Ökonomie:

1. ...dass die Probleme der Steuerung durch mathematische und statistische Methoden exakt zu lösen seien,

2. ...dass der Ansatz für die Steuerung in sog. »aggregierten Größen« zu suchen sei, z. B. in Gesamtnachfrage, -investition, -sparsumme, -beschäftigungszahl usw.
3. ...dass ökonomische Krisen wie Massenarbeitslosigkeit durch vermehrte Staatsausgaben und durch Bereitstellung von zusätzlichem Geld (beides Maßnahmen, die die Gesamtnachfrage steigern sollen) zu korrigieren seien.

Wenn auch der dritte Punkt – Keynes Instrumente der Nachfragesteigerung – politisch am wirksamsten war und die kurzfristig verhängnisvollsten Konsequenzen (denn Aufrüstung und Inflation als »Konjunkturmotor« führen dazu, dass Staaten versuchen, sich durch Kriege zu stabilisieren) zeitigte, so begründen die beiden ersten Punkte – Mathematisierung der Ökonomie und Konzentration auf Aggregate – den wissenschaftlich bedeutenden Einfluss von Keynes. Auch Bildungsökonomie und Bildungsplanung hängen heute völlig von der Mathematisierung und Aggregatinterpretation ab.

TYPEN STEUERUNGSÖKONOMISCHER ZIELE

Alle steuerungsökonomischen Maßnahmen des Staates lassen sich einem der folgenden drei Ziele oder einer Kombination aus diesen Zielen zuordnen:

- A. **Mittelaneignung**, d.h. eine Maßnahme soll dazu führen, dass dem Staatshaushalt Ressourcen, meist Geldressourcen, zufließen, um Staatstätigkeit zu finanzieren.
- B. **Loyalitätsbeschaffung**, d.h. eine Maßnahme soll eine Personengruppe derart privilegieren, dass sie im Gegenzug zur Loyalität dem Staat gegenüber neigt.
- C. **Rechtfertigungsaktivität**, d.h. eine Maßnahme soll ein in der Öffentlichkeit diskutiertes Übel abstellen und damit Tendenzen zur Rebellion mindern.

Zwischen den Zielen können, wie wir noch sehen werden, auch Konflikte auftreten.

DURCHSETZUNG STEUERUNGSÖKONOMISCHER MASSNAHMEN

Die Wirksamkeit der Steuerungsökonomie gründet sich auf das Recht von Parlamenten, Regierungen und Verwaltungen,

Gesetze zu machen, Beschlüsse zu fassen, und Verordnungen zu erlassen. Letztlich stützt sie sich auf die Waffengewalt von Polizei und Armee, die die Einhaltung der Gesetze, Beschlüsse und Verordnungen erzwingen.

Machen wir die Probe: Die Regierung verfügt eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 20 Prozent. Eine Geschäftsfrau weigert sich, die Erhöhung zu akzeptieren. Zunächst wird sie dem Finanzamt gegenüber stehen, dann einem Gericht; und wenn alles nichts hilft, kommt die Polizei, um eine entsprechende Summe zu beschlagnahmen. Wehrt sich die Frau, setzt die Polizei Gewalt ein, nötigenfalls wird die Frau erschossen. Dies vorhersehend zahlt sie ihre Steuern. Brav, aber nicht freiwillig.

EIN STEUERUNGSÖKONOMISCHES INSTRUMENT: STEUERN

Am Beispiel der Steuern will ich einen ungefähren Eindruck von den steuerungsökonomischen Instrumentarien geben.

Steuern sind zunächst ein Instrument der staatlichen Mittelbeschaffung. Doch Obacht! Das Instrument ist nicht beliebig zu benutzen: Beispielsweise hatte eine Tabaksteuererhöhung Anfang der 1980er Jahre zur Folge, dass weniger Fabrikzigaretten konsumiert wurden (z. T. weil manche Raucher auf billigeren Drehtabak umstiegen). In Reaktion darauf bröckelte der Zigarettenpreis. Im Endeffekt nahm der Staat nach der Erhöhung weniger Geld aus der Tabaksteuer ein als vor der Erhöhung. (»Laffer-Effekt«: Auf den Ökonomen Arthur Laffer zurückgehende Erkenntnis, dass eine Erhöhung der Steuersätze nicht notwendig eine Steigerung der Staatseinnahmen mit sich bringt. Die Einnahmen können sinken, wenn durch eine Steuererhöhung die Wirtschaftstätigkeit abnimmt.) Ein Streitpunkt zwischen Steuerungsökonomern ist denn auch die Frage, wie am besten vorherzusagen sei, *wann* Steuern für die Staatseinnahme kontraproduktiv werden (»Laffer-Kurve«).

Steuern werden überdies auch noch als Instrument der Beschaffung des Gefühls von Rechtmäßigkeit eingesetzt: So werden durch Steuerprogression höhere Einkommen stärker

als kleine Einkommen belastet, angeblich um die soziale Ungleichheit zu reduzieren. Oder es werden Konsumsteuern – z.B. MwSt. – erhoben, um die Konsumtion zugunsten des Sparens oder/und des Investierens einzuschränken. Davon verspricht man sich eine Belebung der Wirtschaftstätigkeit.

Allerdings ist inzwischen selbst unter Steuerökonomien die Skepsis gewachsen, ob die mit Hilfe der Steuern bekämpften Übel durch die Steuern wirklich vermindert oder nicht vielleicht gar verstärkt werden.

Am sozialstaatlichen »Liebling«, der Steuerprogression, sei das kurz demonstriert:

- Leute mit hohem Einkommen haben mehr Möglichkeiten, etwas von der Steuer abzusetzen, so dass sie bisweilen weniger Steuern zahlen als Leute mit geringen Einkommen, obwohl jene oft mehr staatliche Leistungen in Anspruch nehmen als diese. (Dazu mehr im nächsten Kapitel.)
- Leute mit hohem Einkommen haben größere Chancen, Steuern durch Einkommensverbesserungen und Weitergabe an Preise zu kompensieren, so dass Leute mit kleinen Einkommen über die Preise die Steuern der Reichen mitbezahlen (»Überwälzung«).
- Leute mit hohem Einkommen haben eher den Spielraum, ihre Leistungen so einzuschränken, dass sie *nicht* in die nächst höhere Steuerklasse kommen; die dadurch bewirkte Abnahme von Wirtschaftstätigkeit schädigt Leute mit kleinen mehr als Leute mit großen Einkommen.
- Leute mit hohem Einkommen kommen meist mehr in den Genuss staatlicher Leistungen, Subventionen und Privilegien. Normalerweise übersteigt ihre Inanspruchnahme von Leistungen ihre Steuerzahlungen. Sie sind »Steuerkonsumenten«. Leute mit kleinen und mittleren Einkommen dagegen zahlen eher mehr Steuern, als sie Leistungen in Anspruch nehmen. Sie sind »Netto-Steuerzahler«. (Dies ist empirisch bewiesen. Die soziologische Erklärung lautet: Bezieher höherer Einkommen haben mehr Einfluss auf den Staat und seine Verteilungsregeln.)

Das Ausgeben der Steuern ist ein Mittel der Staates zur »Be-

schaffung« von Loyalität und Rechtfertigung. Das sei am Beispiel der öffentlichen Schule gezeigt:

Loyalität wird beschafft, indem Lehrern ein sicherer und gut bezahlter Job angeboten wird. So erhöht sich in diesem Bereich, in welchem es um die Beeinflussung der künftigen Generation geht, die Neigung zur Loyalität. Die Kehrseite der Medaille ist, dass inflexible Lohngestaltung und bürokratische Hürden den Zugang für neue Lehrer erschwert, die teilweise arbeitslos bleiben oder wenigstens nicht den von ihnen gewünschten Beruf ergreifen können und die darum zur Disloyalität tendieren. Außerdem erhöht die Sicherheit des Jobs die Zahl von unqualifizierten, faulen oder sonstwie ungeeigneten Lehrkräften, die in der Schule verbleiben, was Disloyalität unter Schülern und Eltern begünstigen mag.

Aktivität zur Beschaffung von Selbst-Rechtfertigung ist die Schule, wenn sie für alle kostenlos offensteht, damit Bildung nicht vom Elterneinkommen abhängig sei. Doch auch dies kann kontraproduktiv sein: Die hohe Besteuerung, die zur öffentlichen Finanzierung der Schule nötig ist, nimmt den Beziehern kleiner Einkommen die Möglichkeit, zwischen unterschiedlichen Bildungsangeboten zu wählen. Sie müssen das staatliche Angebot annehmen oder ganz auf Bildung verzichten. Wenn sie verzichten, können sie nicht mal den entsprechend eingesparten Geldanteil anders verwenden. Dann bezahlen sie die Bildung von »Dritten«. Dagegen können Bezieher großer Einkommen zusätzlich zum staatlichen Angebot Bildung kaufen oder gar auf die Inanspruchnahme des staatlichen Angebots ganz verzichten und private Einrichtungen bevorzugen. Indem die Staatsschule teurer und schlechter als nötig ist, wirkt sie der Selbst-Rechtfertigung entgegen.

MARXISTISCHE ÖKONOMIE: HISTORISCHES

Die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts ist gekennzeichnet von einer politisch relativ stabilen Koexistenz zwischen liberalen und merkantilen Elementen in der Ökonomie. Diese Koexistenz wurde kaum gestört durch das weiter mit reformerischem, bisweilen gar revolutionärem Pathos vorgetragene

Verlangen liberaler Ökonomen wie dem Engländer Cobden oder dem Franzosen Bastiat, nämlich die merkantilen Elemente auszumerzen.

Die Koexistenz zwischen Liberalismus und Merkantilismus wurde getragen von den Unternehmern und den Staatsvertretern. Gekennzeichnet war die Koexistenz dadurch, dass die Staatsvertreter den Unternehmern günstige politische, soziale und ökonomische Bedingungen schufen, etwa durch protektionistische Maßnahmen oder durch Unterdrückung von Gewerkschaften. Dafür konnten die Staatsvertreter unwidersprochen wichtige gesellschaftliche Funktionen monopolisieren, etwa das Schulwesen, und – Kriege führen.

Karl Marx entwickelte in dieser Situation seine Theorie. In Marx' Theorie finden sich durchgängig zwei Motive. Das erste Motiv stammt aus seiner intellektuellen Biographie:

Als Hegelschüler und Preuße schien es Marx völlig ausgeschlossen, dass in einem nicht zentral geordneten, geplanten, gesteuerten und kontrollierten System, wie es die liberale Ökonomie war, Vernunft sein konnte. Vernunft war für Marx im Sinne Hegels nicht denkbar als etwas Individuelles und Partikulares, in welchem es Konflikte geben könnte, sondern nur als etwas Einheitliches und Universelles, das sich in geplanter Ordnung ausdrückte.

Das zweite Motiv in der Theorie von Marx war ein tiefes humanes Mitgefühl für die elenden Volksmassen. Allerdings wäre es falsch, so zu tun, als sei ausschließlich Marxens Theoriebildung vom Motiv des Mitgefühls geleitet. Die erwähnten liberalen Ökonomen Cobden und Bastiat, der französische Anarchist P. J. Proudhon, der Handwerkssozialismus des Engländer William Morris haben ebenfalls Mitgefühl für die Volksmassen als Ausgangsbasis.

Die ungeheure Wirksamkeit von Marx' Theoriebildung liegt in der Verbindung des Kampfes um die Lebensverbesserung der Volksmassen mit der Kritik an der anarchischen Ökonomie des Liberalismus. Denn diese Kritik gab dem Willen der Staatsvertreter, Einfluss auf die Gesellschaft wiederzuerlangen, eine Rationalität, die ihnen die liberale Theorie abge-

stritten hatte. Die bisweilen anti-staatliche Rhetorik von Marx tat der neu entstehenden Koalition von Volkstribunen und Staatsvertretern keinen Abbruch: Die antistaatliche Rhetorik war dem Marxismus nur oberflächlich aufgesetzt und fungierte als »Opium fürs Volk«. »Der Marxismus verbreitet sich,« sagt André Glucksmann in seinem Buch »Politik des Schweigens«, »weil er gut ist für die Chefs.«

In der Durchführung seiner Kritik am Liberalismus machte Marx zwei gravierende Fehler:

Marx' erster Fehler lag auf der empirischen Ebene. Er unternahm vergleichende Studien zwischen Ländern mit mehr und Ländern mit weniger Liberalität (»komparative Empirie der Freiheit«), sowie zwischen der Situation des Volkes in ländlichen vorkapitalistischen und in industriell-kapitalistischen Strukturen. Schon diese Vergleiche hätten den Schluss nahegelegt, dass ein höheres Maß an »Ordnung« nicht ein geringeres Maß an Elend beinhaltete, sondern eher umgekehrt.

Den zweiten Fehler machte Marx auf der theoretischen Ebene. Er nahm umstandslos die ökonomische Theorie des Liberalismus für die Praxis der real existierenden kapitalistischen Staaten. Marx unternahm es, die von ihm angeprangerten sozialen Mißstände differenziert nach liberalen und merkantilen Ursachen zu analysieren.

MEHRWERT: NACH MARX URSACHE DES ELENDS

Nach Marx wurde das Elend der Massen in der industriellen Revolution verursacht durch die Ausbeutung der Arbeiter. Sie besäßen nichts als die »persönlichen Produktionsbedingungen«, d.h. Arbeitskraft. Die Ausbeutung betreiben (Marx zufolge) die Eigentümer der »sachlichen Produktionsbedingungen«, d.h. die Besitzer von Kapital- und Grundeigentum. Die Ausbeutung geschieht durch die von Marx so benannte »Produktion von Mehrwert«.

Mehrwert kommt folgendermaßen zustande (nach Marx): Die Arbeiter produzieren den ganzen Tag in einer Fabrik. Ihnen wird ein Lohn ausgezahlt, der ausreicht, ihren Lebensbedarf zu decken (d.h. in der Marxschen Terminologie: ihre

»Reproduktion« zu garantieren). Wenn die Produktion eines Arbeitstages mehr beträgt als der Lohn, wird die Differenz vom Besitzer der Fabrik als Mehrwert abgeschöpft. Diese Differenz liegt stets vor, da der Besitzer sein Geld nur in die Fabrik steckt, um Mehrwert herausbekommen zu können. Marx: »Der Umstand, dass die tägliche Erhaltung der Arbeitskraft nur einen halben Arbeitstag kostet, obgleich die Arbeitskraft einen ganzen Tag wirken und arbeiten kann, dass daher der Wert, den ihr Gebrauch während eines Tages schafft, doppelt so gross ist als ihr eigener Tageswert, ist ein besonderes Glück für den Käufer der Arbeitskraft« (MEW 23, S. 208).

Ein Beispiel: Nehmen wir eine kleine Buchdruckerei. Mit einer Investition an Papier, Farbe und anteiligen Maschinenkosten von 5000 DM stellen in ihr 10 Drucker in 4 Stunden 1000 Bücher mit je 200 Seiten her. Gehen wir davon aus, dass der Tageslohn eines Druckers 100 DM beträgt; d.h. nach Marx: Der Tageswert der Arbeitskraft ist 100 DM, in denen 4 Arbeitsstunden verkörpert sind. Das Quantum von 4 Arbeitsstunden also ist nötig, »um die Durchschnittssumme der täglichen Lebensmittel des Arbeiters zu produzieren« (MEW 23, S. 205; auf die falsche Arbeitswertlehre von Marx braucht an dieser Stelle nicht eingegangen zu werden). Nun kosten 1000 Bücher 5000 DM Papier, Farbe und Maschinen plus 1000 DM Lohn. Die Druckerei stellt den auftraggebenden Verlagen pro Buch 6 DM in Rechnung.

Allerdings arbeiten die Drucker nicht 4, sondern 8 Stunden. Weiterhin erhalten sie 100 DM Lohn, der ausreicht, ihre Arbeitskraft zu reproduzieren. In den 8 Stunden stellen sie 2000 Bücher her und verbrauchen dabei für 10000 DM Material. Bei einem Preis von 6 DM pro Buch nimmt die Druckerei für die 2000 Bücher insgesamt 12000 DM ein, hat aber nur 10000 DM an Material und 1000 DM an Lohn, also 11000 DM ausgegeben. Die Differenz von 1000 DM nimmt der Besitzer der Druckerei als Mehrwert ein.

Marx behauptete nun, die Mehrwertproduktion sei die Essenz liberaler Ökonomie. Doch es ist durch eine einfache Überlegung zu zeigen, dass Marx eine nur unvollständige

Analyse vorlegte. Die Unvollständigkeit der Analyse ist Resultat seiner Nichtunterscheidung zwischen liberaler und merkantiler Ökonomie.

Die Überlegung lautet: Jene 10 Drucker könnten den Verlegern vorschlagen, die Bücher pro Stück für 5,75 DM zu liefern, falls sie bereit sind, die nötigen Geldmittel – das Kapital – vorzuschießen (damit sie sich die »sachlichen Produktionsmittel« beschaffen können). So hätten sich Drucker und Verleger den »Mehrwert« geteilt: Der Verleger würde 0,25 DM pro Buch sparen und jeder Drucker 50 DM mehr am Tag verdienen. In der liberalen Ökonomie ist eine solche Entwicklung anzunehmen, jedenfalls steht ihr nichts im Wege. (Es sei denn, der Unternehmer trägt mit seiner Leistung zum Gelingen der Produkte bei. Dann wären die 1 000 DM auch nach Marx nicht Mehrwert, sondern gerechtfertigter Unternehmerlohn.)

Eine historische Begebenheit führt zur Beantwortung der Frage, was denn Quelle der Ausbeutung sei: In den Jahren 1848/49 betrieb Proudhon in Frankreich eine Tauschbank. Der Revolutionär Proudhon hatte den Liberalismus so radikalisiert, dass er die Einmischung des Staates nicht nur in der Wirtschaft, sondern in jedwedem sozialen Bereich ablehnte. Diese politische Auffassung nannte er Anarchismus. Mit der Tauschbank wollte Proudhon erreichen, dass Arbeiter und Konsumenten unter Umgehung von Fabrik-, Grund- und Geldeigentümern in Kontakt treten, so dass Ausbeutung unmöglich würde. Im Prinzip funktionierte die Tauschbank wie oben im Beispiel beschrieben: Drucker und Verleger einigen sich über den Kopf des (vermeintlich) überflüssigen Besitzers hinweg. Die Tauschbank wurde jedoch bald wegen Verstoßes gegen das staatliche Geldmonopol verboten. Das Verbot der Tauschbank schützte die Eigentümer vor Konkurrenz, war also eine eindeutig merkantile steuerungsökonomische Maßnahme, nämlich Monopolschutz.

Kehren wird nach diesem historischen Exkurs zu unserem Beispiel zurück: Eine ganz simple steuerungsökonomische Maßnahme, um den Besitzer der Druckerei zu retten, bestünde in der Verfügung einer Preis-Untergrenze. So dürfte ein

200-Seiten-Buch für nicht weniger als 6 DM gedruckt werden. In diesem Falle könnten die Drucker den Verlegern nichts anbieten, um sie zu einer den Druckereibesitzer umgehenden Kooperation zu bewegen. Die Preiskontrolle wäre ein Loyalitätsbeschaffungs-Maßnahme dem Druckereibesitzer gegenüber. Da die Drucker und Verleger wahrscheinlich nicht mal merken, wie sie durch die Maßnahme geschädigt werden, ist kaum ein Disloyalität schaffender Effekt zu befürchten. Die Maßnahme kann auch als die Existenz des Staates rechtfertigende Aktivität deklariert werden, etwa indem gesagt würde, sie solle »ruinöse Konkurrenz« verhindern. Wie dem auch sei, aus dieser Überlegung leitet sich die Hypothese ab: »Mehrwert« hat nicht Freiheitsökonomie, sondern Steuerungsökonomie zur Ursache.

MARXISTISCHE STAATSTHEORIE

Die bisherige Diskussion des Marxismus gibt noch keinen Hinweis darauf, wie die Staatstätigkeit – etwa die Einrichtung von Schulen – gesehen wird. Nach Marx hat der Staat innerhalb der liberalen oder kapitalistischen Ökonomie zwei Funktionen:

1. Zum ersten schützt der Staat mit Hilfe von Polizei und Armee die ungerechte ökonomische Ordnung gegen eventuellen Widerstand von Seiten der Ausgebeuteten.
2. Zum zweiten schafft der Staat die notwendigen oder wünschenswerten Bedingungen für die Besitzenden, z.B. indem er Schulen einrichtet. Es ist nach Marx' Ansicht aus der Vermittlung von Wissen kein Profit (d.h. Mehrwert) zu ziehen, aber zur effektiven Produktion sind ausgebildete Arbeiter nötig. Darum richtet der Staat Schulen ein und trägt gleichzeitig Sorge dafür, dass in ihnen nützliche und willige Arbeiter erzogen werden.

Beide Funktionen kennzeichnen den Staat als Instrument der Klassenherrschaft. Der Staat agiert im Auftrag oder im Interesse der besitzenden Klasse.

In einigen Marx-Interpretationen wird mehr das »im Auftrag« betont, in anderen das »im Interesse«. Wieder andere

Marxisten meinen, der Staat handele mal eher »im Auftrag«, mal eher »im Interesse« der Besitzenden.

Der Unterschied zwischen beiden Formulierungen ist nicht trivial: Handelt der Staat »im Auftrag« der Besitzenden, muss erstens unter ihnen eine gewisse Gleichheit der Interessen und zweitens Bewusstsein über die Abhängigkeit des Staates von Weisungen durch die besitzende Klasse vorhanden sein. »Im Interesse« der besitzenden Klasse kann der Staat dagegen auch handeln, wenn er gegen den Wunsch von einigen oder gar allen Besitzenden (angeblich) »objektiv« Notwendiges durchsetzt. So kann Errichtung von Schulen »objektiv« notwendig sein, um die Zukunft zu sichern, aber aufgrund der für diesen Zweck nötigen Steuerbelastung von der besitzenden Klasse vehement abgelehnt werden.

Manche Marx-Interpreten weisen darauf hin, dass die konkrete Form des Staates sich nicht allein aus der Funktion als Instrument der Klassenherrschaft ableiten ließe. Nach dem italienischen Marxisten Antonio Gramsci spielen auch Landestradi-tion und politische Kultur eine Rolle bei der Formung des konkreten Gesichts eines Staates.

Im Bereich der Staatstheorie hat der Marxismus bis heute gültige Verdienste (darauf komme ich im vierten Kapitel noch mal zu sprechen): Der Nachweis, dass der Staat im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Machtinteressen analysiert werden muss, ist für ein soziologisches Verständnis des Staates unverzichtbar.

STIRBT DER STAAT AB?

In einer Situation, in der es keine Ausbeutung und keine Kräfte gibt, die Ausbeutung wieder herstellen wollen, verschwindet der Staat als Instrument der Klassenherrschaft. Dieses Verschwinden des Staates kann Marx zufolge aber erst eintreten, wenn alle Bedürfnisse aller Menschen zu befriedigen möglich ist. Solange die Ressourcen zur Bedürfnisbefriedigung knapp sind, ist ein Kampf darum, wessen Bedürfnisse befriedigt werden, unvermeidlich. Dieser Kampf ist nach Marx unter keinen Umständen friedlich zu führen: Er wird gewaltsam ausge-

tragen und mündet in eine zeitweilige Stabilität, nämlich die Klassenherrschaft. D.h., Individuen, denen es gelungen ist, Kontrolle über Ressourcen zu erlangen, formieren gemeinsam einen gewaltsamen Schutz ihrer Position, den Staat.

In der gegenwärtigen Situation, in der noch nicht genügend Güter zur Befriedigung aller Bedürfnisse produziert sind, darf marxistisch gesehen der Sieg der ausgebeuteten Volksmassen nicht zu einer Verminderung von Staatstätigkeit führen, ganz im Gegenteil. Der neue Staat (»Diktatur des Proletariats«) muss verhindern, dass sich einzelne Menschen die knappen Ressourcen zur eigenen Bedürfnisbefriedigung aneignen. Vielmehr sind die knappen Ressourcen vom »proletarischen« Staat auf eine solche Weise zu verwalten, dass der zukünftige Ressourcenüberschuss produziert werden kann.

Derart führt in der Marxschen Lehre der Weg in die freie Gesellschaft über die absolute Steuerungsökonomie. Da die Voraussetzung für die marxistisch verstandene Freiheit in einem bislang nicht in Sicht geratenen Ressourcenüberschuss besteht, ist die antistaatliche freiheitliche Rhetorik dem Marxismus, wie ich sagte, nur aufgesetzt. In den konkreten politisch-ökonomischen Kämpfen unserer Zeit steht der Marxismus (meist) fest an der Seite der steuerungsökonomischen Ausbeutung der Volksmassen durch eine herrschende Klasse von Steuerkonsumenten.

DIE LIBERTÄRE HERAUSFORDERUNG: HISTORISCHES

Die ökonomisch-sozialen Krisen der aus liberalen und merkantilen Elementen gemischten Wirtschaft haben nicht nur etatistische Theorien inspiriert, die wie Marx und Keynes den liberalen Anteilen anlasteten, Krisenursache zu sein, sondern auch libertäre Theorien, die sich gegen die merkantilen Anteile wendeten. Die ergiebigsten Theorien in dieser Richtung stammen aus dem Umkreis der im 19. Jahrhundert von Carl Menger in Wien begründeten »österreichischen Schule der Ökonomie«.

Die »österreichische Schule« hat gut ein Jahrhundert im Schatten steuerungsökonomischer Ansätze gestanden. In den

1930er Jahren machte F.A. Hayek mit seiner »österreichischen« Erklärung der Depression Lord Keynes Konkurrenz und versuchte, politischen Einfluss zu erlangen. Doch die Politiker entschieden sich für Keynes. Das ist kein Wunder: Hayek riet den Politikern, möglichst rasch ihre eigene Abschaffung zu betreiben, während Keynes ihnen Gründe gab, ihre Macht auszuweiten.

Nach der Niederlage gegen Keynes wurde der österreichische Ansatz lange von nur einer kleinen Gruppe Ökonomen vertreten, die die Zunft ebenso unbeachtet ließ wie die Politiker. Wenn der österreichische Ansatz inzwischen eine Renaissance erlebt hat, so scheint mir das drei Gründe zu haben:

1. Die gegenwärtig anhaltende Krise in den demokratischen Staaten bezeugt das Versagen der neomerkantilen Steuerungsökonomie. Ob Keynesianismus oder Monetarismus, ob Nachfrage- oder Angebotstheorie – die Instrumente der Steuerung greifen nicht mehr.
2. Die staatssozialistische Alternative einer radikalisierten merkantilen Steuerungsökonomie ist in allen Varianten (UdSSR, Kuba, Ungarn, Jugoslawien, Algerien, China, Nordkorea, Äthiopien) komplett gescheitert.
3. Die Steuerungsökonomie hat zu einer so starken Einschränkung individueller Handlungsfreiheit geführt, dass ein Aufbegehren gegen sie nicht nur aus ökonomischen, sondern auch aus politischen und ethischen Motiven heraus inspiriert wird; Motive, die im österreichischen Ansatz von Anfang an eine wichtige Rolle spielten.

In dieser Situation der ökonomischen und moralischen Krise der Steuerungsökonomie versuchen jüngere Vertreter des österreichischen Ansatzes weniger, über die Politikberatung, als vielmehr über soziale Bewegungen zu wirken.

ARBEITSGEBIETE DER »ÖSTERREICHER«

Die Beiträge der Österreicher zur wissenschaftlichen Ökonomie lassen sich meist (a) der Erforschung von Marktprozessen und (b) der Kritik an Interventionen, d.h. an steuerungsökonomischen Maßnahmen, zuordnen. Ein hier nicht interessie-

render kleiner Teil der Beiträge widmet sich auch (c) erkenntnistheoretischen Fragen.

MARKTPROZESSE

Unter Markt werden im »österreichischen« Ansatz alle diejenigen sozialen Handlungen verstanden, die durch individuelle freiwillige Entscheidungen zustande kommen.

Der Ausdruck »freiwillige Entscheidung« schließt den Begriff des Eigentums ein. Denn jede menschliche Entscheidung beinhaltet die Allokation von knappen Ressourcen, zumindest der Zeit. In der Zeit, in der jemand etwas tut oder nichts tut, muss er eine Vielzahl von Handlungsalternativen aufgeben. Das Material, mit dem er etwas tut, kann nicht für anderes verwandt werden.

Die Frage, wer welche Ressourcen rechtmäßig zum Eigentum hat, wird folgendermaßen beantwortet:

1. Jeder Mensch besitzt seine innerkörperlichen Ressourcen: Kraft, Wissen und Zeit (»self-ownership«, Selbstbestimmung);
2. Bearbeitung verwandelt Nichteigentum in Eigentum;
3. durch Tausch und Geschenk, allgemeiner: durch Vereinbarung bzw. Vertrag, kann Eigentum seinen Besitzer wechseln.

Der dritte Punkt, die freie Vereinbarung, konstituiert in dem so definierten Eigentumsrecht das soziale Verhältnis, den Markt.

In folgenden zwei Gedanken sehe ich die entscheidenden Erkenntnisse des österreichischen Ansatzes für die Erforschung von Marktprozessen:

■ **Preisbildung.** Alle Versuche, den gerechten Preis zu definieren oder Preisbildung objektiv zu erklären, sind gescheitert. Die Ansicht, der objektiv gerechte Preis eines Gutes sei die Summe der Preise aller für die Herstellung und Verteilung des Gutes benötigten Mittel (Aristoteles, Marx, Friedman), ist unhaltbar: In dieser Ansicht ist das Vorhandensein der Preise vorausgesetzt und kann darum nicht erklärt werden (Mises' sog. »regression theory«). Die Arbeitswertlehre von Marx (= der Preis wird durch die in

einer Ware steckenden Arbeit bestimmt), die er im Anschluss an Adam Smith und David Ricardo entwickelte, ist nur eine etwas verfeinerte Form der genannten Ansicht, denn zumindest Tauschrelationen für die Güter des Lebensbedarfes werden als gegeben angenommen. Die Arbeitskraft hat einen Preis, nämlich den Lohn (selbst wenn er in Naturalien ausgezahlt wird). Darum wird in der Arbeitswertlehre die Entstehung eines Preises mit einem Preis »erklärt«, was ein logisches Unding ist. Im österreichischen Ansatz dagegen wird davon ausgegangen, dass ein Preis durch das Aushandeln zwischen Tauschpartnern entsteht. Jeder gibt ein Gut, das er geringer bewertet als das Gut, das er dafür erhält (»subjektive Preistheorie«).

Auf einem Markt mit mehreren Anbietern und mehreren Käufern entsteht ein Einheitspreis, weil kein Anbieter weniger nimmt, als er erhalten kann, und weil kein Käufer mehr bezahlt, als er muss.

- **Informationsvermittlung.** Markt ist ein dezentrales Netz, um Informationen zu vermitteln. Es ist unmöglich, dass an einer zentralen Stelle alle Informationen über vorhandene Ressourcen, alternative Verwendungsmöglichkeiten und Priorität der individuellen Wünsche gesammelt werden. Am Markt enthält jeder Handelnde über den Preis die nötige Information, nämlich: Wenn sein Handlungswunsch die Kooperation von Mitmenschen verlangt oder die Verfügung über Ressourcen, die sich im Besitz von Mitmenschen befinden, gibt der Preis dem Handelnden exakt an, unter welchen Bedingungen Kooperation oder Ressourcen zur Verfügung stehen.

Die Klärung des Preisbildungs-Mechanismus und die Auffassung vom Markt als Informationsvermittlung sind auch die Grundlage der österreichischen Kritik am Interventionismus, an dem, was ich Steuerungsökonomie genannt habe.

KRITIK DER INTERVENTIONEN

Jede steuerungsökonomische Maßnahme »interveniert« in den freien Prozess der Preisbildung und greift damit in die In-

formationsvermittlung ein. Allen solchen Interventionen streiten die »Österreicher« die Zieleffizienz, die ökonomische Effizienz und die moralische Rechtfertigung ab:

■ **Zieleffizienz.** Interventionen haben Folgen, die langfristig auch gegen die Ziele der Interventionen verstoßen. Beispiel: Staatliche Inflationierung des Geldes als beschäftigungspolitische Maßnahme führt kurzfristig zur Nachfragevergrößerung und kann tatsächlich die Arbeitslosenzahl vorübergehend senken. Die vergrößerte Nachfrage bewirkt jedoch, dass Ressourcen, die alternativ in Produktion oder Konsumtion verwendet werden können, in die Konsumtion allokalisiert werden. Langfristig geht die Produktion (relativ) zurück und mündet in mehr Arbeitslosigkeit, es sei denn, die Löhne würden drastisch sinken.

■ **Ökonomische Effizienz** können Interventionen nicht erreichen, weil

(a) die Informationen über die Wunschkategorien der Beteiligten unbekannt sind oder nicht beachtet werden und

(b) Reibungsverluste entstehen.

Beispiel: Eine Stadt legt einen Park an. Zu diesem Zweck werden Steuergelder verwendet. Da die Steuergelder zwangsweise eingetriebene Mittel sind, übermitteln sie nicht die Informationen über die Wünsche der Zahler. Der Park mag also nicht eine Allokation von Ressourcen sein, die den obersten Wunsch der Menschen erfüllt. Überdies muss bei der zwangsweisen Eintreibung der Gelder mehr Aufwand gemacht werden als es bei freiwilligen Beiträgen, Spenden oder Investitionen der Fall ist. Der Park kostet also insgesamt mehr Ressourcen als nötig. Frage: Ist es wenigstens möglich, die Zieleffizienz in diesem Beispiel zu behaupten? Ja, wenn das Ziel nur wäre, einen Park zu bauen. Nein, wenn es darum geht, die von den Bürgern aus gesehen beste Entwicklung der Stadt zu gewährleisten.

■ **Rechtmäßigkeit.** Die Grundlage jeder Intervention ist Gewalt. Da Gewalt kein Recht schafft, können Interventionen unter keinen Umständen rechtmäßig oder »legitim« sein.

Die Masse der inzwischen vorgelegten Anaylsen, die zeigen, dass Interventionen unsoziale Konsequenzen haben, ist einer der Gründe für die Aktualität und Brisanz des österreichischen Ansatzes.

POLITISCHE SCHLUSSFOLGERUNG

Der österreichische Ansatz kann im Prinzip nicht zu Handlungsempfehlungen kommen: Das individuelle Handeln wird durch Abwägen zwischen Wünschen und Preisen bestimmt, und kollektives, politisches, staatliches Handeln, soweit es nicht auf Freiwilligkeit beruht und dann als individuelles Handeln begriffen werden muss, wird abgelehnt. Handlungsempfehlungen sind im österreichischen Ansatz nur möglich als Pläne, von einem steuerungsökonomischen Zustand in einen freiheits-ökonomischen Zustand hinüberzuleiten. In einem Slogan ausgedrückt lautet die Handlungsempfehlung: »Verkauft den Staat!«

An der »österreichischen Schule« ausgerichtete Ökonomen versuchen allerdings zunehmend, durch hypothetische Studien die Überlegenheit des Marktes bei der Lösung dringender Probleme (Hunger und Armut, Wassermangel, Arbeitslosigkeit, Kostenexplosion im Gesundheitswesen, Ökologiekrise, steigende Kriminalität und Gewaltbereitschaft usw.) aufzuzeigen.

BEISPIEL ÖKOLOGIE

»Österreichische« Ökonomen legen nicht Schemen vor, was zu tun sei, vielmehr: Sie zeigen, was zu tun möglich wäre, wenn die knappe Ressource Umwelt nicht größtenteils kollektiv-staatlich, sondern durch individuelles Eigentum allokalisiert werden würde. In dem Falle, dass Umwelt individuelles Eigentum wäre, müsste Umweltverschmutzung als Benutzung von Eigentum angesehen werden, auf der wahrscheinlich ein Preis läge, jedenfalls wenn saubere Umwelt für wenigstens einige Menschen ein erstrebenswertes Gut darstellt. Jeder Umweltverschmutzer bekäme also durch die Information Preis mitgeteilt, wie weit er die Ressource Umwelt benutzt. Sofern

der Umweltverschmutzer nicht die Umweltverschmutzung als in sich selbst befriedigende Tätigkeit ansieht (was unwahrscheinlich zu sein scheint), wird er sie so gering als möglich halten, um seine Kosten zu begrenzen. Der Weg über den Preis wäre schneller, effektiver und den jeweiligen Umständen angemessener als der schwerfällig Weg über politisch-administrative Maßnahmen.

FRAGESTELLUNG

Die steuerungsökonomische Berechtigung des Staates, in das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben der Bürger einzugreifen, ist ein Zugeständnis, das eng verknüpft ist mit dem Versprechen, der Staat würde – oder solle – den sozialen Ausgleich schaffen. Unabhängig davon, ob eine Berechtigung zum Eingriff moralisch überhaupt gegeben ist, stellt sich die Frage nach der Zieleffizienz: Wird der soziale Ausgleich durch staatliche Maßnahmen tatsächlich erreicht? Oder könnte er wenigstens erreicht werden? Ob sozialer Ausgleich erreicht wird, muss empirisch beantwortet werden. Ob der Ausgleich (wenn er empirisch gesehen nicht stattfindet) im Prinzip mit staatlichen Mitteln erreicht werden kann, muss die Theorie entscheiden.

In der Tat liegen für fast alle Maßnahmen, die vorgeschlagen werden, um durch Staat den sozialen Ausgleich zu schaffen, bereits empirische Daten vor. Darum spreche ich vom »Spätetatismus«: Es können wohl kaum mehr Maßnahmen ergriffen werden, die ihrer Art nach nicht schon durch Erfahrung zu überprüfen sind.

WAS IST ARMUT?

Der Wunsch nach sozialem Ausgleich kann nur unter zwei Bedingung entstehen:

- Es gibt Menschen, deren soziale Lage unterdurchschnittlich ist. Diese Menschen werden »Arme« genannt.
- Es besteht die Ansicht, die Menschen mit einer überdurchschnittlichen sozialen Position seien moralisch zu einem Ausgleich verpflichtet. (Die zweite Bedingung interessiert in diesem Kapitel nicht.)

Die Erklärungen für die Entstehung der Armut lassen sich, grob gesehen, in drei Gruppen einteilen:

1. **Armut als individuelles Schicksal:** Arme seien körperlich oder geistig schwache Menschen, die aufgrund unterdurchschnittlicher Leistungsfähigkeit oder Leistungsbe-

reitschaft geringere oder gar keine Einkommen erzielen. Wenn dies zutrifft, können sich diese Menschen nur aufgrund von freiwilligen Spenden («Almosen») oder staatlichen Zuwendungen erhalten. Zu untersuchen wäre dann, was für sie besser ist. – Obwohl diese Erklärung für Einzelfälle sicherlich zutreffend sein kann, ist sie für die Armut von Schichten oder Regionen nicht überzeugend. Wenn in der Volksrepublik China Hunger herrscht, während die Auslandschinesen in der ganzen Welt zu den Erfolgsmenschen zählen, zeigt dies, dass keine rassistischen, sondern wirtschaftliche Bedingungen zu Armut führen. Wenn es in Nordkorea nichts zu Essen gibt, während Südkorea prosperiert, folgt daraus, dass Armut keine geographischen oder geschichtlichen Ursachen hat.

2. **Armut als soziales Schicksal, Variante A:** Arme seien Opfer des Kapitalismus. Wenn dies wahr wäre, müsste man konsequent die Abschaffung des Marktes fordern, nicht sozialen Ausgleich. Diese Erklärung brauchen wir nicht genauer zu untersuchen, weil sie offensichtlich empirisch widerlegt ist. Die gigantischen Experimente mit der Abschaffung des Marktes in Faschismus und (Staats-)Sozialismus haben Elend in unvorstellbarem Ausmaß verursacht. Die Hungerskatastrophen in der UdSSR, in China, in Äthiopien und in Nordkorea sprechen eine deutliche Sprache.
3. **Armut als soziales Schicksal, Variante B:** Arme seien Opfer des Staates. Diese These verfolge ich als Alternative zum gescheiterten staatssozialistischen Ansatz. Eine solche Erklärung macht es absurd, sich an den Staat zu wenden, um sozialen Ausgleich erreichen zu wollen. Es gibt zwar viele Einzeluntersuchungen, die die These von der politisch produzierten Armut nahelegen, gleichwohl noch keine zusammenhängende Theorie. Die Ideologie, dass der Staat soziale Unterschiede ausgleiche oder dies wenigstens tun solle, ist tief verwurzelt. Mit meiner Übersicht versuche ich, die Entwicklung der Theorie voranzutreiben, um diese Ideologie anzugreifen.

PROBLEME DER DEFINITION VON ARMUT

Die Definition von Armen als Menschen mit »unterdurchschnittlichem Sozialstatus« ist sehr vage und kann sogar missbraucht werden. Der »Durchschnitt« muss sich auf eine bestimmte Region beziehen. Das durchschnittliche Einkommen in Deutschland ist höher als das in der Türkei. Eine Maßnahme, die versuchte, hier vollkommene Gleichheit zu schaffen, würde die Deutschen arm, die Türken aber nicht reich machen. Reichtum, der verteilt anstatt geschaffen wird, verfliegt.

Eine am Durchschnitt orientierten Definition der Armut kann so missbraucht werden: Bevölkerungsgruppen, die im nationalen Vergleich unter dem Durchschnitt liegen, werden zum Gegenstand von Maßnahmen des Ausgleiches gemacht, auch wenn sie dies ablehnen. Die Umsiedlung von »armen« Indianern (z. B. im sandinistischen Nicaragua) oder die Sanierung von angeblichen »Slums« in den industriellen Zentren stößt bisweilen auf erbitterten Widerstand. Die betroffenen Menschen sehen sich nicht als »arm« an. Die staatlichen Zwangsmaßnahmen des Ausgleiches empfinden sie dementsprechend als Bevormundung.

Auf der anderen Seite ist es klar, dass es die Gesundheit eines Menschen gefährdet, wenn die Verfügung über Nahrung und Schutz unter ein gewisses Minimum sinkt.

Aufgrund dieser Überlegungen schlage ich vor, zunächst zwischen absoluter und relativer Armut zu unterscheiden:

■ **»Absolute Armut«** bedeutet, dass das Leben des betroffenen Menschen bedroht ist.

■ **»Relative Armut«** bedeutet, dass der betroffene Mensch über weniger Güter verfügt als in seiner geografischen Region durchschnittlich üblich ist.

Im Folgenden untersuche ich, in welcher Weise die Tätigkeit des Staates die wirtschaftliche Lage der Menschen im unteren Drittel einer beliebigen, aber differenzierten industriellen Gesellschaft beeinflusst. Wenn die negativen Einflüsse des Staates ein gewisses Maß übersteigen, kann aus relativer Armut absolute Armut werden. Aus dem unteren Drittel wird dann schnell die Mehrheit der Bevölkerung.

WAS IST STAAT?

Meiner Untersuchung liegt die klassische libertäre oder anarchistische Definition zugrunde:

Zum Staat gehören alle Institutionen, deren Einnahmen, Ausgaben und Regelungen nicht auf freiwilliger Übereinkunft, sondern auf dem Gewaltmonopol beruhen.

Neben den staatlichen Organen (Militär, Justiz, Polizei, Verwaltung, Zentralbank) gehören zu ihm steuerfinanzierte Institutionen (Bildung, Wohlfahrt), zwangsbeitragsfinanzierte Einrichtungen (Sozialversicherungen, TV-Anstalten, IHKs) und Leistungen monopolisierter Anbieter wie z. B. Stadtwerke (Wasser, Nahverkehr) oder Stromversorger.

Eine Zwitterstellung nehmen Institutionen und Berufsgruppen ein, die über staatlich garantierte Monopol- oder Oligopolstellungen verfügen, wie etwa Energieversorger, Banken, Versicherungen, Ärzte, Raumfahrt, berufsständische Kammern. Die Firmen und die Berufsgruppen, die hohe und dauerhafte Subventionen empfangen, gehören ebenfalls zu der staatlichen Infrastruktur (VW, Landwirte etc.). Nicht subventionierte Firmen, die dauerhaft oder ausschließlich ihre Leistungen an den Staat verkaufen wie z. B. manche Bau- oder Bildungsunternehmen, begründen mit staatlichen Institutionen eine korporative Struktur.

Formal gibt es drei Möglichkeiten für den Staat, tätig zu werden. Diese formalen Möglichkeiten sind in sich im modernen Staat sehr ausdifferenziert. Die folgende Aufzählung ist nicht erschöpfend:

1. **Einnahmen** (betreffen das Verhältnis des Staates zum Bürger). – Steuern: Einkommenssteuern auf Gehalt, Gewinn, Eigentum, Zinsen usw.; Verbrauchssteuern auf Konsum allgemein (»Mehrwertsteuer«) oder auf spezielle Güter (Benzin, Tabak, Brandwein, Luxus usw.) – Kreditaufnahme/Verschuldung inkl. so genannter »Schattenhaushalte« – Abgaben: Zwangsbeiträge an Kranken-, Arbeitslosen-, Pflege- und Rentenkassen; Kommunalabgaben für Straßenreinigung, Müllbeseitigung usw.; Verwaltungsgebühren für An- und Abmeldung, Bescheinigungen usw. –

Inflation: Eine bedeutsame, nicht offiziell zugegebene Einnahmequelle des Staates. Die Funktionsweise wird weiter unten erläutert.

2. **Ausgaben** (betreffen das Verhältnis des Bürgers zum Staat). – Sicherheit: Militär, Polizei, Justiz inkl. Vollzug – Infrastruktur: Straßenbau, Strom-, Wasser-, Energieanbindung – Bildung: Schulen, Universitäten, Forschungseinrichtungen – Zwangsversicherung: Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegegeld, Renten – Sozialausgaben: Sozialhilfe, sozialer Wohnungsbau, Wohngeld – Subventionen: Industrie, Bergbau, Landwirtschaft, Kultur – Verwaltung: Finanzen, Ordnungs- und Aufsichtsämter, Behörden.
3. **Regelnde Eingriffe** (greifen in das Verhältnis des Bürgers zum Bürger ein). Gesetze und Verwaltungsverordnungen: Geldpolitik, Tarifrecht, Jugendschutz, Gewerbe- und Bauaufsicht usw.

Die Staatstätigkeiten untersuche ich hier ausschließlich unter dem Blickwinkel ihrer ökonomischen Wirkungen auf die Armen. Die empirischen Belege für die tatsächlichen Wirkungen sowie vertiefende Literatur der ökonomischen Theorie sind im Literaturverzeichnis zu finden.

WIRKUNGEN DER EINNAHMESEITE: STEUERN

Steuern auf das Einkommen von Bürgern können progressiv gestaltet werden. Auf diese Möglichkeit baut sich im Endeffekt die stärkste Hoffnung, der Staat könne sozial ausgleichend wirken: nämlich dadurch, dass Menschen mit höheren Einkommen prozentual mehr abgeben müssen als Bezieher kleinerer Einkommen. Dies träfe natürlich nur dann zu, wenn die Bezieher höherer Einkommen nicht mehr Leistungen vom Staat bezögen. Dies kann durch eine »Steuerbilanz« geklärt werden, die Thema bei der Einschätzung der Wirkung der Ausgabenseite ist.

Allerdings wird die Steuerprogression bereits auf der Einnahmeseite unterhöhlt. Da Bezieher höherer Einkommen über größere Möglichkeiten verfügen, ihr Einkommen zu verschleiern und »etwas abzusetzen«, zahlen sie sogar in absolu-

ten Zahlen bisweilen weniger als die Bezieher kleinerer Einkommen.

Wenig beachtet worden ist auch die Tatsache, dass für einen Bezieher eines kleinen Einkommens ein geringer Steuersatz belastender sein kann als für einen Bezieher eines höheren Einkommens der große Steuersatz. Wer von 10000 DM Monatseinkommen 50% abführen muss, verfügt mit 5000 DM netto immer noch eine vergleichsweise beachtenswerte Summe. Wer von 1000 DM 10% abführen muss, kann sich mit dem verbleibenden 900 DM vielleicht nicht mehr sein Zimmer leisten, wo er zur Untermiete wohnt. Dies wird so hartnäckig übersehen, weil nicht sauber zwischen relativer und absoluter Armut unterschieden wird.

In Deutschland ist die Regierung vom Verfassungsgericht gezwungen worden, davon abzusehen, das Existenzminimum mit direkten (Lohn-)Steuern zu belegen. Dies ist durchaus ein Fortschritt. Die weiter unten besprochenen, indirekten Verbrauchssteuern allerdings werden dadurch in ihrer regressiven Wirkung nicht geschmälert.

Entscheidend dabei, die Wirkung der Einkommenssteuer einzuschätzen, ist darüber hinaus die Betrachtung der ökonomischen Zusammenhänge. Steuern wirken zum einen leistungshemmend und setzen zum anderen einen Prozess der Überwälzung in Gang. Beide Wirkungen schaden den Armen mehr als den Besserverdienenden.

■ **Leistungshemmung.** Die leistungshemmende Wirkung der Steuern wird von vielen sozialdemokratischen Politikern gern in Abrede gestellt. Sie kann jedoch ganz einfach überprüft werden: Wenn der Staat 100% des Einkommens kassierte, würde niemand mehr dieses Einkommen erzielen wollen. Auch eine Senkung auf 99% könnte da wohl nicht viel helfen. Also muss zwischen dem Steuersatz von 0% bis 100% irgendeine Steigerung der Leistungshemmung stattfinden. (Die leistungshemmende Wirkung braucht wohlgerne nicht linear zu steigen, sondern kann unter Umständen »springen«.)

Beispiel. Nehmen wir an, jemand, der 10000 DM Ein-

kommen habe, würde seine Leistungen so einschränken, dass er aufgrund der Steuerprogression netto fast die gleiche Summe Geldes zur Verfügung habe, aber brutto bei 8000 DM liege. Die 2000 DM, die er nun weniger Bruttoeinkommen hat, werden nicht geleistet. In der Wirtschaft sind demnach weniger Werte entstanden. Verknappung von Werten – Gütern oder Dienstleistungen – zieht Verteuerung nach sich. Unter Verteuerung leiden naturgemäß die Bezieher kleiner Einkommen mehr als die Bezieher großer Einkommen. Außerdem bedeutet es, dass – (bei gleich bleibendem Lohnniveau) – weniger Arbeitsplätze existieren, wenn weniger Werte geschaffen werden. Auch bei Verknappung von Arbeitsplätzen sind die Bezieher kleiner Einkommen härter betroffen, denn ihre Arbeitskraft ist nicht-spezifisch (d.h. »austauschbar« oder »ersetzbar«).

■ **Überwälzung.** Derjenige, der in dem Beispiel 10000 DM brutto hat, kann auch anders reagieren als mit Leistungseinschränkung: Er kann, wenn seine Arbeitskraft hinreichend spezifisch (»unersetzbar« oder »schwer ersetzbar«) ist, ein höheres Gehalt durchsetzen, um die Steuerlasten auszugleichen. Da durch diese Erhöhung des Gehaltes aber sein Output nicht steigt, heißt dies, dass sein Arbeitgeber die gestiegenen Lohnkosten entweder bei weniger verdienenden Mitarbeitern einsparen oder in Form von höheren Preisen an die Konsumenten weiter geben muss. Dieses Phänomen wird »Überwälzung« genannt. Die Überwälzung führt dazu, dass Steuern – auch progressive Einkommenssteuern – tendenziell auf den Konsum fallen. Im Prinzip wirkt jede Steuer wie die Mehrwertsteuer.

Selbst wenn es gewerkschaftlichen Aktionen gelingt, für die untersten Lohngruppen einen Ausgleich für Steuererhöhungen durchzusetzen, schädigt gerade das die am wenigsten Verdienenden. Die Wirkung ist ähnlich wie die der weiter unten behandelten Wirkung von Mindestlohngesetzen: Auf diese Weise wird die Arbeit »zu teuer« und im Bereich der niedrigsten Lohngruppen entsteht Arbeitslosigkeit.

Verbrauchssteuern sind vom Einkommen unabhängig. Sie wirken bereits bei der Erhebung eher regressiv. Wenn eine Familie ihr Haushaltseinkommen von 2000 DM komplett verkonsumiert, zahlt sie bei einem Verbrauchssteuersatz von 15% = 300 DM. Ein Single, der von seinem Nettogehalt, das 5000 DM beträgt, 1000 DM verkonsumiert (und den Rest spart), zahlt nur 150 DM.

Da eine Verbrauchssteuer (also z. B. die so genannte Mehrwertsteuer) stets die Produkte verteuert, ist sie für die Armen besonders schlimm. Wenn etwa die Grenze relativer Armut ohne Verbrauchssteuer bei 2000 DM liegt, würde sich, sobald eine Verbrauchssteuer von beispielsweise 20% erhoben wird, die Grenze auf 2200 DM erhöhen. Wer einen Lohn von 2100 DM bezieht, wäre vor der Steuererhebung nicht arm; aber danach müsste man ihn zu den Armen zählen.

WIRKUNGEN DER EINNAHMESEITE: KREDITAUFNAHME

Kreditaufnahme ist deshalb eine für Politiker so verlockende Art, Geld in die Staatskasse zu bekommen, weil sie zunächst niemandem eine Last aufzuerlegen scheint (während das bei der Steuererhebung der Fall ist). Kreditaufnahme wirkt jedoch mittelfristig zinssteigernd. Das heißt, dass diejenigen Menschen, die Schuldzinsen zahlen, den Teil des Staatshaushaltes finanzieren, der mit Krediten abgedeckt wird. Zum einen sind dies innovative Unternehmer, die Investitionen tätigen. Wenn ihre Möglichkeiten zu wirtschaftlichen Aktivitäten durch steigende Zinsen eingeschränkt wird, schadet dies selbstverständlich am Meisten denjenigen, die in den neuen Betätigungsfeldern Arbeit gefunden hätten. Zum anderen werden durch steigende Zinsen all die schwer belastet, die trotz geringer Einkommen einen Kredit aufgenommen haben (»Überschuldung«).

Um diese beiden negativen wirtschaftlichen Auswirkungen steigender Zinsen zu vermeiden, werden die Zinsen vom Staat geldpolitisch gering gehalten. Dann allerdings stellt sich das Problem der Inflationsgefahr. Dem Thema Inflation ist ein eigener Abschnitt gewidmet.

WIRKUNGEN DER EINNAHMESEITE: ABGABEN

Abgaben spielen bei der Finanzierung von Tätigkeiten des Staates normalerweise eine untergeordnete Rolle. Meist handelt es sich um Zahlungen bei Dienstleistungen, die kommunal monopolisiert sind. Die Abgabenhöhe wird in der Regel politisch (also nicht betriebswirtschaftlich) bestimmt. Darum gibt es sowohl nicht Kosten deckende, als auch überteuerte Abgaben. Für die Frage der Auswirkung auf die Armen ist dabei nur entscheidend, von welchen Leistungen sie wie viel beziehen und was sie dafür an Abgaben bezahlen. Dies ist Thema der »Steuerbilanz« in der Diskussion der Ausgabenseite des Staates.

In Situationen, in denen Steuererhöhungen zwar fiskalisch gesehen nötig, politisch aber nicht durchsetzbar sind, können über die Erhöhung von Abgaben jedoch versteckte Steuern erhoben werden. Es hat in den 90ern in Deutschland Jahre gegeben, in denen die Steigerung der Lebenshaltungskosten ausschließlich auf der Erhöhung von Abgaben beruhte. Es ist klar, dass die Steigerung von Lebenshaltungskosten die Bezieher unterer Einkommen sowie feststehender Renten besonders trifft.

WIRKUNGEN DER EINNAHMESEITE: ZWANGSBEITRÄGE

Der Anteil, der dem Bruttolohn zwangsweise für die sog. Sozialbeiträge abgezogen und der ihm als »Arbeitgeberanteil« aufgeschlagen wird, ist in Deutschland sehr hoch. Dieser Anteil ist prozentual vom Einkommen abhängig, das heißt, dass er sich progressiv staffeln lässt. Eine sozial ausgleichende Wirkung geht davon allerdings nicht aus: Die »Lohnnebenkosten« verteuern die Arbeit deutlich. Das heißt, dass Menschen mit geringer Grenzproduktivität kaum eine Chance auf Arbeit bekommen. Durch die Lohnnebenkosten steigt die erforderliche Grenzproduktivität (also die Soll-Produktivität, bei der sich der Einsatz des Faktors »Arbeit« noch lohnt). Arbeiter, deren Grenzproduktivität ohne Lohnnebenkosten ausreichen würde, bleiben nun arbeitslos. (»Grenzproduktivität« bezeichnet in der Ökonomie den Beitrag zur Wertschöpfung,

den der zuletzt eingestellte Arbeiter einer bestimmten Kategorie leistet: Jede weitere Anstellung würde den Lohn so senken, dass niemand dafür arbeitet; jede geringere Beschäftigtenzahl würde die Wertschöpfung des Unternehmens mindern.)

Ein Indiz dafür, dass Steuern und Lohnnebenkosten die Schaffung von Arbeitsplätzen verhindern, ist die Verbreitung von Schwarzarbeit: Schwarzarbeit ist Arbeit, nach der Nachfrage unter der Bedingung besteht, dass die Bruttokosten um die Steuer- und Zwangsbeiträge reduziert sind. Ist die Reduktion nicht möglich, wird die Arbeit nicht nachgefragt. Da jedoch nicht alle Arbeit als Schwarzarbeit angeboten werden kann bzw. viele Arbeitsanbieter und -nachfrager die mit der Schwarzarbeit verbundene Kriminalisierung fürchten, liegt das Niveau von Schwarzarbeit weit unter dem, was an Arbeitsplätzen entstehen könnte, würde die entsprechende Abgabenlast reduziert.

WIRKUNGEN DER EINNAHMESEITE: INFLATION

Inflation ist keine offizielle Einnahmequelle des Staates wie Steuern, Kreditaufnahme, Abgaben, Zwangsbeiträge. Warum ich sie gleichwohl zu der Einnahmeseite der Staatstätigkeit zähle, bedarf der Erläuterung.

Inflation ist nicht – wie vielfach missverständlich behauptet wird – eine Preissteigerung, sondern Geldvermehrung. Die Geldvermehrung kann (aber muss nicht) eine Preissteigerung nach sich ziehen. Die Preissteigerung kann ausbleiben, wenn beispielsweise statt dessen die Produktivität steigt. In den letzten Jahren ist alles rund um die Computertechnologie extrem im relativen Wert gesunken. Stabiles Preisniveau ist hier objektiv eine Inflationwirkung, weil die Preise hätten noch stärker sinken müssen.

Erzeugt wird die Inflation durch das Drucken von zusätzlichen Banknoten oder durch geldpolitische Verbilligung des Kredits. Schon in den 1930er Jahren hat F.A. Hayek nachgewiesen, dass die zyklischen Wirtschaftskrisen (die erst Marx und dann Keynes fälschlich als unausweichliches Marktgeschehen bezeichnet hatten) auf die Kreditexpansion

zurückzuführen sind. In den 1970er Jahren ist diese bis dahin verdrängte Theorie empirisch bestätigt worden.

Durch Inflation verschleiert der Staat seine Kreditaufnahme. Allerdings ist die Erwartung, dass durch Inflation die Wirtschaft angekurbelt werde, so dass die Kreditaufnahme eine gleichsam für den Bürger kostenneutrale Staatsfinanzierung wäre, höchst trügerisch. Denn das neu gedruckte Geld repräsentiert ja keine substanziellen Werte. Es entsteht (unter einer Reihe anderer Wirkungen) die »Geldillusion«, in der die Wirtschaft meint, es stünden produktive Werte zur Verfügung, die es jedoch nicht gibt, bzw. die vom Staat verkonsumiert werden. Aus dieser Geldillusion heraus neigen Unternehmer dazu, falsche Entscheidungen zu treffen, die zu den bekannten Krisenerscheinungen führen.

Die Krisenerscheinungen und die (sichtbaren oder versteckten) Preissteigerungen sind immer zum besonderen Nachteil der kleinen Leute: Sie sind es, die arbeitslos werden, und sie haben damit zu kämpfen, wie sie bei steigenden Preisen und sinkenden Reallöhnen ihren Lebensunterhalt bestreiten sollen. Die von der Inflation bewirkten Fehlinvestitionen ziehen Kapitalvernichtung nach sich und senken auf diese Weise die Grenzproduktivität der Arbeit. Das ist dann die Ursache von Massenarbeitslosigkeit, die in jeder Inflationskrise zu beobachten ist.

WIRKUNGEN DER AUSGABENSEITE: STEUERBILANZ

Systematisch gesehen beruhen alle Ausgaben des Staates auf »Steuern«, ob sie nun so heißen oder nicht. Denn alles, was der Staat ausgibt, muss er vereinnahmt haben.

Die Frage lautet, ob die Wirkungen der Steuern progressiv oder regressiv sind, das heißt, ob der Staat einen sozialen Ausgleich herstellt oder nicht. Um diese Frage zu klären, muss das, was der Einzelne an den Staat als Steuern zu zahlen hat, gegen das aufgerechnet werden, was er vom Staat als Leistung bekommt. Das ist die »Steuerbilanz«. Wenn diese Steuerbilanz negativ ist, ist der Betreffende ein Nettosteuerzahler, ist sie positiv, ist er ein Nettosteuerkonsument.

Beispiel Infrastrukturen. Staatliche Infrastrukturen (Bau von Verkehrswegen, Verkehrssicherheit und -gerichtsbarkeit, Enteignung von Grund und Boden im »öffentliche Interesse« an Verkehrswegen, kostenlose Verschmutzungsrechte für Verkehrsmittel) werden nur zum Teil durch Beiträge, Abgaben oder verbrauchsabhängigen Steuern (z. B. Mineralölsteuer) finanziert, sondern auch aus dem allgemeinen Staatshaushalt. Das bedeutet: Wer irgend eine staatliche Infrastruktur stärker nutzt als ein anderer, erhält auch mehr Leistungen als der andere. Die Infrastrukturen werden von Besserverdienenden unzweifelhaft häufiger in Anspruch genommen als von schlechter Verdienenden.

Ein großer Teil der Staatsausgaben bezieht sich in gleicher Weise wie die Infrastruktur tendenziell mehr auf Bedürfnisse der Besserverdienenden: Bildungsausgaben, Rechtsprechung und Sicherheitsdienst, Kulturangebote und Subventionen werden naturgemäß zum großen Teil oder sogar vollständig von den Beziehern höherer Einkommen in Anspruch genommen. Die Steuerbilanz für die Armen ist so negativ, dass sogar dann, wenn in einem Arme-Leute-Gebiet 50% der Einwohner Sozialhilfe beziehen, gleichwohl für die gesamte Gruppe mehr Steuergeld aus dem Gebiet abfließt als hineinkommt.

Beispiel Wohngeld. Auch wer Wohngeld bekommt, kann in der Steuerbilanz Nettosteuerzahler sein: wenn er mehr an den Staat direkt über seine Einkommens- und Konsumsteuer sowie indirekt über die Inflationswirkung bezahlt, als er an Leistungen insgesamt erhält. Selbstverständlich müssen alle Leistungen gezahlt werden – vom Wohngeld über die kostenlose Schul- und Gehsteigbenutzung bis hin zur Partizipation an der Sicherheitsstruktur, die die Polizei darstellt.

Beispiel Sozialhilfe. Sogar jemand, der als Langzeitarbeitsloser Sozialhilfe bezieht und gar keine direkten Steuern zahlt, muss als Nettosteuerzahler betrachtet werden: Wenn er aufgrund von Krisen, die die Geldpolitik hervorruft, arbeitslos ist oder aufgrund von hohen Lohnnebenkosten, dann beträgt seine objektive Steuerzahlung die Differenz zwischen dem von ihm erzielbaren Lohn und seinem Sozialhilfesatz.

Empirische Studien zur Wirkung von staatlichen Ausgaben kommen durchweg zu dem Schluss, dass die Steuerbilanz für die Armen negativ, für die Reichen positiv sei. Gordon Tullock fasst diese Ergebnisse unter dem Schlagwort »wellfare for the well-to-do« zusammen. Historische Untersuchungen z. B. zur Schulentwicklung legen nahe, dass die Mittel- und Oberschicht die Einrichtung öffentlicher Bildungsinstitutionen mehr oder weniger bewusst forciert haben, um von der Quersubventionierung durch die Armen zu profitieren (z. B. Katz 1968, West 1975). Weil inzwischen klar ist, dass die Besserverdienenden von der Zwangspflegeversicherung mehr haben als die Armen, sollte man überlegen, ob die wirklichen Nutznießer dies nicht von Anfang an kalkuliert haben. Es wäre dann nur Ideologie, wenn Maßnahmen des Wohlfahrtsstaates mit dem Argument eingeführt werden, dass damit den Armen geholfen werden solle.

WIRKUNGEN DER AUSGABENSEITE: ÖKONOMISCHE EFFIZIENZ

Staatliche Leistungen sind, so geht aus der Steuerbilanz hervor, nicht wirklich kostenlos, sondern sie scheinen es nur zu sein. Sie stehen zwar jedem zur Verfügung, ohne dass er sie in Abhängigkeit von der Nutzung bezahlen muss, jedoch finanziert er sie über seine Steuerzahlungen. Darum ist es sehr wichtig zu fragen, wie günstig – also ökonomisch effizient – denn das Leistungsangebot des Staates ist: Wenn der Staat Leistungen monopolisiert und sie damit (im Einklang mit allen Monopoltheorien) verteuert, schadet er den Armen. Sie sind es, die Konsumverzicht leisten müssen.

Beispiel Telekommunikation. Jahrelang ist den Deutschen eingeredet worden, die Telekommunikation müsse als staatliches Monopol angeboten werden, damit für die kleinen Leute – die oft bemühte »arme alte Frau mit kleiner Rente« – das Telefonieren günstig bleibe. Dies werde durch eine »Quersubventionierung« erreicht, d. h. berufliche Vieltelefonierer würden höhere Gebühren zahlen, um damit geringe Privatgebühren »gegenzufinanzieren«. Die teilweise Privatisierung und Liberalisierung der Telekommunikation hat allerdings ge-

zeigt, dass auch die Privatgebühren *erheblich* sinken. Daraus folgt, dass für lange Zeit die Armen mit zu hohen Telefonkosten belastet worden sind. Sie mussten die Ideologie des Wohlfahrtsstaates mit Konsumverzicht bezahlen.

Beispiel Kohlesubventionen. Die Frage der ökonomischen Effizienz stellt sich besonders auch bei Subventionen. Wenn man die Gesamtsumme, mit der der Kohlebergbau subventioniert wird, durch die Zahl der Bergleute dividiert, könnten sie ein extrem hohes Managergehalt ausbezahlt bekommen. Es wäre in der Tat billiger, den Bergleuten ihr Gehalt zu zahlen und sie nichts tun zu lassen, als den Bergbaubetrieb aufrecht zu erhalten. Das Geld, das durch die Kohlesubventionen verschwendet wird, müssen die Nettosteuerzahler aufbringen, also die kleinen Leute. Sie bezahlen auch hier mit Konsumverzicht, dass unfähige Manager subventioniert werden.

Beispiel Sozialhilfe. Selbst bei Subventionen, die nicht über den Umweg der Finanzierung unwirtschaftlich arbeitender Unternehmen ausgeschüttet, sondern direkt an die angeblich Bedürftigen verteilt werden, stellt sich die Frage der Effizienz. Man schätzt, dass gut zwei Drittel des Geldes für soziale Ausgaben in die Verwaltung und in die Bezahlung von Sozialarbeitern und von anderen Mittelschichtberufen fließt. Höchstens ein Drittel kommt bei den Betroffenen an. Milton Friedman hat errechnet, dass es sehr viel billiger wäre, die Wohlfahrtsbürokratie durch ein allen Bürgern garantiertes Mindesteinkommen (»Bürgergeld«) zu ersetzen, das ohne jede bürokratische Formalitäten ausgezahlt wird.

Die wahren Empfänger von Subventionen sind so wie so meist die Besserverdienenden, die wissen, wie sie die entsprechenden Möglichkeiten ausschöpfen. Die Subventionen für die Landwirtschaft, mit denen angeblich armen Bauern geholfen werden soll, haben in Wahrheit die Industrialisierung und Monopolisierung der Landwirtschaft forciert.

Beispiel Kultursubventionen. Eine Reihe von Subventionen beziehen sich gänzlich auf Angebote, die fast ausschließlich von Mitgliedern der gehobenen Schichten in Anspruch

genommen werden. Dazu zählt die Oper ebenso wie das Studium an der Universität.

Beispiel öffentliche Sicherheit. Eine besonders schlechte Performanz zeigt der Staat in einem Bereich, in welchem er eigentlich sein ursprüngliches Recht behauptet: Polizei, Justiz und Vollzug. Die Gefängnisse, die oft aus kleinen Gaunern große Verbrecher machen, werden von allen bezahlt, auch den Opfern. Die meisten Opfer von Verbrechen sind wohlgemerkt kleine Leute. Aber es wird fast nichts getan, um ihnen Wiedergutmachung zu verschaffen. Die Justiz ist verstopft mit Zankereien zwischen wohlhabenden Nachbarn oder zwischen wohlhabenden Unternehmen, während für die Fälle der kleinen Leute weder Zeit noch kompetente einfühlsame Richter vorhanden sind. Die Polizei kümmert sich um den teuren Personenschutz für Politiker und Unternehmer, die auch private Bodyguards bezahlen könnten, während für den vergleichsweise billigen Schutz von Bahnhöfen oder gefährdeten Nachbarschaften kein Interesse besteht.

WIRKUNGEN DER AUSGABENSEITE: ZIELEFFIZIENZ

Neben der Frage, ob der Staat denn seine Leistungen effizient produziert, sollte überprüft werden, ob er sie entsprechend den Bedürfnissen der Betroffenen gestaltet. Wer eine Leistung auf dem Markt anbietet, muss sie stets so gestalten, dass die potenziellen Abnehmer auch wirklich bereit sind, für sie zu zahlen. Der Staat muss dies nicht, weil er keine Bereitschaft zum Zahlen braucht. Er erzwingt die Zahlung. Insofern macht sich der Staat von den Nachfragern unabhängig.

Beispiel öffentliche Nahverkehrsmittel. Der Staat monopolisiert den öffentlichen Nahverkehr unter anderem mit der Begründung, er müsse für arme Rentner die Möglichkeit der Mobilität garantieren (durch subventionierte Fahrpreistarife). Wenn der Staat jedoch darauf verzichten würde, von den Rentnern über die Mehrwertsteuer erhebliche Summen abzuschöpfen, könnten sie selbst entscheiden, welche Form des Nahverkehrs sie benutzen wollten, selbst wenn das dann etwas teurer wäre als heute. (Obwohl, wie gesagt, die Wahrscheinlich-

keit besteht, dass nach einer Privatisierung die Preise sinken anstatt steigen.)

Beispiel Bildungsinstitutionen. Bei der Bildung ist dieses Phänomen sehr gut untersucht: Schulen und Hochschulen orientieren sich bei ihrem Angebot an Werten, Inhalten und Zielen der Mittel- und Oberschicht. Selbst wenn Mitglieder der Unterschicht das kostenlose öffentliche Angebot ausnutzen, ist es nicht auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten (vgl. Goodman 1962, Nasaw 1979, Prengel 1984).

Die perverse Folge des öffentlichen Angebots von Leistungen besteht darin, dass die Armen nehmen müssen, was der Staat für angemessen hält, während die Reichen Wahlfreiheit haben. Bedingt durch die hohe Steuerlast haben die Armen keine Wahl: Sie müssen das staatliche Angebot entweder nutzen oder auf Bildung bzw. eine der anderen staatlichen Leistungen verzichten.

In Deutschland ist diese Perversität wohl auf die Spitze getrieben worden im Bereich des Sozialversicherungswesens: Sogar das Gesetz schreibt vor, dass die kleinen Leute die über- und unsicheren Angebote der »gesetzlichen« Kranken- und Rentenkassen in Anspruch nehmen müssen, während ausdrücklich nur die Besserverdienenden die günstigeren und vertragstreuen privaten Kranken- und Rentenversicherungen wählen dürfen.

Neben den ineffizient produzierten Gütern gibt es auch staatliche Leistungen, nach denen gar keine Nachfrage besteht. Dazu gehören etwa weite Teile der Sozialarbeit oder des Jugendschutzes, die von den Betroffenen eher als Einmischung in ihre Angelegenheiten denn als großzügige Hilfe bewertet werden. Auch das Eingreifen der Polizei bei opferlosen Delikten wie z.B. Drogenhandel und -konsum oder Prostitution folgt nicht der Nachfrage. Gleichwohl müssen auch diese Leistungen bezahlt werden. Sie werden von den kleinen Leuten bezahlt, denen sie eher schaden als nutzen, während die Werte, die diesen »Leistungen« zugrundeliegen, die Werte der Mittel- und Oberschicht reflektieren.

Nochmals zum Beispiel der Sozialhilfe. Die Auszahlung

von sozialer Unterstützung mag im Interesse der Betroffenen sein (unabhängig von der Frage, warum sie Betroffene sind). Gleichwohl folgt diese Zahlung offensichtlich nicht den Bedürfnissen der Betroffenen, sondern denen der Bürokratie. Ein besonders augenfälliges Beispiel ist die in allen Wohlfahrtsstaaten zu beobachtende Tendenz, Empfänger von Ausgleichszahlungen räumlich zu konzentrieren. Dadurch entstehen »soziale Brennpunkte«, aus denen es für diejenigen, die einmal in den Genuss von staatlichen Zahlungen gekommen sind, kaum noch ein Entrinnen gibt. Auf diese Weise stellt die Bürokratie sicher, dass es immer eine genügend große Zahl von Menschen gibt, die auf Gedeih und Verderb den Zahlungen und Regelungen der entsprechenden Ämter unterworfen sind.

Beispiel sozialer Wohnungsbau. In die Kategorie von nicht bedürfnisgerechten Leistungen gehört auch der »soziale Wohnungsbau«. Zusätzlich zu der Tatsache, dass dieser meist miethpreissteigernd wirkt, handelt es sich in der Regel um städtebauliche Katastrophen. Die Wohnungen, die auf diese Weise zur Verfügung gestellt werden, entsprechen nicht den Lebensgewohnheiten und den Werten der Betroffenen. Edward Banfield hat gezeigt, dass die Differenz zwischen Unterschicht und Mittelschicht zu einem großen Teil auf die verschiedene Zeitpräferenz zurückgeführt werden kann. Angehörige der Unterschicht legen mehr Wert auf kurzfristigen Konsum als auf langfristige Wertakkumulation. Diese Verschiedenheit hat eine weitreichende Konsequenz für den sozialen Wohnungsbau: Wenn Menschen mit kurzer Zeitpräferenz in Wohnungen untergebracht werden, die nach den Werten der Mittelschicht geplant sind, wird das Ergebnis nicht eine Verbesserung der Lage der Betroffenen sein, sondern Vandalismus. Genau dies ist es auch, was empirisch an fast allen Objekten des sozialen Wohnungsbaus überall auf der Welt zu beobachten ist.

Beispiel Justizvollzug. Die erwähnte schlechte Performanz der Gefängnisse liegt ebenso weder im Interesse der Opfer noch in dem der Täter: Die Opfer werden in der Regel nicht entschädigt, nicht einmal das Bedürfnis nach Rache wird

durch den heutigen, bürokratisierten Strafvollzug befriedigt. Aber auch den Tätern wird nichts Gutes getan: Sie werden weder in die Lage versetzt, ihre Schuld den Opfern gegenüber so weit wie möglich abzutragen, noch erhalten sie eine Chance, wieder ins Leben der Normalbürger zurückzukehren. Da das Versagen der Gefängnisse, die Gesellschaft zu schützen, den Opfern Genugtuung zu verschaffen oder die Täter zu resozialisieren, so offensichtlich und seit langem bekannt ist, hat Michel Foucault die These aufgestellt, das wirkliche Ziel der Gefängnisse sei die Schaffung einer Schicht von Kriminellen.

WIRKUNGEN DER STEUERUNGÖKONOMIE

Der Staat schädigt die Armen nicht nur, indem er ihnen von dem wenigen Geld, was sie haben, etwas als »Steuern« abnimmt und in einer Weise ausgibt, die in der Regel den Besserverdienenden zugute kommt, sondern auch durch die Regeln, die er aufstellt. Das Erlassen der Regeln ist weitgehend kostenneutral (bis auf die legislativen und exekutiven Kosten). Die Folgen können jedoch sehr hohe Kosten sein. Ich bespreche beispielhaft die Wirkungen einiger wichtiger Bereiche, die staatlich geregelt werden.

Beispiel Mindestlohnbestimmungen. Die höchsten direkten Kosten für die Armen enthalten die Bestimmungen über den Mindestlohn. In Deutschland sind sie Teil des Tarifrechts. Mindestlöhne werden oft als notwendig proklamiert, damit Arbeitenden mit geringem Einkommen wenigstens ein Minimum garantiert wird. Die wirkliche Konsequenz ist jedoch, dass die Arbeit für wenig Qualifizierte ganz einfach wegfällt. Sie werden arbeitslos. Die wirklichen Absichten der Mindestlohnbestimmungen kommen jedoch bisweilen ans Licht. Im Südafrika der Apartheid und in den USA haben rassistische weiße Gewerkschaften Mindestlohnbestimmungen bewusst eingesetzt, um die billige schwarze Konkurrenz auszugrenzen. Ebenso werden in Deutschland im Baugewerbe Mindestlöhne benutzt, um billige Konkurrenz aus Osteuropa fern zu halten. Ökonomisch gesprochen verringern Mindestlohnbestimmungen die Kosten der Diskriminierung.

Beispiel Schutzbestimmungen. Ähnlich wie Mindestlohnbestimmungen wirken eine Reihe von anderen Schutzbestimmungen, zum Beispiel in den Bereichen Mieterschutz, Jugendschutz und Mutterschutz. Diese Schutzbestimmungen senken alle die Kosten der Diskriminierung, so dass Vermieter und Arbeitgeber Frauen, Randgruppen oder Arme ausschließen können, ohne dass ihnen dadurch Einnahmemöglichkeiten verloren gehen. Der Mutterschutz hat die Folge, dass Frauen erst gar nicht eingestellt werden. Der Jugendschutz hat die Folge, dass Jugendliche sich gar nicht erst ihren Lebensunterhalt verdienen können, sondern abhängig von den Eltern (oder den Institutionen des Wohlfahrtsstaates) bleiben. Der Mieterschutz führt zu objektiv höheren Preisen, zu weniger Mietangeboten für arme Familien und zu stärkerer Diskriminierung.

Beispiel Zulassungsbeschränkungen. »Approbationen« und ähnliche Zulassungsbestimmungen haben eine doppelte Wirkung auf die Lage der Armen: Zum einen kann durch die Approbation der Zugang zu einem Beruf (z.B. Arzt, Anwalt usw.) gesteuert werden, was sich zumeist als Diskriminierung von Armen und anderen Außenseitern auswirkt. Zum anderen werden durch Approbation die Einkommen der Approbierten hoch gehalten, was ihre Leistungen kostspielig und eventuell für Arme unerschwinglich macht.

Beispiel Geldmonopol. Die höchsten indirekten Kosten für die Armen gehen vom Geldmonopol aus. Mit Hilfe der geldpolitischen Manipulationen, die das Geldmonopol ermöglicht, verschafft sich der Staat (wie im Abschnitt »Inflation« gesagt) über die Steuereinnahmen hinaus Mittel. Die Folgen davon sind nicht nur ein objektiv höherer Konsumverzicht der Bürger, der einer indirekten Steuer gleichkommt, sondern vor allem Wirtschaftskrisen, die sich in Arbeitslosigkeit ausdrücken. – Eine weitere Konsequenz des Geldmonopols ist, dass es weniger Möglichkeiten für Arme gibt, alternative Formen des Handelns zu entwickeln wie z.B. Tauschhandel.

Beispiel Prohibitionen. Sehr viel Elend und sehr hohe Kosten verursacht die Drogenprohibition. Drogenkonsumenten

ten und (kleine) Drogenhändler werden kriminalisiert und zu potenziellen Armutskandidaten. Da die gehandelte Ware illegal ist, gibt es keine Qualitätskontrollen, was zu gesundheitlichen Schädigungen weit höher als nötig führt. Die Verfolgung von Drogenkonsumenten, Drogenhändlern und den Beschaffungskriminellen kostet die Steuerzahler viel Geld und zieht die Kapazität der Polizei von anderen, wirklich wichtigen Aufgaben im Bereich von Kapitalverbrechen ab.

KANN DER STAAT ANDERS?

Die Empirie ist eindeutig: dass die Tätigkeit des Staates in der Geschichte und Gegenwart überall auf der Welt die Reichen begünstigt und die Armen beschädigt, steht ökonomisch und soziologisch fest. Rechte und linke Demagogen und »Populisten« behaupten jedoch stets, dies müsse nicht so sein. Sie argumentieren, der Staat diene den Reichen, weil er »schwach« sei und sich von den Reichen instrumentalisieren lasse. Demgegenüber propagieren sie einen »starken« Staat, der sich unabhängig von den Einflüssen der Reichen machen solle. Dieser starke Staat werde dann energisch durchgreifen, Gerechtigkeit schaffen und den Armen wieder zu Würde und Wohlstand verhelfen.

Allerdings gibt es auch für die Vision des starken Staates genügend empirische Gegenbeweise: Weder der Faschismus in Italien, Deutschland, Spanien, Portugal, Argentinien und Paraguay noch der etatistische Sozialismus in Russland, Ost-Deutschland, Jugoslawien, Nordkorea, Kuba, China, Vietnam, Algerien und Äthiopien haben zu einer egalitären und lebenswerten Wohlstandsgesellschaft geführt.

Die Masse an Beweisen, dass der Staat unabhängig von der ideologischen Ausrichtung, von der geographischen Lage und von den menschlichen Qualitäten der Politiker Armut verschärft, einfach mit der Aussage zu kontern, es müsse eben der ehrliche Mann oder die ehrliche Frau her, die den sozialen Ausgleich ernsthaft betreibe, ist wohl angesichts der historischen Erfahrungen mehr als nur naiv zu nennen: Eine solche Argumentation ist böswillige Demagogie. Sie steht im Dienst

der herrschenden Klasse, die den Staat zur eigenen Bereicherung braucht.

Es kann soziologisch gesehen nicht anders sein, als dass der Staat den Mächtigen nützt und den Armen schadet. (Diese Einsicht kann man vom Marxismus lernen!) Der kleinste gemeinsame Nenner aller Staatsformen ist die Möglichkeit, Macht auszuüben. Damit sind diejenigen, die die Instrumente der Macht »bedienen«, die Herrschenden. Sie erlangen ihren Einfluss und ihr Einkommen aus der Tatsache, dass sie ohne die Zustimmung der Betroffenen deren Geld durch Steuern nehmen und deren Leben durch Gesetze und Verordnungen regulieren können.

Die Reichen sind nicht an sich die Feinde der Armen. Wer seinen Reichtum erlangt, indem er auf dem Markt Leistungen anbietet, die die Mitmenschen benötigen und die sie haben wollen, vermehrt den Wohlstand von Allen und schafft Arbeitsplätze. Es ist dabei vollkommen einerlei, durch welche Art der Leistungen der Reichtum geschaffen wird. Entscheidend ist, dass die Leistungen auf freiwillige Nachfrage stoßen und durch freiwillige Kooperation geschaffen werden.

Die Feinde der Armen sind die Mächtigen, die ihren Reichtum dadurch erlangen, dass sie für ihre Leistungen Geld zwangsweise einstreichen und Leistungen anbieten, die niemand freiwillig abnehmen will. Sie zerstören den Reichtum. In Krisensituationen kann diese Zerstörung dahin führen, dass Hungersnot ausbricht.

Die Alternative zum Staat, der arm macht, ist nicht ein anderer Staat, sondern die Entstaatlichung zugunsten einer Ordnung der Freiheit.

DER ANSATZ

dass Arbeitslosigkeit ein Problem ist und in welchem Ausmaße sie ein Problem ist, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Auch an Erklärungen der Ursachen von Arbeitslosigkeit und an Rezepten zu deren Überwindung fehlt es nicht. Allerdings fehlt es an Perspektiven, die sich in der Praxis bewähren. Ich stelle im Folgenden Überlegungen zur Arbeitslosigkeit an, die neu in dem Sinne sind, dass sie auf einer konsequenten Anwendung der im ersten Kapitel vorgestellten »österreichischen Schule« beruhen. Im Gegensatz zu den abgewirtschafteten etatistischen Richtungen machen wir nicht Markt, Kapitalismus und Freiheit für die sozialen Missstände, also auch Arbeitslosigkeit, verantwortlich, sondern den Staat mit seiner Steuerungsökonomie.

ANLASS DER ARBEITSLOSIGKEIT

Alle Arbeitslosigkeit kann zurückgeführt werden auf einen einzigen Anlass: eine Lohnforderung des Arbeitsuchenden, die über dem Marktwert seiner Arbeit liegt.

Dieser Satz klingt demjenigen »reaktionär«, der ihn so versteht, als solle mit ihm einmal mehr die Krise der Arbeitslosigkeit durch Lohn- und Konsumverzicht der Arbeiter überwunden werden. Wir werden noch sehen, dass dem nicht so ist – darum sage ich, eine über dem Marktwert liegend Lohnforderung sei *Anlass*, nicht *Ursache* der Arbeitslosigkeit.

Zunächst möchte ich zeigen, dass der Satz stimmt. Damit ich den ökonomischen Jargon veranschaulichen kann, konstruiere ich ein sehr einfaches Modell.

DAS MODELL

Nehmen wir eine Wirtschaft mit vier Personen; zwei Personen, Martha und Martin, produzieren je 4 Liter Milch in der Woche, die beiden anderen, Birgit und Bernd, je vier Liter Bier. Jeder konsumiert von seinem Produkt je 2 Liter und tauscht je zwei Liter in zwei Liter des anderen Produktes. Der

DAS MODELL - 1

AUSGANSSITUATION

Milchproduzenten:

Martha – Produktion: 41 – Konsum: 21 Milch, 21 Bier

Martin – Produktion: 41 – Konsum: 21 Milch, 21 Bier

Bierproduzenten:

Birgit – Produktion: 41 – Konsum: 21 Milch, 21 Bier

Bernd – Produktion: 41 – Konsum: 21 Milch, 21 Bier

Preis: 11 Milch = 11 Bier

VERÄNDERUNG BEI VERMEHRUNG DER PERSONEN

1. Martha tauscht mit Bernd 21 Milch gegen 21 Bier
Martin tauscht mit Birgit 21 Milch gegen 21 Bier
Margrit will (ohne Erfolg) 21 Milch tauschen
Preis: 11 Milch = 11 Bier

2. Martha tauscht mit Bernd 21 Milch – 1,31 Bier
Martin tauscht mit Birgit 21 Milch – 1,31 Bier
Margrit tauscht mit Bernd 11 Milch – 0,651 Bier
Margrit tauscht mit Birgit 11 Milch – 0,651 Bier
Preis: 0,651 Milch = 11 Bier
Konsum: Martha, Margrit und Martin konsumieren weniger Bier; Bernd und Birgit mehr Milch

3. Milchproduzenten: Martha, Martin je 41 Milch
Bierproduzenten: Birgit, Bernd je 41 Bier
Mischproduzent: Margrit 21 B., 21 M.
Preis: 11 Milch = 11 Bier
Konsum: wie Ausgangssituation je 21 Milch, 21 Bier

Lebensstandard beträgt für jede Person pro Woche 2 Liter Milch und 2 Liter Bier. Der Preis eines Liters Bier beträgt 1 Liter Milch und umgekehrt. Schließlich gehen wir davon aus, dass die Arbeitszeit aller vier Personen ungefähr gleich lang ist. Diese Situation wird ökonomisch »Gleichgewicht« genannt.

Nun kommt eine weitere Person in die Gruppe, Margrit. Sie wird in der Milchbranche tätig, produziert ebenfalls 4 Liter Milch pro Woche und erwartet einen Lohn von 2 Litern Bier. Wenn keine der ursprünglichen vier Personen der Gruppe ihre Konsumwünsche ändert, bleibt Margrit auf ihren zwei für den Markt produzierten Litern Milch sitzen. Da sie nicht arbeiten wird, wenn sie dafür kein Einkommen erhält, ist sie nun arbeitslos.

Allerdings wird Margrit die Arbeitslosigkeit freiwillig gar nicht eingehen. Vielmehr wird sie versuchen, durch eine Preissenkung ihre Milch doch los zu werden. Der Preis sinkt auf 0,65 Liter Milch für einen Liter Bier. Martin, Margrit und Martha tauschen je zwei Liter Milch gegen 1,3 Liter Bier, so dass Birgit und Martin nun je drei Liter Milch für ihre zwei Liter Bier erhalten. Die drei Milchproduzenten arbeiten gleich viel wie vorher, bekommen aber ein geringeres Einkommen, während die Bierbrauer bei gleicher Arbeitszeit ein höheres Einkommen haben. Das Gleichgewicht stellt sich wieder her, indem die Milchproduzenten, oder einige von ihnen, dazu übergehen, nebenbei Bier zu brauen und zwar so viel, bis wieder jede der 5 Personen 2 Liter Milch und 2 Liter Bier zur Verfügung hat.

Das Modell gilt in ganz ähnlicher Weise für den Fall, dass nicht ein weiterer Produzent zu der Gruppe hinzu kommt, sondern dass die Arbeitsproduktivität durch Technik erhöht wird. Der einzige Unterschied besteht darin, dass das sich bildende Gleichgewicht dann einen höheren Lebensstandard für alle mit sich bringt.

Das geht so vor sich: Nehmen wir an, Birgit erfindet eine Maschine, mit der sie anstelle von 4 Litern Bier 6 Liter Bier in der Woche brauen kann. Um die zwei zusätzlichen Liter Bier

DAS MODELL - 2

VERÄNDERUNG BEI RATIONALISIERUNG

1. Martha tauscht mit Bernd 2l Milch gegen 2l Bier
Martin tauscht mit Birgit 2l Milch gegen 2l Bier
Birgit will (zusätzlich) 2l Bier tauschen
Preis: 1l Milch = 1l Bier
2. Martha tauscht mit Bernd 1,35l Milch – 2l Bier
Martha tauscht mit Birgit 0,65l Milch – 1l Bier
Martin tauscht mit Birgit 2,00l Milch – 3l Bier
Preis: 0,65l Milch = 1l Bier
Konsum: Martha 2,00l Milch – 3l Bier
Martin 2,00l Milch – 3l Bier
Bernd 1,35l Milch – 2l Bier
Birgit 2,65l Milch – 2l Bier
3. Milchproduzenten: Martha, Martin je 4l Milch
Bierproduzentin: Birgit 6l Bier
Mischproduzent: Bernd 4l B., 2l M.
Preis: 1l Milch = 1l Bier
Konsum: je 2,5l Milch, 2,5l Bier

verkaufen zu können, muss sie den Preis senken, nämlich auf 0,65 Liter pro Liter Milch. Nun entsteht zwischen Birgit und Bernd ein Unterschied: Birgit bekommt 2,65 Liter Milch für ihre 4 Liter Bier, die sie auf dem Markt anbietet, Bernd nur noch 1,35 Liter Milch für seine zwei Liter Bier.

Das Gleichgewicht stellt sich wieder ein, wenn Bernd entweder einen Teil seiner Arbeit in die Milchwirtschaft steckt oder wenn er Birgits Erfindung auch einsetzt, z.B. indem er sie durchschaut und nachahmt oder indem er ihr das Geheimnis abkauft. Die zugewonnene Produktivität kann entweder zu Mehrkonsum oder zur Verringerung der Arbeitszeit führen, je

nach den Wünschen der Beteiligten. Dass Birgit bei diesem Dienst an der ganzen Gruppe einen vorübergehenden zusätzlichen Gewinn macht, kann selbst von konventionellen Ökonomen und sogar von Marxisten nicht als Verletzung des Gleichgewichts gewertet werden.

ERSTE AUSWERTUNG DES MODELLS

Im Bezug auf die Theorie der Arbeitslosigkeit illustriert das Modell 3 Aussagen:

1. Der Begriff »Marktwert der Arbeitskraft« bezeichnet den Wert, den ein Produkt der Arbeit für die Mitmenschen – die Käufer, die Konsumenten – hat. Der Begriff deutet weder auf Ausbeutung noch auf einen anonymen Mechanismus. Wer einen Lohn über dem Marktwert einfordert, verlangt von den Mitmenschen, mehr zu bezahlen, d.h. mehr eigene Arbeit aufzuwenden, als ihnen das angebotene Produkt wert ist. Eine solche Forderung ist ausbeuterisch.
2. Arbeitslosigkeit wird nicht durch »starke Jahrgänge« hervorgerufen, so wenig wie durch Zuzug von Ausländern, durch Entwicklung neuer Techniken oder einen strengen Winter. Mehr Menschen bedeuten mehr verfügbare Arbeitskraft, so dass ihr Konsum auch erarbeitet werden kann. Neue Techniken bedeuten höheren Lebensstandard für alle; Arbeitshemmnisse (wie z.B. ein strenger Winter) können eine Senkung des Lebensstandards verursachen, aber keine Arbeitslosigkeit. Allerdings können alle diese Veränderungen in der Wirtschaft Übergangsschwierigkeiten hervorrufen, vor denen sinnvoller Weise eine (natürlich private) Versicherung schützt.
3. Das Entstehen von dauerhafter Massenarbeitslosigkeit muss anders erklärt werden als durch die Dynamik der freiwilligen Entscheidungen der Menschen (d.h. nicht durch den Markt!).

WEITER IM MODELL...

Um das Entstehen von Arbeitslosigkeit zu erklären, gehe ich im Modell zurück zu dem Punkt, an dem Margrit als dritte

Milchproduzentin zu der Gruppe dazu stieß. Sie würde freiwillig nicht hinnehmen, dass sie auf ihrer Milch sitzen bliebe, sagte ich, vielmehr würde sie ihren Preis senken. Stellen wir uns aber vor, Margrit und Martin hätten ein steuerungsökonomisches Gesetz erlassen, dass der Preis von 1 Liter Milch nicht niedriger als 1 Liter Bier sein dürfte. Damit würden sie Martha arbeitslos machen und Birgit und Bernd einen höheren Preis für die Milch als deren Marktwert abverlangen. Sie hätten sich einen Vorteil auf Kosten der Mehrheit ihrer Mitmenschen verschafft. Und es ist nicht Margrit, die freiwillig eine erhöhte Lohnforderung stellt, sondern andere zwingen sie, dies zu tun.

(Eigentlich ist nicht »Arbeitslosigkeit« das Problem, sondern Lohnlosigkeit. Da jedoch üblicherweise von Arbeitslosigkeit gesprochen wird, benutze ich das Wort weiterhin.)

Wie liegt die Sache für den Fall der Einführung neuer, produktivitätssteigernder Techniken? Es ist der Fall im Modell, wo Birgit eine Verbesserung der Brautechnik erfindet. Vielleicht setzt Bernd eine Preiskontrolle durch, so dass Birgit ihre zusätzlichen 2 Liter Bier nicht absetzen kann; dann wird sie ihre Arbeit so reduzieren, dass sie weiterhin nicht mehr als insgesamt 2 Liter Bier für den Markt braut. Auf diese Weise würde sich der arbeitssparende Nutzen ihrer Erfindung auf sie allein begrenzen, anstatt über den Markt für alle sich auszuwirken. Umgekehrt könnte Birgit eine Preiskontrolle durchsetzen, wenn es ihr gelänge, mit Margrit und Martin eine Abmachung zu treffen, dass nur sie Bier liefert – eine Abmachung, die schnell vergessen würde, dürfte Bernd sein Bier billiger verkaufen. Durch die Abmachung in Kombination mit Preiskontrolle würde Bernd sowohl die Möglichkeit genommen, als Bierbrauer weiter zu arbeiten, als auch in das Milchgeschäft einzusteigen; er würde arbeitslos.

Diesen Überlegungen entsprechend lautet eine vierte grundlegende Aussage zur Theorie der Arbeitslosigkeit:

4. Arbeitslosigkeit entsteht, wenn in das freiwillige Zusammenspiel der Menschen mit Zwang eingegriffen (»interventiert«) wird. Eine solche erzwungene Steuerungsökono-

mie geht letztlich immer vom Staat aus. Der Staat verbietet im Interesse bzw. im scheinbaren oder kurzfristigen Interesse eines Teils der Bevölkerung anderen Gruppen der Bevölkerung, ihre Interessen zu verfolgen. Oder der Staat behindert sie dabei. Arbeitslosigkeit ist regelmäßig die Folge von steuerökonomischen Maßnahmen, deren wirkliches Ziel stets die Ausbeutung darstellt.

DIE ÜBERTRAGBARKEIT DES MODELLS

Selbstverständlich sind die ökonomischen Vorgänge in einer Gesellschaft, die nicht vier oder fünf, sondern mehrere Millionen Personen umfasst, sehr viel komplexer als in dem Modell dargestellt werden konnte. Ich werde nun einige Hinweise geben, wie in der gegenwärtigen politisch-ökonomischen Situation Arbeitslosigkeit in der an dem vereinfachenden Modell demonstrierten Weise tatsächlich entsteht.

Ein erster Ansatzpunkt, der das Modell mit Realität zum Leben erweckt, stellt die Weigerung der Lehrgewerkschaft GEW dar, auf den Vorschlag des nordrhein-westfälischen Kultusministers einzugehen, nämlich dass die Lehrer auf 1 % ihres Gehaltes verzichten, wodurch ermöglicht würde, dass alle arbeitslosen Lehrer eingestellt werden könnten. Die Gewerkschaft vertritt hier die Interessen der bereits angestellten, überdurchschnittlich verdienenden Lehrer. Die Verlierer sind die nachwachsenden Lehrer. Außerdem verliert die Öffentlichkeit, die mit ihren Steuern die Lehrer bezahlt und eine bessere Versorgung mit Bildung erhalten könnte, wenn mehr Lehrer eingestellt würden. Die ausgeschlossenen Lehrer bleiben nun entweder arbeitslos, oder sie gehen in andere Berufe, wo sie dort arbeitende Menschen verdrängen. Nehmen wir etwa an, ein Lehrer wird auf EDV umgeschult. Er kommt in eine Firma und verdrängt dort eine Sekretärin. Die Sekretärin wird nun Verkäuferin und verdrängt im Verbrauchermarkt eine einfache Hauptschulabsolventin, die schließlich arbeitslos bleibt.

Der doppelte politische Effekt dieser Verdrängungskette ist nun, dass

1. die Kosten für die überhöhten Lehrergehälter nicht eine

Gruppe gut ausgebildeter und politisch aktiver Menschen trägt, und dass

2. der die Hauptschulabsolventin entlassende (oder gar nicht erst einstellende) Marktleiter als der böse Feind darsteht, der unbarmherzig Arbeitslose kreiert.

Die Verdrängungskette trifft politisch, ökonomisch und soziokulturell schlecht gestellte Bevölkerungsteile. Sie können sich nur wenig wehren. Und die Verdrängungskette verschleiert die wahren Ursachen der Arbeitslosigkeit.

DIE VERDRÄNGUNGSKETTE

Institutionell hängt die Verdrängungskette in der Bundesrepublik an einer Teilung des Arbeitsmarktes in fünf Bereiche:

- **Staatsmarkt.** Der Staat beschäftigt viele Menschen im öffentlichen Dienst als Beamte, Angestellte und Arbeiter. Die Lohnstruktur im Bereich des Staates ist besonders unflexibel; es gibt hier keinerlei Konkurrenz, keine Möglichkeit, eine Stelle zu bekommen, indem man die Lohnforderung herunter setzt. Die auf dem Staatsmarkt Beschäftigten haben nicht nur überdurchschnittliche Löhne, Sozialleistungen, Arbeitsbedingungen und Kündigungssicherheiten, sondern sie bekommen Gehalt auch unabhängig davon, ob die Mitmenschen ihre Dienste überhaupt wünschen, d.h. es kann sein, dass ihr Gehalt um 100% über dem Marktwert liegt.
- **Lizenzmarkt.** Der Staat lizenziert bestimmte Berufe, d.h. einige Berufe darf man nur ausüben, wenn man eine entsprechende Erlaubnis vom Staat hat, z.B. den Arztberuf. Die Lizenzierung (= Approbation) wirkt als Beschränkung des Zugangs zu dem entsprechenden Beruf, d.h. diesen Beruf üben weniger Menschen als möglich aus, so dass die wenigen ihn ausübenden Menschen ein höheres Einkommen erzielen können. Ein Beispiel bilden die Zahnärzte. Die Zahl der Zahnärzte wird z.B. durch den *numerus clausus* für Zahnmedizin-Studenten begrenzt. Stellen wir uns vor, dass alle jene, die in den 1970er Jahren hatten Zahnmedizin studieren wollen, dies gedurft hätten. Die Ein-

kommen der Zahnärzte hätten sich dem der übrigen Bürger mehr angenähert, die Wartezeiten in den Praxen wären kürzer, die Zahnärzte hätten mehr Zeit für ihre Patienten und die Konkurrenz unter den Zahnärzten würde schnell zur Aussonderung der »schwarzen Schafe« führen.

- **Tarifrecht.** Staatsmarkt und Lizenzmarkt bilden zusammen die Institutionen, die auf der obersten Ebene den Verdrängungsdruck produzieren. Die große Masse der Bevölkerung wird durch Staatsmarkt und Lizenzmarkt einerseits von vielen Berufen ausgeschlossen und andererseits durch Steuern bzw. durch überhöhte Preise beim Einkauf von lizenzierten Diensten ausgebeutet. Allerdings gibt ein Teil dieser Masse der ausgebeuteten Bevölkerung den Druck zu einem gewissen Grad weiter an die sogenannten Randgruppen, an ethnische, soziale und kulturelle Minderheiten, an Jugendliche, besonders schulisch schlecht ausgebildete Jugendliche, an Kinder, an ältere Arbeiter, an Frauen, an »Gastarbeiter« und Asylanten, an Behinderte usw. Das Instrument zur Weitergabe ist das Tarifrecht (in einigen Ländern wie den USA oder Süd-Afrika ist es das »Mindestlohnrecht«). Mit dem Tarifrecht werden Löhne für Arbeiter bisweilen über dem Marktwert fixiert. Das unvermeidliche Resultat ist dann Arbeitslosigkeit.

Das Tarifrecht wird zwar von den Gewerkschaften wahrgenommen, funktioniert jedoch nur aufgrund gesetzlicher Privilegien. Kaum ein Arbeitsloser würde die Aufforderung einer Gewerkschaft beachten, seine Arbeitskraft nicht unter einem bestimmten, unverkäuflichen Lohnsatz anzubieten, es sei denn, hinter dieser Aufforderung stünde ein Zwang. Diesen Zwang übt der Staat aus, indem er, was immer die Tarifparteien aushandeln, für verbindlich erklärt und mit seinem Überwachungs- und Erzwingungsstab schützt.

- **Eingeschränkt freier Markt.** Nicht alle Wirtschaftstätigkeit unterliegt dem Tarifrecht. Es gibt einen Bereich von Kleinbetrieben, der ausgenommen bleibt. Dieser Bereich absorbiert viele Menschen, die arbeitslos wären, gäbe es

DIE VERDRÄNGUNGSKETTE - 1

LIZENZMARKT

Ausgangspunkt: 100 Personen produzieren 2000 Bananen. Jede Person erhält 20 Bananen als Lohn.

1. Berufsgruppe 1 (B1) wird von 20 auf 10 Personen beschränkt. Jeder aus B1 erhält 40 Bananen Lohn. Die 90 übrigen Arbeiter erhalten je 17 Bananen.
2. Berufsgruppe 2 (B2) besteht aus 50 Personen. Sie setzen den alten 20-Bananen-Lohn für sich durch. Die 40 übrigen Arbeiter erhalten je 15 Bananen.
3. Berufsgruppe 3 (B3) besteht aus 35 Personen. Sie setzen einen Lohn von 17 Bananen durch. Die übrigen 5 Arbeiter (B4) erhalten keinen Lohn. Natürlich hören sie auf zu arbeiten.
4. Da 5 Personen (B4) nicht arbeiten, werden auch 100 Bananen weniger produziert. Diesen Verlust an Output verteilen wir der Einfachheit halber gleichmäßig. Die Lohnstruktur ist dann:
B1 = 39 Bananen
B2 = 19 Bananen
B3 = 16 Bananen
B4 = 0 Bananen
5. Für B4 wird Sozialhilfe eingerichtet. Dazu muss jede Person aus B3 eine Banane abgeben. Damit wird es möglich, für die 5 Arbeitslosen einen Sozialhilfesatz von 7 Bananen auszugeben. Der Reallohn von B3 beträgt – nach Abzug der Sozialabgabe – wieder 15 Bananen.

ihn nicht. Dass die Löhne in diesem Bereich, wo sie weitgehend nach Marktprinzipien zustande kommen, niedrig sind, darf wohl gemerkt nicht den Marktprinzipien zugeschrieben, sondern muss den Behinderungen des Marktes an anderen Stellen angelastet werden. Im übrigen wird auch dieser Bereich des Arbeitsmarktes stark eingeschränkt; einmal mittels der Belastungen durch die sog. Lohnnebenkosten und zum anderen durch eine Wirtschaftspolitik, die Klein- und Mittelbetriebe stark benachteiligt. Jede weitere Einschränkung des Restes von freiem Arbeitsmarkt, sei es direkt oder indirekt, führt zu noch mehr Arbeitslosigkeit, etwa die Ausdehnung des Tarifrechts auf Kleinbetriebe oder die Einführung von Mindestlohnsätzen.

■ **Schwarzmarkt.** Gegen die vielfältigen Behinderungen produktiver Tätigkeiten, denen die Menschen durch den Staat ausgesetzt sind, bildet sich ein praktischer Widerstand, der in einer Art Austritt aus dem Staat besteht. Die Menschen versuchen so zu handeln, als gäbe es den Staat nicht. Dieser Schwarzmarkt ist in vielen Ländern der Erde der Träger der wirtschaftlichen Reproduktion; ohne ihn wäre nicht nur Armut, sondern auch Hunger noch weiter verbreitet als gegenwärtig. Auch in der Bundesrepublik wächst täglich die Bedeutung des Schwarzmarktes.

Leider ist der Schwarzmarkt kein völlig freier Markt. Da er illegal ist, können die Menschen nicht das Vertragsrecht einklagen, fehlen Schutzmechanismen wie ungehinderter Informationsfluss und Versicherungen. Im übrigen gilt für ihn ebenso wie für den eingeschränkt freien Markt, dass niedrigste Löhne gezahlt werden, weil die Menschen aus anderen Bereichen hier massenhaft hineingedrängt werden.

AUSGERECHNET BANANEN

Die Teilung des Arbeitsmarktes in institutionell abgegrenzte Teilmärkte, durch die eine Verdrängungskette zustande kommen kann, möchte ich wiederum durch ein einfaches Modell

illustrieren. Gehen wir aus von einer Gruppe von 100 Personen, die gemeinsam eine Obstplantage betreiben, auf der sie 2000 Bananen pro Monat ernten können. Weiter gehen wir davon aus, dass sie nichts anderes als diese Bananen konsumieren und dass ihnen die Arbeit eines jeden Kollegen gleich viel wert ist, d.h. dass sie die Bananen gleichmäßig aufteilen, nämlich jeder bekommt 20 Bananen im Monat. Nun stellen wir uns vor, eine Berufsgruppe auf der Plantage, die jetzt 20 Personen umfasst, beschränkt die Zahl derjenigen, denen erlaubt ist, diesen Beruf auszuüben, auf 10 und verlangt dann 40 Bananen pro Person. Sie kann diese Lohnforderung durchsetzen, weil kein Anderer den Kollegen eine billigere Ausführung der Arbeit anbieten darf; schließlich ist weiteren Personen verboten, in diesem Beruf zu arbeiten. Diejenigen, die in dem Beruf arbeiten dürfen, nennen wir Berufsgruppe 1, kurz B 1. Die Gruppe B 1 repräsentiert den Teil »Lizenzmarkt«.

Für die übrigen 90 Personen stehen jetzt zusammen nur noch 1600 Bananen zur Verfügung, d.h. 17 Bananen pro Person. Die Lohnsenkung wird diesen übrigen Kollegen nicht gefallen. Eine Gruppe von 50 Kollegen erreicht, dass ihnen weiterhin 20 Bananen für ihre Arbeit gezahlt wird. Dies ist die Berufsgruppe 2, also B 2. Die Gruppe B 2 repräsentiert den Teil »Tarifrecht«.

Für den Rest von 40 Arbeiter stehen jetzt nur noch 15 Bananen pro Person zur Verfügung. Dies ist Berufsgruppe 3, B 3. Die Gruppe B 3 repräsentiert den Teil »eingeschränkt freier Markt«. Es ist B 3, die den Ausbeutungswert produziert, d.h. sie bekommt 25% (= 5 Bananen) weniger, als ihre Produktivität (= 20 Bananen) beträgt. Die Differenz geht an B 1. Die Gruppe B 2 wird nicht ausgebeutet.

Die Gruppe B 3 ist ebenfalls unzufrieden mit ihrer Lohnentwicklung. 35 Arbeiter aus dieser Gruppe erreichen, dass ihnen wenigstens 17 Bananen pro Person gezahlt werden. Die Gruppe 3 entsteht durch Ausweitung des Tarifrechtes; innerhalb der Gewerkschaft werden nun Arbeiter aus zwei verschiedenen Lohnstufen organisiert. Zwar verringert sich dadurch ihre Ausbeutung, aber für 5 Kollegen sind nun über-

haupt keine Bananen mehr vorhanden. Dies ist die Gruppe B 4. Für den Lohn Null werden diese 5 jedoch nicht arbeiten, d.h. die Produktion der 100-Personen-Plantage sinkt um 100 Bananen, nämlich 20 je der 5 Arbeitslosen. B 4 ist die diskriminierte Randgruppe. Gehen wir davon aus, dass der Produktionsausfall durch die Arbeitslosigkeit gleichmäßig verteilt wird, so bekommen die Personen aus B 1 einen Lohn von 39 Bananen, aus B 2 von 19 Bananen und aus B 3 von 16 Bananen. Nun ist auch die Gruppe B 2 in den Bereich der Ausgebeuteten geraten, jedoch ist ihr Lohn höher als er sein dürfte, um allen Kollegen aus B 2, B 3 und B 4 Lohn zuzugestehen, sofern die Ausbeutung durch B 1 andauert.

Schließlich können wir auch noch eine Sozialhilfe für B 4 einführen. Zu diesem Zweck fordern wir von den Arbeitern aus B 3 eine Banane pro Person. Auf diese Weise kommen 35 Bananen zusammen, also 7 Bananen pro Arbeitslosem. Das Realeinkommen von B 3 liegt nun wieder bei 15 Bananen, jedoch sind gleichzeitig 5 Menschen arbeitslos.

VERDRÄNGUNGSKETTE IM STAATSMARKT

Noch stärker wirkt sich die Verdrängungskette aus, wenn es sich um den Staatsmarkt handelt und wir davon ausgehen, dass die Arbeiten, welche die vom Staat Angestellten ausführen, nicht in dem Sinne produktiv sind, dass Bedürfnisse der Bevölkerung erfüllt werden. Stellen wir uns vor, eine Person der 100 Plantagenarbeiter ernennt sich zum Politiker-General und stellt eine Armee von 30 Personen auf, von der sich jedoch keiner geschützt fühlt. Der General gesteht sich ein Einkommen von 80 Bananen zu, seinen Soldaten einen Sold von 15 Bananen; alle 31 Staatsangestellten jedoch produzieren keine Bananen, so dass nur die restlichen 69 Personen als produktive Arbeiter übrig bleiben, die 1 380 Bananen ernten. Nachdem 80 Bananen für den General und 450 für die Soldaten abgezweigt wurden, bleiben für die 69 Arbeiter nur knapp 12 Bananen Lohn pro Person übrig.

Führen wir diese Rechnung wie im Falle des Lizenzmarktes weiter, könnte etwa der Lohn für die Arbeiter auf 14 Bana-

DIE VERDRÄNGUNGSKETTE - 2

STAATSMARKT

Ausgangspunkt: 100 Personen produzieren 2000 Bananen. Jede Person kann 20 Bananen produzieren.

1. 1 General erhält 80 Bananen Sold, aber arbeitet nicht als Bananen-Produzent; 30 Soldaten erhalten 15 Bananen Sold, aber arbeiten ebenfalls nicht in der Produktion von Bananen.

Es werden jetzt nur 1380 Bananen von 69 Arbeitern produziert. Von diesen Bananen gehen 530 in den unproduktiven Sektor als Sold an den General und an seine Soldaten.

Für die 69 Arbeiter bleibt ein Lohn von knapp 12 Bananen.

2. 60 Arbeiter setzen einen Lohn von 14 Bananen durch. Es bleiben 9 Arbeiter lohnlos.

3. Da die Lohnlosen nichts produzieren, senkt sich die Produktion um weitere 180 Bananen. Die Lohnstruktur sieht dann (bei gleichmäßiger Verteilung der Minderproduktion) folgendermaßen aus:

General 78 Bananen

Soldat 13 Bananen

Arbeiter 12 Bananen

Lohnlose 0 Bananen

4. Die Sozialhilfe für die Arbeitslosen wird von den Soldaten eingetrieben. Jeder Soldat muss 2 Bananen von seinem Sold abgeben. Die Arbeitslosen erhalten dann 6 Bananen. Der Reallohn der Soldaten sinkt auf 11 Bananen, d. h. unter das Niveau der Arbeiter.

nen festgelegt werden. Daraufhin würden 9 Kollegen arbeitslos, d.h. es würden 180 Bananen weniger produziert. Der General bekäme 78 Bananen, die Soldaten 13 und die Arbeiter 12. Um die 9 Arbeitslosen zu versorgen, fordert der General von seinen Soldaten, je 2 Bananen von ihrem Sold abzugeben. Das macht 6 Bananen für jeden Arbeitslosen. Der Reallohn der Soldaten sinkt damit auf 11 Bananen, fällt also um eine Banane geringer als derjenige der Arbeiter aus. Dennoch gehören die Soldaten in dieser Konstellation zu den Ausbeutern, weil sie Arbeitsleistungen in Form von Bananen erhalten, ohne solche Dienste als Gegenleistung zu geben, die von den Bananenproduzenten gewünscht werden. Allerdings kann der General nur dann verhindern, dass seine Soldaten in den Bereich produktiver Arbeit abwandern, wo sie mehr verdienen können, wenn der Arbeiterlohn auf 12 Bananen fixiert wird.

Es versteht sich, dass historisch der Staatsmarkt vor dem Lizenzmarkt etabliert worden sein muss, denn zunächst braucht der Staat einen »Erzwingungsstab«, d.h. Polizei und Armee, um Lizensierungen und andere Privilegierungen überhaupt durchsetzen zu können.

ERGEBNIS

Ich fasse zusammen: Arbeitslosigkeit entsteht anlässlich überhöhter Lohnforderungen. Auf der Seite der Menschen, die Arbeit haben, wird das vom Staat indirekt mit privilegierten Gewerkschaften oder direkt mit Gesetzen und Verordnungen möglich gemacht. Die Überhöhung der Lohnforderung erzwingt der Staat, um das Einkommen der besser Verdienenden auf Kosten der Arbeitslosen zu schützen.

Innerhalb der Gruppe, die Arbeit hat, schafft der Staat eine Lohnhierarchie durch gestufte Privilegien. So entsteht eine Verdrängungskette. Deren Ende bildet eine Schicht von ausgestoßenen Randgruppen.

Obwohl es scheint, als stünde dieses System im Interesse der gut verdienenden Menschen, muss doch gesagt werden, dass letztlich alle Menschen, selbst Spitzenverdiener, geschädigt werden, weil die produktive Sozialstruktur gestört wird.

Unser Land könnte erheblich reicher bzgl. Lebensstandard für Alle (einschließlich der besser Gestellten) sein; wobei unter »Lebensstandard« nicht nur größeres und besseres Waren- und Dienstleistungsangebot, sondern auch mehr Freizeit und Freiheit zu verstehen wäre.

DIE REFORMISTEN

Gewerkschafter und Vertreter des Wohlfahrtsstaates verfolgen eine Reihe von z. T. untereinander gar nicht verträglichen Strategien, der Arbeitslosigkeit Herr zu werden. Die wichtigsten steuerungsökonomischen Maßnahmen der Reformisten sind:

- **Besitzstandssicherung.** Auf wirtschaftliche Krisen und zunehmende Arbeitslosigkeit reagieren die Gewerkschaften und ihre Helfer im Staatsapparat mit Maßnahmen, die den Besitzstand der Arbeitnehmer gegen Lohnverfall sichern sollen, wozu beispielsweise Verschärfung des Tarifrechts, Rationalisierungs- und Kündigungsschutz gehören. Alle diese Maßnahmen fixieren Lohnkosten über dem Marktwert und führen dazu, dass der Druck der Verdrängungskette von oben über die etablierten Arbeiter weiter nach unten auf die Randgruppen gegeben wird. Offensichtlich ist das unsozial, unsolidarisch und ungerecht.
- **Subventionierung** von in Schwierigkeiten befindlichen Großbetrieben oder deren Verstaatlichung. Um Arbeitsplätze zu sichern, wird gefordert, solchen Betrieben, die Tausende von Arbeitern beschäftigen, mit Steuergeldern zu helfen, wenn sie in Schwierigkeiten geraten. Es handelt sich auch hier um eine Fixierung des Lohns über dem Marktwert, denn der Wert der Produkte der betreffenden Betriebe wird von den Konsumenten geringer als die Herstellungskosten geschätzt. Mit Notwendigkeit bringt Subventionierung oder Verstaatlichung an anderen Stellen eine Arbeitslosigkeit hervor, die insgesamt die Zahl der in dem betreffenden Großbetrieb geretteten Arbeitsplätze übersteigen muss.

In der Strategie der Subventionierung kommt eine Koalition von Gewerkschaften und Großindustriellen zustande:

Die Gewerkschaften sichern diese Industriellen gegen das Marktrisiko. Die Subventionierung bezieht sich fast ausschließlich auf Großunternehmen, so dass mit ihr die Monopolisierung forciert und derart die Vernichtung von Klein- und Mittelbetrieben bewerkstelligt wird. Weil nun die Gewerkschaften in den Großunternehmen stärker sind als in kleineren Betrieben und weil sich das Tarifrecht im wesentlichen auf Großbetriebe beschränkt, setzt die Subventionierung die Gewerkschaften in die Lage, ihre Politik der Besitzstandssicherung effektiver durchzuführen. Damit wird weitere Arbeitslosigkeit an den Rändern der Gesellschaft hervorgerufen.

- **Arbeitszeitverkürzung.** Eine Verkürzung der Arbeitszeit, mit der die Gewerkschaften eine angeblich gerechtere »Verteilung der vorhandenen Arbeit« erreichen wollen, ist nur eine Verschleierung von Lohnforderungen. Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich ist eine Lohnerhöhung und führt, wenn sie durch Tarifrecht erzwungen ist und über dem Marktwert liegt, zu Arbeitslosigkeit. Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich wäre einfach eine Lohnsenkung, die zwar tatsächlich Verringerung der Arbeitslosigkeit bewirken könnte, aber die Produktionsmenge auf dem gegenwärtigen Niveau einfrieren würde. Auf dem freien Markt stellt sich dies nur ein, wenn die Menschen den Wert der Freizeit höher schätzen als den Wert zusätzlicher Waren. Es ist nicht Sache von irgendeiner Instanz, für die einzelnen Menschen zu entscheiden, ob sie Freizeit oder Konsum vorziehen.

Die Idee der erzwungenen Arbeitszeitverkürzungen mit Lohnausgleich geht von der absurden Annahme aus, es gäbe eine »Masse von Arbeit«, die unabhängig vom Lohnniveau sich festlegt. Wenn dies der Fall wäre, müsste es möglich sein, die Löhne beliebig, sagen wir um 100%, zu steigern, ohne dass Arbeitslosigkeit oder andere Krisen auftreten. Dies ist offensichtlich nicht der Fall.

- **Arbeitsförderungsmaßnahmen.** Alle Versuche, mit staatlichen Mitteln Arbeitsplätze zu schaffen, sei es durch

DAS MODELL - 3

VERÄNDERUNG BEI INFLATION

- Margrit tauscht mit Bernd 2,0l Milch gegen
2,5l Bier-Gutschein

Martin tauscht mit Bernd 2,0l Milch gegen
2,5l Bier-Gutschein

Birgit will (ohne Erfolg) 2,0l Bier tauschen

Preis: 1l Milch = 1,25l Bier
- Margrit tauscht mit Birgit 1,75l Milch gegen
4,00l Bier

Margrit tauscht mit Bernd 0,25l Milch gegen
0,50l Bier-Gutschein

Martin tauscht mit Bernd 2,00l Milch gegen
4,50l Bier-Gutschein

Preis: 1l Milch ca. 2,25l Bier
- Bernd verfügt über real 4l Bier.
Er hat aber Gutscheine über 10l Bier ausgestellt.
Für jeden Liter-Gutschein kann er nur 0,4l Bier
herausgeben.

Margrit hat 3l Gutscheine, erhält 1,2l Bier.
Martin hat 7l Gutscheine, erhält 2,8l Bier.
- Gewinn- und Verlustrechnung bei zweimaligem
Betrug mit Liter-Gutscheinen Bier:

Bernd	+	2,25l Milch (primärer Inflationsgewinn)
Birgit	-	2,25l Milch (primärer Inflationsverlust)
Martin	+	0,80l Bier (zufälliger Inflationsgewinn)
Margrit	-	0,80l Bier (zufälliger Inflationsverlust)

Subventionen an private Betriebe, sei es durch Ausweitung des öffentlichen Sektors, müssen scheitern. Denn die Löhne für die vom Staat geschaffenen Arbeitsplätze liegen notwendig über deren Marktwert, denn sonst bräuchten die betreffenden Arbeitsplätze nicht subventioniert zu werden, weil sie auch auf dem freien Markt entstehen könnten. Die Folge der staatlichen Arbeitsförderungsmaßnahmen ist Arbeitslosigkeit an anderen Stellen.

■ **Schule.** Mit verlängerter Schulpflicht, so lautet die Intention, sollen die Jugendlichen länger vom Arbeitsmarkt fern gehalten werden. Außerdem solle die Schule die Jugendlichen besser ausbilden, wodurch ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhöht würden. Beide Erwartungen sind falsch: Da die Schule Geld kostet, bedeutet Ausweitung der Schule erst einmal Reallohnsenkung. Und die Ursache der Arbeitslosigkeit ist ja nicht wirklich eine schlechte Ausbildung, so dass durch Verbesserung der Ausbildung die Arbeitslosigkeit nicht bekämpft werden kann.

■ **Inflation.** Ein Lieblingskind steuerungsökonomischer Politik ist das Instrument der Geldvermehrung, der Inflation, die auf wundersame Weise Arbeitslosigkeit überwinden helfen soll. Dies stimmt statistisch gesehen manchmal und kurzfristig. Langfristig gesehen hat die Inflation jedoch katastrophale Auswirkungen auf die Wirtschaft.

Inflation ist das Selbe wie Verbreitung von Falschgeld. Der Produzent von Falschgeld oder derjenige, der Inflation bewerkstelligen darf, kann für das zusätzliche Geld, das er in Umlauf bringt, Waren kaufen, ohne dass er einen realen Gegenwert anbietet. D.h. er konsumiert, ohne Werte zu produzieren. Es leuchtet ein, dass er so in den Besitz von Waren gelangt, die dann für die Werteproduzenten nicht mehr zur Verfügung stehen.

Um dies zu veranschaulichen, wenden wir uns wieder unserem Modell der Bier- und Milchproduzenten zu. Zur Erinnerung: Birgit und Bernd brauen je 4 Liter Bier, von denen sie je zwei Liter gegen je zwei Liter Milch von Martin und Margrit tauschen. Bernd nun tauscht nicht direkt Bier

gegen Milch, sondern stellt Gutscheine aus. Nehmen wir an, er stellt nicht einen Gutschein über 2 Liter Bier, die er tatsächlich brauen kann, aus, sondern über 5 Liter Bier. Mit diesem Gutschein kauft er alle auf dem Markt vorhandenen 4 Liter Milch auf. Nun würde Birgit für ihr Bier keine Milch mehr bekommen. (Sicherlich würde in einer so kleinen Gemeinschaft Bernds Schwindel sofort auffliegen, aber in einer Gesellschaft dauert das etwas länger.)

Inflation bedeutet demnach eine Umverteilung zugunsten derjenigen, die inflationiertes Geld als Erste besitzen (das sind Staat, Banken und Großunternehmen), und zuungunsten Jener, zu denen das zusätzliche Geld erst später gelangt (das sind die Arbeiter, Bauern, Kleinbetriebe und Randgruppen). Da Inflation derart eine Reallohnsenkung nach sich zieht, fordert sie Besitzstandssicherungskämpfe der Gewerkschaften heraus, die dann zur Arbeitslosigkeit in den Randbereichen der Gesellschaft führen.

DIE MARXISTEN

Viele Marxisten befinden sich heute im reformistischen Lager der Steuerungsökonomien. Doch einige halten an der ursprünglichen systemverändernden Perspektive fest. Sie sehen ein, dass die steuerungsökonomischen Maßnahmen die Krise nicht überwinden, sondern verschärfen. Doch sie bekämpfen den Staat nur insoweit, als er den Kapitalismus schützt, der angeblich die Ursache der Krise sei. Ihre Perspektive führt in der Realität zum endgültigen Sieg des wahren Ausbeuters, nämlich des Staates.

Die Marxisten halten die Oberfläche für die Sache selbst. Wenn ein Unternehmer Arbeiter schlecht bezahlt oder entlässt, machen sie den Unternehmer verantwortlich, weil er der sichtbare Ausdruck der Ungerechtigkeit ist. Wir haben jedoch gesehen, dass hinter dem Unternehmer ein System steht, das die wirkliche Ursache der Krise ist. Dieses System ist nicht, wie Marxisten annehmen, die »politökonomische Bedingung« für die Unternehmer, sondern ein System, das die Existenz des Unternehmers ebenso gefährdet wie die des Arbeiters.

Der Kampf der Marxisten gegen den falschen Feind lenkt ab von den tatsächlichen Ausbeutern und von dem System, das es tatsächlich zu überwinden gilt – lenkt ab vom Staat als der eigentlichen Ursache der Probleme.

DIE NEOKONSERVATIVEN

Da sowohl die sozialreformerischen Strategien als auch die marxistische Version der Systemüberwindung zunehmend in Schwierigkeiten geraten sind, finden Theoretiker wieder Gehör, die auf die Selbstheilungskräfte des Marktes setzen. Allerdings verbindet sich in der gegenwärtigen Politik die Wiederaufnahme liberaler Gedanken im Bereich der Wirtschaftspolitik mit reaktionärer obrigkeitsstaatlicher, militaristischer und imperialistischer Innen- und Außenpolitik.

- **Militarismus** führt wirtschaftspolitisch zu einer Ausweitung des öffentlichen Haushalts, so z. B. hatte Ronald Reagan, der mit dem Versprechen angetreten war, den Staatshaushalt auszugleichen, das größte Haushaltsdefizit aller Zeiten hervorgebracht. Das Haushaltsdefizit entsteht durch die Rüstungsausgaben, d. h. es werden Arbeitsplätze subventioniert, die keinen oder nur einen geringen Marktwert haben. Das führt zu Arbeitslosigkeit.
- **Imperialismus** ist eine Form, der Verdrängungskette noch ein Glied anzuhängen, d. h. den Druck der Arbeitslosigkeit bzw. der niedrigen Löhne in schwächere ausländische Gebiete zu exportieren. Auf diese Weise werden Krisen in den militärischen Zentren gebremst, aber die Weltkrise verschärft.
- Zu den **obrigkeitsstaatlichen Maßnahmen** der Neokonservativen gehören u. a. steuerungsökonomische Maßnahmen gegen ausländische Arbeiter bzw. deren Zuzug, die wirtschaftspolitisch ebenso verfehlt sind wie erzwungene Arbeitszeitverkürzung. Die Ausländer, die in wirtschaftlichen Metropolen arbeiten, nehmen Niemandem Arbeit weg, da die Menge der zur Verfügung stehenden Arbeit *nicht* »objektiv« gegeben ist, sondern sich im Zusammenhang mit dem Lohnniveau ergibt. Im Übrigen bedeutet die

Weigerung, Menschen aus dem Ausland hineinzulassen, dass die Arbeitslosigkeit »vor der Tür« gehalten wird. Diese Politik ist wie der Imperialismus ein Export der Probleme.

Schon weil die neokonservative Politik mit den steuerungsökonomischen Elementen des Militarismus, des Imperialismus und des Obrigkeitsstaates belastet ist, kann sie die Krise nicht in den Griff bekommen. Darüber hinaus aber muss auch gesehen werden, dass die neokonservativen Bekenntnisse zum Markt reine Lippenbekenntnisse sind, die keinerlei Entsprechung in der Praxis haben. Weder Reagan noch Thatcher oder Kohl hatten tatsächlich irgend eine Ausweitung des Marktes vorgenommen; ganz im Gegenteil haben sie in gewissen Bereichen die Steuerungsökonomie des Staates verstärkt und sie im übrigen weitgehend unangetastet gelassen.

In der Lage, Arbeitslosigkeit zu bezwingen, wäre nur eine Politik, der die Selbstbestimmung eines jeden Menschen zugrunde liegt, d. h. die staatlichen Einschränkungen der individuellen Selbstbestimmung abbaut und beendet.

Eine solche Entstaatlichung kommt nicht von selbst. Diejenigen, die von der Verstaatlichung des Lebens profitieren oder jedenfalls meinen, von ihr zu profitieren, werden nicht kampflos einer Entstaatlichung zustimmen. Entstaatlichung muss von einer aktiven sozialen Bewegung erkämpft werden. Jeder, dem Gerechtigkeit, Mitmenschlichkeit und Solidarität etwas bedeuten, muss sich als Teil einer solchen Bewegung sehen, denn alle etatistischen Vorstellungen, die auf Erhaltung oder Eroberung der politischen Macht aus sind, nützen nur partikularen und ausbeuterischen Interessen.

RECHTS UND LINKS

Der Zusammenbruch dessen, das man im Osten wie im Westen Deutschlands »Sozialismus« zu nennen pflegte, wurde kaum mit Straßenfesten gefeiert. Hoffnungen und Perspektiven fanden und finden keinen öffentlichen Ausdruck. Nirgendwo diskutiert das Volk die Zukunft des gemeinsamen Lebens oder die Möglichkeiten der politischen und sozialen Organisation.

Wohin wir auch schauen: Rechts, links, und dorthin, wo die Mitte Platz haben sollte und nicht findet, überall die gleiche Konformität, die gleiche selbstgerechte Überzeugung, dass die eigene Ordnung, die eigene Lebensart, die eigenen Lösungen das *non plus ultra* rationaler Gesellschaftsordnung seien. Freiheitlich, demokratisch, rechtsstaatlich, und dabei gleichzeitig sozial, sicher und stabil: So sehen die etablierten Vertreter der Parteien, der Presse, der Gewerkschaften, der Unternehmer, der Verbände, der Kirchen die erweiterte Bundesrepublik Deutschland. Das Problem der Demokratie sei, meinen sie, hier optimal gelöst – zu vermitteln zwischen der freiheitlichen Tendenz zu Interessenzwietracht und der staatlichen Erfordernis nach Stabilität. Über den Auseinandersetzungen steht die »Solidarität der Demokraten«, der »gesellschaftliche Konsens«, die »freiheitlich-demokratische Grundordnung«. Dieser Konsens scheint eine Große Koalition aller politisch-sozialen Kräfte auszudrücken.

Aller? Nein! Eine kleine Gruppe von Querulanten, Intellektuellen und Schreibtischtätern terrorisiert den mächtigen Staat, indem sie die ursprüngliche liberale Idee einfordert, die Gesellschaft müsse als flexible Ordnung, die Regierung als soziales Experiment verstanden werden, in der die Bürger als unabhängige Menschen sich selbst in ihren frei gebildeten Gruppen verwalten.

Stellvertretend für diese liberale Idee zitiere ich die provokativen Formulierungen, die Thomas Jefferson, eine bewaffnete Rebellion von Farmern kommentierend, gefunden hat:

»Ich selbst bin davon überzeugt, dass das gute Urteil der Menschen immer den besten Schutz darstellt. Sie mögen sich einen Augenblick lang verirren, aber sie korrigieren sich auch bald wieder. Nur das Volk kann die Regierung kontrollieren; und selbst seine Irrtümer werden dazu beitragen, die Regierung auf die wahren Prinzipien ihrer Institution zu verpflichten. Diese Irrtümer hart zu bestrafen, hieße, den einzigen Schutz der öffentlichen Freiheit zu unterdrücken.

Ich meine, dass eine kleine Rebellion hier und da eine gute Sache ist und im politischen Leben so wichtig wie Stürme in der Natur. Erfolglose Rebellionen führen allerdings im Allgemeinen zu vermehrten Übergriffen gegen die Rechte des Volkes, jener Übergriffe, die ja gerade die Rebellion ausgelöst hatten. Diese Tatsache sollte aufrichtige republikanische Politiker zur Milde bei der Bestrafung von Rebellen veranlassen, damit sie nicht zu sehr entmutigt werden. Rebellion ist eine notwendige Medizin für die Gesundheit der Regierung.

Welches Land kann seine Freiheiten bewahren, wenn seine Politiker nicht von Zeit zu Zeit daran erinnert werden, dass im Volk der Geist des Widerstandes lebendig ist? Lasst die Unzufriedenen die Waffen nehmen! Man kann sich gegen sie schützen, indem man sie über die Fakten richtig informiert, ihnen verzeiht und sie beruhigt. Der Baum der Freiheit muss von Zeit zu Zeit mit dem Blut von Patrioten und Tyrannen gegossen werden. Das ist sein natürlicher Dünger.«

JENSEITS VON RECHTS UND LINKS

Eine Politik, die das liberale Ideal wieder aufnimmt, die nach der Rechtmäßigkeit des Staates fragt, kann sich heute nur jenseits des Rechts-Mitte-Links-Schemas der Etatisten und jenseits der Legal-Illegal-Einteilung der etablierten Demokraten entwickeln. Ansatzpunkte gibt es genug. Wir könnten beispielsweise unsere linken Ökologen fragen, warum sie unverdrossen nach Staatseingriffen verlangen, obgleich die stärk-

sten Umweltzerstörungen stets vom Staat ausgehen oder vom Staat mittelbar hervorgerufen werden. Oder wir können unsere rechten Abschiebepolitiker fragen, ob denn das Recht auf Eigentum für Kurden nicht gilt, wenn der türkische Staat beschließt, dass die »Bergtürken« vogelfrei seien.

Ich möchte ein grundlegendes Element des Rechts-Links-Schemas in Frage stellen, nämlich die Position des Liberalismus zum Sozialismus. Das tue ich, indem ich von der Theorie Ludwig von Mises' ausgehe. Mises legte die vielleicht am weitesten entwickelte Theorie des Liberalismus vor.

DIE AKTUALITÄT LUDWIG VON MISES'

Mises hat den Zusammenbruch der Staatshandelsländer nicht nur früh vorausgesagt, sondern auch theoretisch erklärt. 1922 fasste er in seiner Schrift »Die Gemeinwirtschaft« zusammen:

»Im sozialistischen Gemeinwesen fehlt die Möglichkeit, in der Wirtschaft zu rechnen, so dass es unmöglich wird, Aufwand und Erfolg einer wirtschaftlichen Handlung zu ermitteln, und das Ergebnis der Rechnung zum Richtmaß des Handelns zu machen.«

Die einstige Überzeugungskraft seiner Theorie kann man daran ablesen, dass Mises in den 20er Jahren die ernsthafteren unter den sozialistischen Wirtschaftswissenschaftlern zu dem grundlegenden Paradigmawechsel veranlasste, der das wirtschaftliche Rechnungswesen in das System des Staatshandels zu integrieren versuchte. Nur dieser Paradigmawechsel hat es überhaupt ermöglicht, dass das Experiment mit dem Staatshandel so lange dauern konnte, wie es dauerte. Zunächst mag es verwundern, dass dem Autor jener selbst die Gegner beunruhigenden Analyse trotz endgültiger empirischer Bestätigung kaum neue Beachtung zuteil wurde.

Werfen wir jedoch einen Blick in das Werk »Liberalismus« von 1927, so wird schnell deutlich, warum Mises nicht zum Propheten des westlichen Triumphes auserkoren werden konnte. Jeder »organisierte Liberalismus«, der sich in einer

Regierungskoalition befindet (oder befand), die das Asyl einschränkt, muss sich durch Mises belehren lassen, dass »der Liberalismus für jeden Menschen das Recht fordert, sich dort aufzuhalten, wo er es wünscht«. Wenn die gleiche politische Richtung keinerlei Anstalten macht, gegen das Verbot des Drogenhandels vorzugehen, muss sie sich durch Mises auf den »Grundsatz der Nichteinmischung des Staatsapparates in alle Fragen der Lebenshaltung« verweisen lassen.

Nein, Mises ist kein bequemer Liberaler. Er eignet sich, festgefügte Weltbilder in Frage zu stellen. Man ist beispielsweise gewohnt, dass jemand, der für Asyl eintritt, dies aus »humanen« Gründen tut. Mises zeigt, dass wirtschaftliche Gründe ausschlaggebend sein sollten:

»Die Einwanderungsbeschränkungen verringern, darüber kann nicht der geringste Zweifel bestehen, die Er giebigkeit der menschlichen Arbeit.«

Wenn wir heute darüber nachdenken müssen, ob wir uns die humane Geste, Asyl zu gewähren, ökonomisch »leisten« können, so muss das – wenn wir Mises weiter denken – eine Konsequenz aus voraufgegangenem Interventionismus sein. Das wäre zum Beispiel das Arbeitsverbot für Asylanten, das sie zu Sozialfällen macht.

Mises ist unbequem, aber durchaus aktuell. So machte die Beschäftigung mit der Wohnungsnot Anfang des Jahrhunderts in Wien aus dem jungen Etatisten einen Liberalen: Mises kam »zu dem Schluss, dass die ungünstigen Wohnverhältnisse ihre Ursache in einer Steuergesetzgebung« hatten (H.H. Hoppe in der Einleitung zur Neuausgabe) und kein »Marktversagen« kennzeichneten, das etwa mit Mietpreisbindung oder anderem Interventionismus korrigiert werden müsse. Wenn der »organisierte Liberalismus« aus der Geschichte zu lernen bereit wäre, würde er heute eine andere, nämlich kritischere Haltung zur staatlichen Wohnungspolitik einnehmen.

Besondere Aktualität zeichnen Mises' Überlegungen zum Thema Krieg und Nationalismus aus:

»Wenn die Bewohner eines Gebietes, sei es eines einzelnen Dorfes, eines Landstriches oder einer Reihe von zusammenhängenden Landstrichen, durch unbeeinflusst vorgenommene Abstimmungen zu erkennen gegeben haben, dass sie nicht in dem Verband jenes Staates zu bleiben wünschen, dem sie augenblicklich angehören, sondern einen selbständigen Staat bilden wollen, oder einem anderen Staat zuzugehören wünschen, so ist diesem Wunsche Rechnung zu tragen. Nur dies allein kann Bürgerkriege, Revolutionen und Kriege zwischen den Staaten wirksam verhindern.«

Wie viel Leid und Blut hätte dieser liberale Grundsatz in Ex-Jugoslawien, in Georgien, in Ruanda, aber auch im Baskenland oder in Nordirland verhindern können!

Der Staatsgewalt traute Mises nicht. »Eine liberale Regierung ist eine *contradictio in adjecto*. Regierungen müssen zum Liberalismus durch die Macht der einmütigen Volksüberzeugung gezwungen werden.« So sehr er demnach den Zusammenbruch des östlichen Zwangssystems begrüßt hätte, so wenig Freude hätte er an den »westlichen« Siegern: Sie sind erfolgreicher zwar, aber nicht liberal... jedenfalls nicht liberal genug.

BIOGRAPHISCHER HINTERGRUND

Dieser unbequeme Ludwig von Mises, wer war das? Im Jahre 1881 in Lemberg geboren, wuchs er hauptsächlich in Wien auf. Er studierte Rechts- und Wirtschaftswissenschaften und arbeitete dann bis 1934 in der Wiener Handelskammer. Akademisch konnte er sich nur als unbezahlter außerordentlicher Professor nebenberuflich betätigen. Um so bemerkenswerter ist, dass es Mises in dieser Zeit vermochte, die liberale Wirtschaftstheorie aus ihren Rückzugsgefechten gegen Neomerkantilisten, Staatsozialisten und andere Interventionisten zum Gegenschlag zu führen, indem er die »kapitalistischen« Konjunkturzyklen als Folge von Staatstätigkeit anstelle von Marktprozessen erklären konnte. Zu seinem hervorragendsten

Schüler, der auf diese Geld- und Konjunkturtheorie aufbaute, wurde der spätere Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek.

Einer der wenigen Glücksfälle in Mises' Leben war, dass er zum Beginn der faschistischen Ära 1934 einen Ruf nach Genf bekam. Ende der 1930er Jahre fühlte er sich jedoch nicht einmal mehr in der Schweiz sicher und siedelte in die USA über. Trotz – oder gerade wegen – seines kompromisslosen Eintretens für den Liberalismus wurde er jedoch in Amerika alles andere als mit offenen Armen empfangen. Die amerikanische Öffentlichkeit und Intelligenz hielt mehr von Annäherungen an sozialistisches und faschistisches Gedankengut als von jemandem, der den Begriff »Nachtwächterstaat« nicht als Verbalberung, sondern als Auszeichnung für einen Staat empfand. Gleichwohl versammelte Mises eine Reihe von hochkarätigen Schülern um sich, die zu den ausgezeichnetsten Ökonomen der Welt zu zählen sind wie Israel Kirzner und Murray N. Rothbard.

Zwei Tendenzen ließen Mises erst nach seinem Tod 1973 aktuell werden. Zum einen war das die Stagflationskrise, die das Keynesianische Modell der staatlichen Wirtschaftssteuerung durch kontrolliert inflationistische Geldpolitik in Frage stellte. Zum anderen war das der wachsende Bürgerprotest, den Mises zu den liberalen Grundtugenden zählte.

»Die Neigung unserer Zeitgenossen, obrigkeitliche Verbote zu fordern, sobald ihnen etwas nicht gefällt, und die Bereitwilligkeit, sich solchen Verboten selbst dann zu unterwerfen, wenn sie mit ihrem Inhalt durchaus nicht einverstanden sind, zeigt, dass der Knechtsinn ihnen noch tief in den Knochen steckt.«

Dies ist, wohlgermerkt, kein Zitat aus einem 1968er Flugblatt oder aus einer Pressemitteilung der »Grünen«, sondern aus dem Liberalismus-Buch von Mises aus dem Jahr 1927.

Die Bedeutung von Mises liegt vor allem darin, dass er seinen Liberalismus konsequent frei hielt von jeder wohlfeilen

Parteinahme für irgendwelche Sonderinteressen. Er ließ sich nicht zur Verteidigung von Schutzzöllen hinreißen, weil sie den (oder wenigstens einigen) Unternehmern angenehm waren. Ebenso wenig ließ er sich davon abhalten, die gewerkschaftliche Tarifpolitik für verhängnisvoll zu erklären, weil er dafür der »sozialen Kälte« gescholten wurde. Sein Interesse galt den Bedingungen, unter denen Freiheit, Frieden und Wohlstand für alle Menschen gedeihen könnten. Er zeigte immer wieder, dass die Sonderinteressen, die sich des staatlichen Zwangs- und Gewaltapparates zu ihrer Durchsetzung bedienen, stets für die gesamte Menschheit und darum für die Initiatoren selbst negative Konsequenzen haben. Die Schutzzölle führen schließlich zu geringerem Unternehmergewinn, die Tarifpolitik führt letztendlich zu niedrigerem Lohn.

Mises war zeitlebens ein Aufklärer im kantischen Sinne. Obwohl er manchmal sich der polemischen oder sogar sarkastischen Formulierung nicht enthielt, setzte er immer darauf, mit Argumenten zu überzeugen. Agitation lag ihm fern. So sind und bleiben seine Werke eine Lektüre für jeden, der sich kritisch mit der Gegenwart und Vergangenheit politischer Systeme auseinandersetzen will. Wer nur Bestätigung für vorgefertigte Meinungen der politischen Normalität sucht, wird an Mises keine Freude haben.

DEFINITIONEN

Bevor ich auf diesem Hintergrund der Mises'schen Theorie nach seiner Position zum »Sozialismus« frage und seine Kritik am »Interventionismus« herausarbeite, möchte ich jeweils eine Definition der zentralen Begriffe wagen. Denn mit »Sozialismus« verbindet zwar fast jeder etwas, allerdings oft etwas Unterschiedliches. »Interventionismus« ist dagegen ein eher spezieller Begriff der Mises'schen Theorie.

Definition Sozialismus. Der Begriff »Sozialismus« umfasst alle politischen Systeme, in denen gemeinsames Eigentum dazu dienen soll, sozioökonomische Differenzierungen in der Bevölkerung zu vermeiden.

Definition Interventionismus. Als »interventionistisch« sind alle politischen Systeme zu bezeichnen, in denen mit Eingriffen in den Markt – eben »Interventionen« – bestehende sozioökonomische Differenzen in der Bevölkerung angeblich ausgeglichen sowie wirtschaftliche Krisen abgeschwächt werden.

Vermeidung oder Ausgleich von sozioökonomischer Differenzierung sind die steuerungsökonomischen Ziele der Protagonisten von Sozialismus resp. Interventionismus. (Dass es sich dabei um Ideologie handelt, habe ich bereits in den vorangegangenen Kapiteln gezeigt.)

Ich möchte, wie angedeutet, Ludwig von Mises nicht als Kritiker des real existiert habenden Sozialismus im vormaligen »Ostblock« vorstellen. Einmal mehr dessen Zusammenbruch mit Häme zu überziehen, um den Sieg des »Westens« als Überlegenheit seines interventionistischen Systems ausgeben zu können – für eine solche Oberflächlichkeit wäre die kritische Kraft der Theorie von Mises einfach zu schade.

Ich möchte nun zwei Thesen erläutern, die nicht nur für das Verständnis der Mises'schen Theorie, sondern auch für das Verständnis der gegenwärtigen politischen Lage bedeutsam sind.

1. **These:** Mises kritisiert am Sozialismus nicht den Sozialismus, sondern den steuerungsökonomischen Interventionismus.
2. **These:** Darum ist aus dem Zusammenbruch des Sozialismus im Ostblock nicht eine Überlegenheit des West-Interventionismus abzuleiten. Vielmehr ist der Zusammenbruch des Ost-Sozialismus Vorbote des Zusammenbruchs der westlichen Steuerungsökonomie.

DER SOZIALISMUS IST NICHT DER »FEIND«

Zur ersten These: Mises kritisiert am Sozialismus nicht den Sozialismus, sondern den Interventionismus

In der Definition von Sozialismus, die ich gegeben habe, kommt der Staat bewusst nicht vor: Sozialismus sei ein politi-

ches System, in welchem gemeinsames Eigentum sozioökonomische Differenzierung in der Bevölkerung vermeiden sollte. Wenn wir die Variante des Ost-Sozialismus, in der der Staat Träger des gemeinsamen Eigentums war, zur definitiven Gestalt des Sozialismus erklären, fallen viele, die sich als Sozialisten bezeichnet haben, heraus. Nehmen wir zum Beispiel den Unternehmer Robert Owen. Was immer wir von seinen Siedlungsexperimenten denken mögen: Sie waren keine Gründungen des Staates und sollten es nicht sein. Im Gegenteil, der Staat hat diese Experimente bekämpft – der Staat hat interveniert, um die Siedlungen scheitern zu lassen. Der Staat hat in das Eigentumsrecht von Robert Owen und den ihm verbundenen Menschen eingegriffen. Es steht außer Zweifel, dass Mises unabhängig von seiner persönlichen Präferenz für eine bestimmte Lebensform politisch und ökonomisch die Sache Owens vertreten musste.

Im Kontext der Zensur gegen angeblich bolschewistische Intellektuelle in der McCarthy-Zeit schrieb Mises 1956 beispielsweise unmissverständlich:

»Jedoch ist Freiheit unteilbar. Jeder Versuch, die Freiheit der dekadenten und lästigen Literaten und Scheinkünstler zu beschränken, würde den Autoritäten die Macht verleihen, zu bestimmen, was gut und was schlecht ist. Freiheit muss Allen zugestanden werden, selbst den verächtlichen Menschen, damit nicht die Wenigen, die von ihr zum Wohle der Menschheit Gebrauch machen können, behindert werden.«

Fast hundert Jahre vorher hatte der russische Kollektivist Michail Bakunin das so ausgedrückt:

»Absolute Freiheit für Vereinigungen, ohne solche auszunehmen, die nach ihrem Ziel unmoralisch sind oder zu sein scheinen, und selbst solche, deren Ziel die Korruption und die Zerstörung der individuellen und öffentlichen Freiheit ist. Die Freiheit kann und soll sich

nur durch die Freiheit verteidigen, und es ist ein gefährlicher Widersinn, sie zu beeinträchtigen unter dem Vorwand, sie zu beschützen, und da die Moral keine andere Quelle, keinen anderen Ansporn, keine andere Ursache und kein anderes Ziel hat, als die Freiheit, und da sie selbst nichts ist als die Freiheit, so wendeten sich alle der Freiheit zum Schutz der Moral auferlegten Einschränkungen immer zum Schaden der Moral.«

Der hier von Bakunin und Mises formulierte Freiheits-Begriff, der in gleicher Weise von der Sozialdemokratin Rosa Luxemburg und dem Konservativen Milton Friedman zugrunde gelegt wird, kennt nur ein Kriterium für die Zulässigkeit von Handlungen: Freiwilligkeit. Bakunin versteht unter »absoluter« und »vollständiger« Freiheit:

»Freiheit zu gehen und zu kommen, laut jede Meinung auszusprechen, faul oder fleißig, unmoralisch oder moralisch zu sein, mit einem Wort: über die eigene Person und den eigenen Besitz nach Belieben zu verfügen, ohne jemand Rechenschaft abzulegen: Freiheit, ehrlich zu leben durch eigene Arbeit oder durch schimpfliche Ausbeutung der Wohltätigkeit oder des privaten Vertrauens, sobald beide freiwillig sind.«

Unübertroffen kurz hat die Marxistin Rosa Luxemburg zusammengefasst, Freiheit sei immer die Freiheit des Andersdenkenden. In der ihm eigenen Umständlichkeit, aber auch Präzision, hat das selbstverständlich ebenso Mises ausgedrückt, etwa 1927 in seiner bereits erwähnten Schrift über den »Liberalismus«:

»Ein freier Mensch muss es ertragen können, dass seine Mitmenschen anders handeln und anders leben, als er es für richtig hält, und muss es sich abgewöhnen, sobald ihm etwas nicht gefällt, nach der Polizei zu rufen.«

Ich halte also fest: Im Freiheits-Begriff von Mises ist zwingend die Toleranz enthalten, Lebensformen hinzunehmen, die auf freiwillig gebildetem gemeinsamen Eigentum beruhen, selbst wenn dies nicht dem persönlichen Ideal entspricht, das Mises vertritt, oder wenn Mises gemeinsame Eigentumsnutzung als ökonomisch ineffektiv bewertet. Mir ist übrigens auch nicht bekannt, dass Mises die auf vollständiger Freiwilligkeit basierende deutsche Genossenschafts- oder israelische Kibbutzbewegung von Staats wegen verboten wissen wollte.

Der liberale Freiheit-Begriff widerspricht nicht notwendigerweise sozialistischen oder sogar kommunistischen Theoretikern. Nehmen wir beispielsweise den Kommunisten Peter Kropotkin, der den kommunistischen Grundsatz, gut sei, was der Gesellschaft, der das Individuum angehört, nütze und schlecht, was ihr schade, so auslegt:

»Für uns bedeutet ›Kommune‹ nicht mehr eine territorial abgegrenzte Anhäufung menschlicher Wohnungen, sondern eine Interessenkommune, deren Mitglieder über Tausende von Städten und Dörfern zerstreut sind.«

Alle, auch die wirtschaftlichen Angelegenheiten zwischen diesen strikt freiwillig gebildeten Interessenkommunen sollten laut Kropotkin durch »freie Vereinbarung« geregelt werden. Dazu mehr im letzten Kapitel.

»Es besteht volle Freiheit zur Entwicklung neuer Formen in der Produktion, Erfindung und Organisation, die individuelle Initiative findet Anregung und Unterstützung, während der Neigung zu Gleichförmigkeit und Vereinheitlichung entgegengearbeitet wird.«

Der Unterschied zwischen Kropotkin und Mises ist kaum mehr als terminologischer Art.

Mit einem weiteren Hinweis will ich andeuten, dass nicht nur die sozialistische Theorie, sondern auch die sozialistische Praxis das Mises'sche Freiheits-Ideal durchaus zu respektie-

ren in der Lage ist. Im spanischem Bürgerkrieg 1936 bis 1939 haben in den anarchistischen Regionen Bauern ihr Grundeigentum freiwillig zu Kollektiven zusammengelegt. Die Freiwilligkeit *dieses* Sozialismus ist verbürgt. Skrupulös wurde darauf geachtet, Bauern, die nicht mitmachen wollten, mit großzügigen Wegerechtsregelungen die individuelle Hofbewirtschaftung so einfach wie möglich zu machen. Der freiwillige Sozialismus der spanischen Anarchisten ist dann 1938 von stalinistischen Truppen brutal zerschlagen worden.

Auch hier sollte es wie bei den freiwilligen Experimenten Robert Owens klar sein, wo das Eigentumsrecht im Sinne von Mises steht: Auf der Seite des Sozialismus. Die Intervention der Stalinisten war gegen die freiwillige Vereinigung des Eigentums gerichtet, um die Parzellierung des Grundeigentums gegen den Willen der Eigentümer zu erzwingen.

WAS WIR VON MARX LERNEN KÖNNEN

Ich möchte meine These noch einen Schritt weiter treiben und behaupten: Es gibt nicht nur keinen notwendigen Gegensatz zwischen Mises und dem Sozialismus, sondern auch keinen notwendigen Gegensatz zwischen Mises und der dominanten Theorie des Sozialismus, dem Marxismus. Marx legte besonderen Nachdruck auf die Wirkung, die die von politischen Interessen und Machtverhältnissen bestimmten sozialen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft haben. Diese »Politik-ökonomie« unterscheidet analytisch zwischen dem, womit eine bestimmte politische Aktion in der Öffentlichkeit gerechtfertigt wird, und dem, was die wirkliche Absicht oder der wirkliche Effekt der Aktion ist.

Auch Ludwig von Mises kritisiert den Interventionismus als Ideologie, der sozialen Ausgleich verspricht, um in Wahrheit die Bereicherung der politisch Einflussreichen zu bewirken. Ideologiekritische Arbeiten wie die von dem Marxisten Gabriel Kolko, der nachweist, dass die Kartellisierung des amerikanischen Marktes am Anfang des 20. Jahrhunderts die Wirkung von Interventionen in einem sich dezentralisierenden Markt war, sind im mehr als analogen Sinne mit der Theorie

von Mises kompatibel. Selbstverständlich gibt es grundlegende Differenzen zu vielen marxistischen Theoremen, wie im ersten Kapitel dargelegt. Aber die Differenz ist nicht, dass Marx Sozialist war, sondern dass er die falsche Ursache für das Elend der Menschen verantwortlich gemacht hat.

DEN ZUSAMMENBRUCH DER UDSSR VERSTEHEN

Wenn nun klar ist, dass mit Mises keine hämische Sozialismus-Kritik zu verbinden ist, können wir einen etwas objektiveren Blick auf den Zusammenbruch des Ost-Sozialismus werfen. Zum Beispiel müsste eine adäquate Theorie erklären können, warum es den Sowjetmenschen unter Breschnew erheblich besser gegangen ist als unter Reformern wie Gorbatschow, Jelzin und jetzt Putin.

Ein Erklärungsansatz findet sich aus der Ableitung der These, Mises kritisiere am Sozialismus nicht den Sozialismus, sondern den Interventionismus. Wir wissen heute, dass die Breschnew-Administration eine große Weisheit entwickelt hat, die Kräfte des informellen Marktes großzügig zu tolerieren. Die Reformer hatten nichts besseres zu tun, als in ihrem Kampf gegen diese vermeindliche Korruption den objektiven Grad der Interventionen zu erhöhen anstatt zu senken. Der »Reformer« Jelzin betrieb einen exzessiven Zentralismus und Dirigismus, dem jede Weisheit des Gewähren-Lassens fehlte.

Der siegreiche Westen honoriert diese Strategie der Ost-Reformer, weil überhaupt kein Interesse daran besteht, dem Osten durch Marktwirtschaft Prosperität zu verschaffen. Das Interesse besteht darin, das eigene interventionistische System zusammen mit der Möglichkeit zu exportieren, den protektionistischen Außenhandel zu erweitern.

DIE ZUKUNFT DES INTERVENTIONISMUS

Damit komme ich zur zweiten These: Aus dem Zusammenbruch des Ost-Sozialismus sei keine Überlegenheit der westlichen Steuerungsökonomie abzuleiten. Vielmehr sei der Zusammenbruch des Ost-Sozialismus eine Art Vorbote für den Zusammenbruchs des West-Interventionismus. An dieser Stel-

le möchte ich eine Mises'sche Reformulierung des bekannten Lenin-Wortes vom Imperialismus als höchste Stufe des Kapitalismus anbieten: Imperialismus ist die höchste Stufe des Interventionismus.

Der Interventionismus der Steuerungsökonomie lebt von der Erweiterung der Basis der Menschen, die ausgebeutet werden können. Das Ziel des Interventionismus ist immer, auf dem Markt geschaffene Werte den Eigentümern zu nehmen, um sie an Personen umzuverteilen, die keine Werte geschaffen haben. Die Möglichkeit, an der Umverteilung teilzuhaben, setzt Beherrschung des politischen Prozesses voraus. Darum können nur solche Personengruppen netto gewinnen, die mächtig und einflussreich sind. Umverteilung von »oben nach unten« ist die Ideologie, mit der die Umverteilung von »unten nach oben« verschleiert wird.

Allerdings funktioniert dieses Verfahren nur so lange, wie die ausgebeuteten Menschen es nicht durchschauen. Wenn beispielsweise die Produktivität um 10% steigt, unteren Lohngruppen jedoch durch Steuern oder Inflation davon die Hälfte verloren geht, steigert sich ihr Einkommen nur um 5%. Dass die Interventionen ihnen die Hälfte des Produktivitätszuwachses genommen haben, um sie den Reichen zuzuschancen, fällt wenig auf.

Ganz anders sieht die Sache aus, wenn in Krisenzeiten die Umverteilung nicht von den Zuwächsen geschöpft werden kann, sondern Einschnitte in den sozialen Besitzstand bedeutet. Solche Krisenzeiten sind nach der Einsicht von Mises keine Naturereignisse, vielmehr notwendige Folge der steuerungsökonomischen Interventionen selbst. Durch Steuern, Inflation, Zölle, Protektionismus, Dirigismus, Subventionismus wird die produktive Sozialstruktur in einer Art geschädigt, die Abstimmungsprobleme im Marktprozess hervorruft.

Erinnern wir uns an die Zeit vor dem Zusammenbruch des Ostens. In den 1970er Jahren hatten wir die Stagflationskrise. Die Instrumente des Keynesianismus halfen nicht mehr, die Krise in der Weise zu lösen, die die herrschende Klasse ökonomisch befriedigte, ohne der Masse der Bevölkerung Lasten

aufzuerlegen, die diese rebellisch machen würden. Die Versuche von Reagan in den USA, Thatcher in England und Kohl in Deutschland, marktwirtschaftliche Strukturen zu stärken, aber dabei das System des Interventionismus nicht selbst in Frage zu stellen, scheiterten kläglich. Marktwirtschaft verkam zu einer ideologischen Worthülse, in der ein Keynesianismus von bis dato ungekannten Ausmaßen versteckt wurde.

Der Zusammenbruch des Ostens war da Rettung in höchster Not. Mit der Reduzierung der Rüstungsausgaben und der Eröffnung der östlichen Märkte konnte der Interventionismus noch einmal den Kopf aus der Schlinge ziehen. Da damit jedoch der ganze Planet Erde dem Verhängnis der Steuerungsökonomie unterworfen wurde, bliebe in den nächsten Krise nur noch die Kolonisierung der grünen Marsmännchen. Aber die nächste Krise des Interventionismus kommt bestimmt früher als die Kolonisierung der Galaxien.

WO ZUM TEUFEL LIEGT MANCHESTER?

Wer Liberalisierung und Privatisierung als Mittel zur Überwindung von Wirtschaftskrisen herausstellt, wird schnell in ganz bestimmter Weise diffamiert. Man wird als Verfechter der »Manchester-Ökonomie« bezeichnet – und es ist ja bekannt, dass dies übelster »Ellbogenindividualismus« ist. So reden sie alle, die Rechten und die Linken, die Konservativen und die Sozialdemokraten.

Wer sich mit den Manchester-Ökonomen in historischer Perspektive befasst, stößt jedoch auf ein zunächst kurios erscheinendes Faktum: Das Subjekt, das sie mit ihrer Theorie ansprechen wollten, waren in vielen Fällen Arbeiterschaft und Unterprivilegierte. Und sie erreichten es auch. Eine breite Massenbewegung, die von den sog. »Manchester-Ökonomen« Richard Cobden und John Bright geführte »Anti Corn Law League«, brachte 1846 die Elend und Hunger verursachenden, zum Schutz des Landadels bestehenden Kornzölle zu Fall. Die Manchester-Ökonomin und Feministin Josephine Butler focht mit der »Personal Rights Association« für die Rechte der Prostituierten gegen die Viktorianische Heuchelei. Wie später die Anarchisten machten auch die ursprünglichen, revolutionären Liberalen keine Unterschiede innerhalb der Klasse der Unterdrückten. Sie lehnten es vielmehr ab, Arbeiterschaft gegen Lumpenproletariat auszuspielen.

Ein wichtiger Grund, warum die Manchester-Ökonomen schließlich Rückhalt unter den Massen verloren, war ihr kompromissloses Eintreten gegen Imperialismus, Militarismus und Nationalismus, zu welchem Zwecke sie die »Anti-Imperialist League« gegründet hatten. Die um die Gunst der Massen konkurrierenden (Staats-)Sozialisten (Fabianisten und Marxisten) dagegen unterstützten die Ausbeutung der Kolonien, die unmittelbare Vorteile für die Massen der kolonisierenden Industrieländer zu bewirken schien. Im sozialistischen Lager kämpften nur die Anarchisten gegen den Kolonialismus. Dass radikale Liberale und konsequente Anarchisten

damals nicht zusammen fanden, ist Teil einer historischen Katastrophe, deren Auswirkungen gerade heute zu spüren sind.

Die Diffamierung der Manchester-Ökonomie ist zu sehen im Zuge des Kampfes etatistischer Sozialisten um die Vorherrschaft in der Arbeiterbewegung. Wer heute in die Diffamierung einstimmt, und sei es jemand, der sich »liberal« oder »konservativ« nennt, ist in diesem Sinne Staatssozialist.

Jede Alternative zum Markt als Vergesellschaftungsprinzip muss auf Konzepte der steuerungsökonomischen Bevormundung zurückgreifen. In diesen Konzepten wird behauptet, dass einige Menschen das Recht hätten, anderen Menschen vorzuschreiben, was sie zu tun und zu lassen hätten. Diese Bevormundung kann geschehen durch einen Einzelnen (Diktatur), eine Minderheit (Aristokratie, Oligarchie) oder durch die Mehrheit (Demokratie). Die Manchester-Ökonomie lehrt uns, dass Bevormundung nicht nur als Unterdrückung abzulehnen sei, sondern dass sie auch die ökonomischen Krisen, die Armut, den Hunger und das Elend verursacht. Anarchie ist nicht nur politisch-kulturell anzustreben, sondern sie hat einen Nährwert – mit ihr und nur mit ihr können die Massen »das Brot erobern«.

PRODUKTION DER WOHLFAHRTSIDEOLOGIE

Trotz des Zusammenbruchs der (staats-)sozialistischen Wirtschaften gilt auch und gerade in den (staats-)kapitalistischen Ländern unangefochten die Behauptung: Staatliche (»öffentliche«) Dienst-, Sozial- und Infrastruktur-Leistungen gewährleisten soziale Basisfunktionen, die die Bürger unabhängig von Einkommen, Schichtzugehörigkeit, Geschlecht, religiöser und politischer Orientierung usw. in Anspruch nehmen könnten, da sie kostenlos angeboten würden oder wenigstens einen politischen, nicht betriebswirtschaftlichen Preis hätten. Die Leistungen der »öffentlichen Hand« garantierten einen nicht-diskriminatorischen Zugang aller Bürger zu bestimmten lebensnotwendigen Dingen, mit anderen Worten: garantierten, dass kein Bürger durch einen zu hohen Preis vor der Inanspruchnahme dieser Dinge ausgeschlossen werden könne. (Eine an-

dere Sache ist es, wenn es sich um Nicht-Bürger, um »Ausländer« und »Asylanten« handelt. Dann wird schnell klar, dass zwar der Preis nicht diskriminiert, aber sehr wohl die Politik!) Privatisierungs-Pläne für staatliche Dienstleistungen werden dementsprechend mit dem Hinweis bekämpft, sie würden die soziale Stratifizierung verschärfen, d.h. die ohnehin gut Verdienenden noch besser stellen und die eh schon Armen benachteiligen.

Jedoch gilt es zu bedenken: Auch die staatlichen Leistungen müssen bezahlt werden. Sie sind scheinbar kostenlos bzw. der politische Preis kann nur scheinbar unter dem Marktpreis liegen. Die Bezahlung der staatlichen Ausgaben erfolgt über das Steuersystem.

Die unscheinbare, fast trivial klingende Bemerkung, dass jede vom Staat ausgegebene Mark von irgend jemandem als Steuer abgeführt worden sein muss, hat weitreichende Konsequenzen. Denn sie zerstört die Selbstverständlichkeit, mit der von staatlichen Leistungen behauptet werden darf, sie garantierten ein Mindestmaß an Gleichheit und Gerechtigkeit. Im zweiten Kapitel habe ich die ganze Masse der Argumente aufgelistet, die zeigen, dass der Staat nicht Wohlfahrt, sondern Armut produziert.

DISKRIMINIERUNG – NA UND?

Dass es in unseren heutigen demokratischen Gesellschaften Phänomene gibt wie Benachteiligung, Unterprivilegierung, Diskriminierung, Schichten- oder Klassenstruktur, ist in der Soziologie ein fast unbestrittener Allgemeinplatz. Wie jedoch die vielfältigen, phänomenologisch nachgewiesenen Diskriminierungen auf der Ebene individueller Entscheidungen zu erklären sind, etwa der Entscheidung eines weißen Arbeitgebers, keine Farbigen einzustellen, das ist eine selten erläuterte Frage. Meist wird auf die Funktion der Diskriminierung abgehoben, etwa der Art, dass der Kapitalismus eine Reservearmee billiger Arbeitskräfte, oder dass die bürgerliche Gesellschaft eine Schicht von Delinquenten als Demonstrationsobjekt für ihre repressive Energie benötige. Die Mikroebene

wird dann übergangen bzw. mit alltagstheoretischen Hinweisen auf Rassismus, Sexismus oder andere Vorurteile erledigt.

DIE FAKTEN SIND ANDERS ALS ERWARTET

Empirische Untersuchungen zur historischen Entwicklung des Arbeitsmarktes in den USA belegen jedoch, dass es einer expliziten mikro-ökonomischen Durchdringung des Phänomens der Diskriminierung bedarf, denn die alltagstheoretischen Annahmen über den Mechanismus der Diskriminierung stoßen auf Widerstand bei den Daten. Ich greife drei Datenkomplexe heraus:

1. Bis 1950 war der prozentuale Anteil von Arbeitslosen unter weißen und schwarzen Jugendlichen praktisch gleich. Ab 1950 tritt der Anteil auseinander. Ein größerer Prozentsatz schwarzer als weißer Jugendlicher ist arbeitslos (Tabelle 1). Diese Situation verschärft sich dramatisch in den 1960er Jahren, einer Zeit von fast hundertprozentiger weißer Vollbeschäftigung und von rapide abnehmendem weißen Rassismus (z.B. lehnten 1940 noch 65% der Weißen Schwarze mit gleichem Sozialstatus in ihrer Wohngegend ab, 1972 nur noch 24%; vgl. Williams 1982, S. 12).
2. Mit der Abnahme des weißen Rassismus entsteht der Wunsch, den Schwarzen mit staatlichen Maßnahmen zu helfen. Besonderer Nachdruck wird auf solche Maßnahmen wie Mindestlohn gelegt, der den am schlechtesten verdienenden, meist farbigen Arbeitern einen höheren Lebensstandard beschern soll, und auf forcierte Bildungsanstrengungen, die die Chancengleichheit sichern sollen. Alle Maßnahmen verpuffen weitgehend wirkungslos, ja die Situation breiter Schichten der diskriminierten Bevölkerung verschlechtert sich (z.B. wurden zwischen 1967 und 1971 durch das »Urban Renewal Program« 500000 Wohnungen zerstört, aber nur 200000 aufgebaut, davon lediglich 100000 für Familien mit geringem Einkommen; vgl. Sale 1980, S. 119ff). Zwar besitzen heute mehr schwarze Jugendliche als je zuvor einen den weißen Ju-

JUGENDARBEITSLOSKEIT

Jahre, in denen der Mindestlohn erhöht wurde:

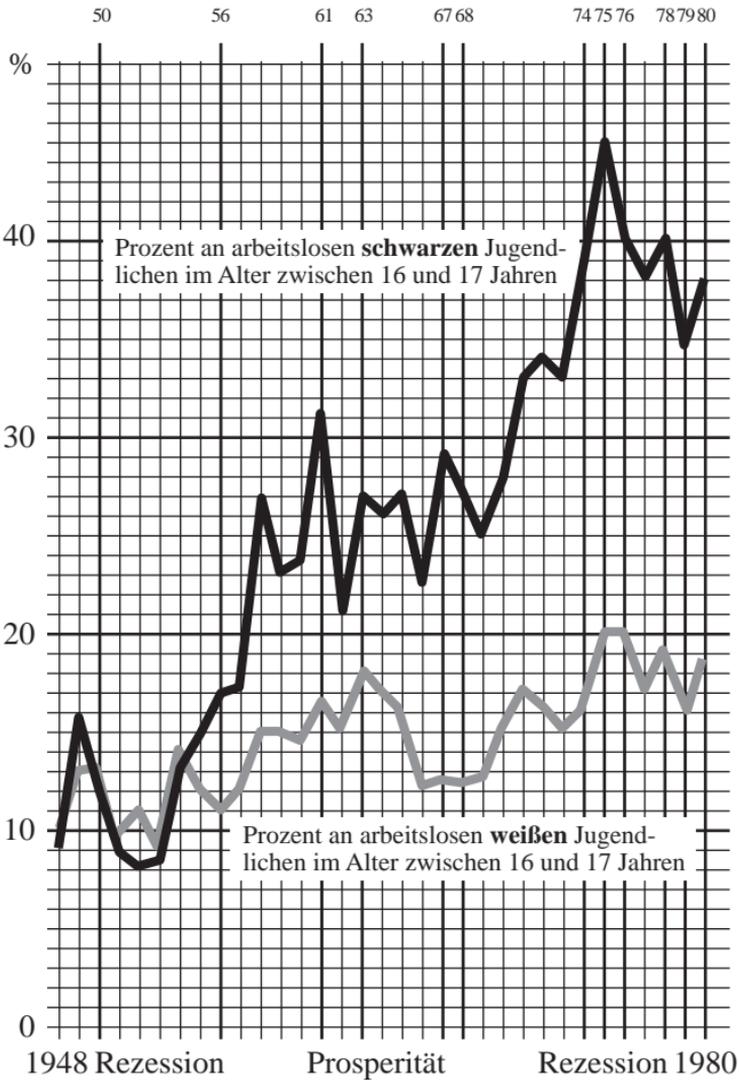


Tabelle 1: Daten aus: Williams 1982, S. 39

gendlichen ebenbürtigen Schulabschluß, aber weniger schwarze Jugendliche als je zuvor finden Arbeit. Die Tabellen 2 und 3 belegen diese Aussagen:

Die 1. Spalte der Tabelle 2 zeigt, dass die Entwicklung des Sozialprodukts im Vorhersagebereich liegt; dass die Collegenbesuchsrate sogar sehr viel höher liegt, als der Trend der 1950er und 1960er Jahre vermuten ließ, zeigt die 2. Spalte; die 3. und 4. Spalte kennzeichnen, dass die günstigen Entwicklungen jedoch *nicht* für die schwarzen Jugendlichen gelten, deren Situation (hier: Arbeitslosigkeit) sich dramatisch *verschlechtert* hat.

Tabelle 3 (siehe Seite 104) widerlegt die Möglichkeit, Rassismus als Ursache des Phänomens annehmen zu dürfen: Denn nur nach der reinen Schulbesuchsdauer gemessen nützt Schulbesuch Schwarzen weniger als Weißen; am Schulerfolg gemessen ist es umgekehrt: Erfolgreiche schwarze Schulabgänger steigern ihr Einkommen mehr als Weiße, d.h. eine Diskriminierung der Arbeitgeber gegen Schwarze gibt es nicht; vielmehr ist es die große Erfolglosigkeit in der Schule, die die Schwarzen behindert.

3. Die geographische Verteilung des Anteils von Schwarzen in gelernten Berufen richtet sich historisch nicht nach der Intensität von Rassismus. Der stärker rassistisch geprägte Süden der USA wies zu Beginn des Jahrhunderts einen höheren Anteil von Schwarzen in gelernten Berufen auf als der weniger rassistische Norden. Den politischen Siegen nordstaatlicher gewerkschaftlicher und sozialreformistischer Gruppen folgte eine *Marginalisierung* schwarzer Arbeitskräfte. Ein Fallbeispiel zeigt Tabelle 4 (s. Seite 105).

DISKRIMINIERUNG ALS INTERAKTION

Um diese verwirrenden Daten zu interpretieren, richten amerikanische Sozialökonomien ihren Blick auf diejenige Ebene, auf der Diskriminierung in der Interaktion stattfindet. Nehmen wir beispielsweise einen weißen rassistischen Arbeitgeber: Rassismus mag ein starkes Motiv seines Handelns sein, ist jedoch nicht sein einziges Motiv. Er ist auch Unternehmer. Die

DAS VERSAGEN DER SOZIALPOLITIK

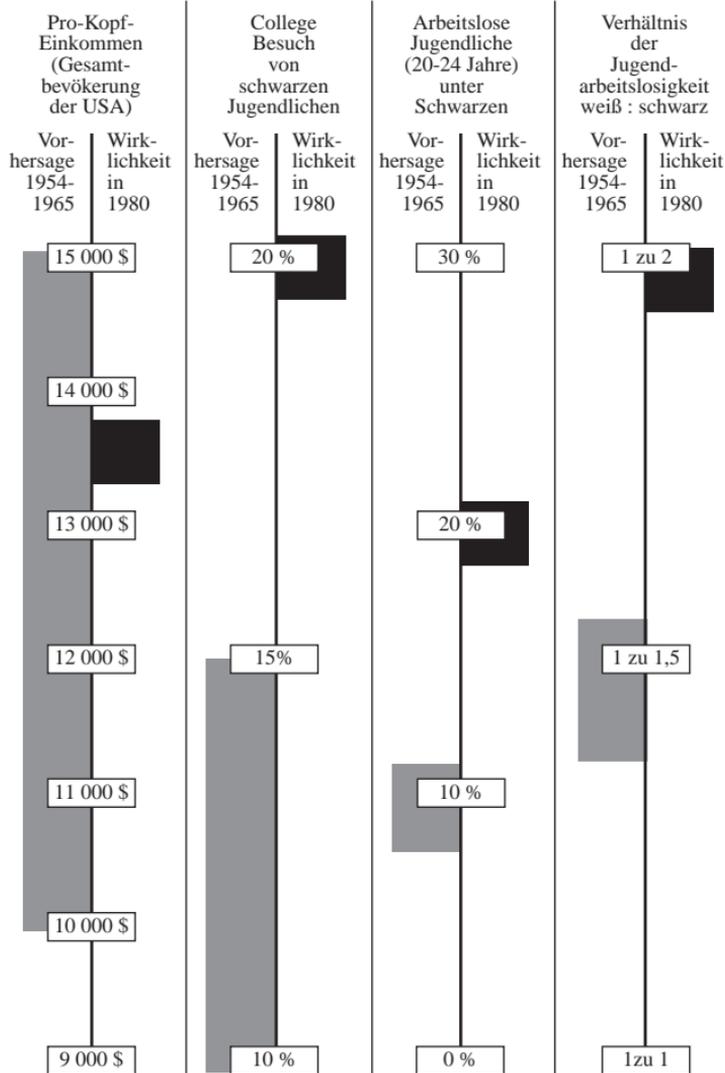
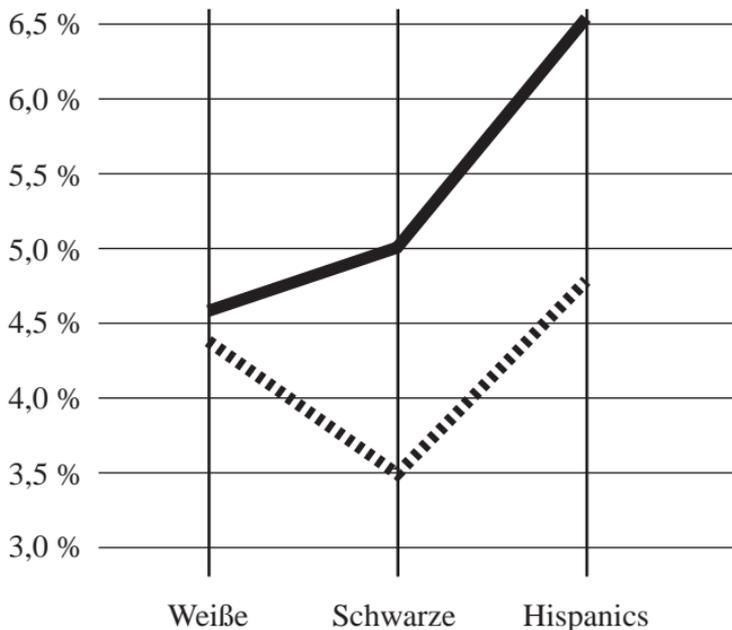


Tabelle 2: Daten aus: Murray 1984, S. 139-141

SCHULJAHRE VS. SCHULERFOLG

Einkommenssteigerung



— Ein erfolgreicher High-School-Abschluß wirkt sich steigernd auf die späteren Einkommensmöglichkeiten aus – aber nicht für alle in gleichem Maße: die einkommenssteigernde Wirkung für Hispanics und Schwarze ist sogar größer als für Weiße.

----- Wenn nicht der Schulerfolg, sondern nur der Schulbesuch bis zum 18. Lebensjahr zugrunde gelegt wird, zeigt sich erwartungsgemäß eine geringere einkommenssteigernde Wirkung. Für Schwarze wirkt sich ein nicht erfolgreicher Schulbesuch besonders negativ aus. Fazit: Nicht der Arbeitsmarkt, sondern die Schule ist der Ort der Diskriminierung.

Tabelle 3: Daten aus: Sowell 1981, S. 22

REGIONALE DIFFERENZIERUNG

Anteil schwarzer Lokomotivführer, aufgeschlüsselt nach Regionen in den USA. Der Anteil der Schwarzen an der Gesamtbevölkerung beträgt ca. 25 %. Auffällig ist der hohe Anteil im Süden (trotz Rassismus), der jedoch abnimmt (trotz der staatlichen Maßnahmen zur Aufhebung der Diskriminierung).

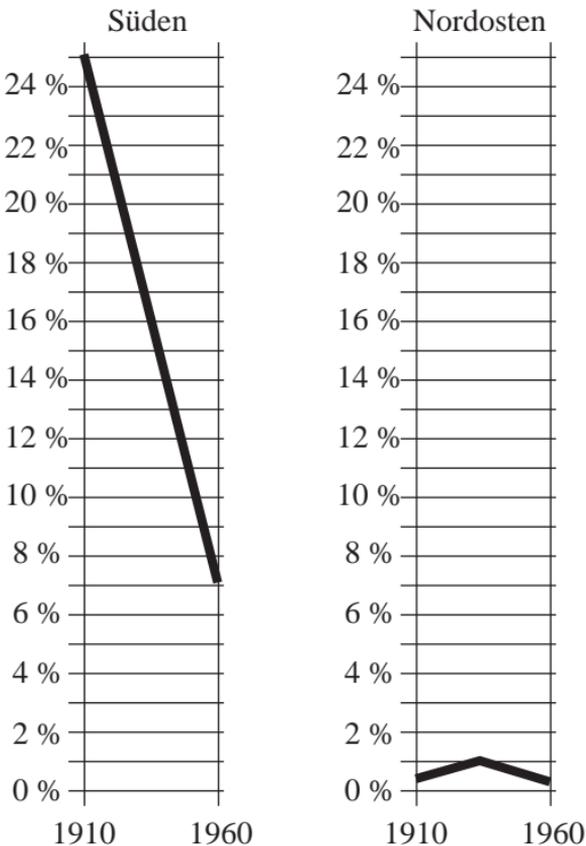


Tabelle 4: Daten aus: Williams 1982, S. 104f

Frage lautet dann meist nicht, ob er überhaupt schwarze Arbeiter einstellt, sondern bei welcher Differenz zum Lohn eines weißen Arbeiters er sie nimmt. Denn in einer gegebenen Konkurrenzsituation kann er durch Senkung der Lohnkosten seine eigene Position verbessern.

Es ist üblich, die Differenz zwischen Löhnen für schwarze und weiße Arbeiter mit gleichen Aufgaben als einen Indikator für Rassismus zu nehmen. Dies ist nicht unberechtigt. Aber jene Differenz steht auch noch für etwas anderes: Vom Standpunkt des Arbeitgebers aus gesehen ist die Differenz nämlich der Preis der Diskriminierung, d. h. ein Arbeitgeber, der strikt keine Schwarzen einstellt, muss dafür die Differenz an höheren Lohnkosten in Kauf nehmen (Sowell 1981, S. 27).

DISKRIMINIERUNG HAT EINEN PREIS

Von der Seite des schwarzen Arbeitnehmers aus gesehen ist die Lohndifferenz schmerzhaft, aber doch weniger schmerzhaft als etwaige Arbeitslosigkeit. Die Differenz ist der Preis, den er zur Überwindung von Rassismus bezahlt. Dies ist nicht zynisch gesagt, denn es handelt sich tatsächlich um eine Überwindung des Rassismus, jedenfalls auf lange Sicht, und zwar aus drei Gründen:

- Mit zunehmender Qualifikation des schwarzen Arbeiters bei der Arbeit wird der Preis, den der Arbeitgeber für fortgesetzte diskriminierende Behandlung zahlen muss, größer. Der Arbeitgeber riskiert etwa, dass der qualifizierte diskriminierte Arbeiter, der inzwischen für den Produktionsablauf wichtig geworden ist, von einem weniger rassistischen Arbeitgeber abgeworben wird (Sowell 1981, S.37). Stichwort: Dialektik von Herr und Knecht. Ein anderer Ausweg für den qualifizierten diskriminierten Arbeiter ist die Selbständigkeit (Williams 1982, S. 92f). Stichwort: Black Capitalism.
- Mit zunehmender Nachfrage nach schwarzer Arbeitskraft wird die Lohndifferenz allmählich kleiner, bis sie schließlich verschwindet und in die Normalsituation übergeht, dass der jeweils bestgeeignete Bewerber genommen wird.

■ Mit zunehmender Integration schwarzer Arbeitskräfte in das Wirtschaftsleben, besonders mit der Zunahme von qualifizierten Schwarzen, wird die rassistische Stigmatisierung psychologisch immer schwerer durchzuhalten. Die Vorurteilsstruktur bricht zusammen, wenn auch langsam. Bei allen drei Gründen handelt es sich um langfristige, gleichwohl empirisch u. a. von Thomas Sowell und Walter Williams nachgewiesene Tendenzen. Die Frage lautet, wie diese Tendenzen zur Überwindung des Rassismus abgebrochen, aufgehoben und umgekehrt werden konnten.

DER STAAT SENKT DIE KOSTEN FÜR DISKRIMINIERUNG

Die provozierende Antwort einer Reihe von radikalliberalen Sozialökonomern lautet kurz gesagt, dass politische Maßnahmen die Diskriminierung möglich halten. Der rassistische Arbeitgeber, der sich durch den Konkurrenzdruck genötigt sieht, schwarze Arbeiter einzustellen, ärgert sich über seine Konkurrenten, die damit anfangen, Schwarze zu beschäftigen. Eine gradlinige Lösung für ihn besteht in dem Versuch, politisch ein Beschäftigungsverbot («Job Reservation») für Farbige durchzusetzen. So direkt sind die staatlichen Maßnahmen heute meist nicht mehr. Um nur diejenigen systemischen Maßnahmen kurz zu skizzieren, die bereits erwähnt worden sind, gehe ich auf Mindestlohn und Schulpflicht ein:

1. Mindestlohn. Mindestlohn- und Tarifbestimmungen fixieren Lohnkosten über dem Marktwert. Dadurch wird die Substitution von weniger qualifizierten durch höher qualifizierte Arbeitskräfte und von Arbeitskräften durch Material beschleunigt und derart der Arbeitsmarkt aus dem Gleichgewicht gebracht. Wenn in einer gegebenen Situation Angehörige von ethnischen und kulturellen Minderheiten durchschnittlich unterqualifiziert sind, werden sie von der Arbeitslosigkeit besonders betroffen. Und anstatt die Chance zu bekommen, sich durch Arbeit zu qualifizieren, werden sie dequalifiziert, bisweilen gar arbeitsunfähig gemacht. Mindestlohnbestimmungen haben besonders Gewerkschaften in den USA und in Südafrika als Ersatz für

nicht mehr durchsetzbare offene Reservierungen qualifizierter Arbeitsplätze für Weiße («Job Reservation») erfolgreich durchgesetzt.

- 2. Schulpflicht.** Die Beobachtung, dass unqualifizierte Menschen besonders von Arbeitslosigkeit bedroht sind, führt zur sozialreformerischen Forderung nach schulischer Qualifizierung. Schule als Mittel der Qualifizierung soll oft auch gegen eine eventuelle antischulische subkulturelle Orientierung der Unterprivilegierten erzwungen werden, etwa mit verlängerter Schulpflicht. Damit wird die Chance, sich durch Arbeit zu qualifizieren, weiter eingeschränkt, während die in die Schule gezwungenen Jugendlichen vielfach eine Protesthaltung einnehmen, etwa die der reaktiven Dummheit, die sie dequalifiziert und arbeitsunfähig macht. Verlängerungen der Schulpflicht haben in den USA vornehmlich Vertreter der Mittelschicht gefordert, unter anderem, um damit den Zugang zur Gesellschaft für jene sozialen Gruppen zu verschließen, die an anderen Werten als solchen der Mittelschicht festhielten.

Dies sind wohlgerne nur zwei Mechanismen von vielen, die Diskriminierung politisch verankern. Neuerdings weist z. B. Sowell darauf hin, dass »Quoten« für die Einstellung von Schwarzen und Frauen («affirmative action» = positive Diskriminierung) seinen letzten empirischen Untersuchungen zufolge dazu beitragen, die Vorurteilsstruktur aufrecht zu erhalten: Ein Schwarzer oder eine Frau bekommt eine Stelle aus der Sicht der Kollegen dann nicht, weil er/sie qualifiziert ist, sondern weil es die Quoten verlangen. Auf diese Weise, fand Sowell heraus, entsteht das Phänomen, dass es Schwarze bzw. Frauen mit Hochschulabschluß gibt, keine Hochschulabsolventen, die *zufällig* dunkle Haut haben oder weiblich sind.

GEGEN DISKRIMINIERUNG HILFT NUR ANTI-ETATISMUS

Die zusammenfassende These lautet: Diskriminierung geschieht systemisch, wiewohl ein gewisser intentionaler Anteil nicht völlig fehlen darf. Der intentionale Anteil kann jedoch durch die Kräfte der sozialen Selbstregulation langfristig ab-

sorbiert werden; nur systemische, d.h. politische Einflüsse können diesen Prozess stoppen.

Die sozioökonomische Analyse zeigt, dass der Staat mit der ideologischen Behauptung, einer diskriminierten Minderheit zu helfen, tatsächlich im Interesse der Rassisten die nicht-rassistischen Mitmenschen bevormundet und dass er es den etablierten Arbeitern ermöglicht, die diskriminierten Arbeiter indirekt, durch Ausschluss vom Markt, auszubeuten; also jene beiden Gruppen privilegiert. Die Ideologie, die dem Staat auch die Unterstützung (Loyalität) der Diskriminierten und ihrer politischen Fürsprecher sichert, bricht allerdings unter der brutalen Sprache der Fakten zusammen.

DIE HISTORISCHE ROLLE DES STAATES

In den Jahrzehnten nach der Prognostizierung des »Bildungsnotstandes« stand die Debatte der Schulpolitik unter dem Eindruck »voller Kassen«. Die öffentlichen Mittel für das staatliche Erziehungssystem schienen unerschöpflich zu sein. Die gegenwärtige Krise der Staatsfinanzen schafft eine neue Situation: Selbst Etatisten können nicht einfach »mehr Geld« für das Schulwesen fordern, obgleich sich alle einig sind, dass die Gesellschaft für die Zukunft nicht weniger, sondern eher mehr Aus-, Fort- und Weiterbildung benötigen wird.

Die linken Etatisten reagieren auf die von ihnen zugegebene Unmöglichkeit, höhere Haushaltspositionen für Erziehung zur Verfügung zu stellen, mit panischem Festhalten an dem erreichten Grad von Verstaatlichung. Sie werden damit zu Konservativen. Jeder Vorschlag einer noch so geringfügigen Reduzierung staatlichen Einflusses auf die Finanzierung oder Organisierung des Bildungswesens wird als »Sozialabbau« gebrandmarkt.

Die rechten Etatisten, die ehemals konservativ waren, benutzen antietatistische Argumente, um die Staatsquote *etwas* zu reduzieren. Die Diskussion wird zu einem Problem innerhalb des konservativen Lagers darüber, wie das Bestehende am besten zu erhalten sei.

Was ist das Bestehende im Bildungswesen?

Es ist eine triviale Feststellung, dass Bildungsexpansion und industrielle Revolution miteinander korrespondieren. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts war es in allen industriellen Zentren üblich geworden, dass Kinder wenigstens einige Jahre zur Schule gingen. In ländlichen Gegenden blieb dies lange anders. Die traditionellen kirchlichen und staatlichen Schulen machten nur einen kleinen Teil des gesamten Schulwesens aus. In den angelsächsischen Ländern wurde die Bildung der Arbeiter im Wesentlichen von diesen selbst organisiert und finanziert. In Preußen befanden die Institutionen sich schon mehr in Staatshand, jedoch wurden sie mit dem Schulgeld fi-

nanziert. Der Verbreitung von Bildung standen restriktive Maßnahmen des Staates entgegen, nicht Unvermögen der breiten Masse, für sie zu zahlen.

1765 verordnete z. B. ein Erlaß an die schlesischen Landräte »ohne jede Ausnahme, dass forthin kein Bauer, Kretschmer, Gärtner oder geringer Leute Kinder weiter zum Studium admittieret [zugelassen] werden sollen«.

In Preußen wurde die Zahlungskraft der Arbeiter sogar zum Garant für deren Zugang zum Gymnasium. Die Gymnasien waren darauf angewiesen, Kinder aus den »unteren Schichten« aufzunehmen, um sich überhaupt finanzieren zu können.

Aussage eines Gymnasialdirektors 1890: »Ich habe es in den letzten Jahren erreicht, dass die Schülerkategorien, die in das Gymnasium eingetreten sind, sich wesentlich verändert haben. Früher nahm ich bei der Anmeldung alles, was kam, zur Prüfung an. Da ich an einer städtischen Anstalt wirkte und das Kuratorium sagte: Wir müssen Schüler haben, das Schulgeld muss herausgebracht werden, so blieb mir nicht viel anderes übrig.«

Von der Mitte des 19. Jahrhunderts an setzte die Strategie der staatlichen Okkupation der Schule ein. Die Argumente gegen die selbstorganisierte und selbstfinanzierte Bildung lauteten, dass ihr disziplinarischer Einfluss auf die Massen zu gering sei und dass eine unglaubliche Vermischung der Schichten stattfände. Das wichtigste Instrument, um die Ziele des Staates gegen die Gesellschaft durchzusetzen, war die Scheinkostenlosigkeit. Der Schulbesuch sollte kostenlos werden. Die Finanzierung wurde über den durch das Steueraufkommen gedeckten Staatshaushalt vorgenommen. Dies implizierte drei Auswirkungen:

1. Die vom Staat unabhängig von der Akzeptanz durch die Bevölkerung finanzierte Institution konnte nun die Kinder selektieren. Es bekam nicht mehr jeder einen Platz, der zahlte, sondern nur noch der, der der Institution genehm war.
2. Die durchschnittlich längeren Ausbildungszeiten der Mit-

telschicht wurden von den Arbeitern und Bauern über die Steuern mitfinanziert. Dies ist wie ein Lottospiel mit feststehenden Gewinnern – viele zahlen, um wenigen einen großen Gewinn zu ermöglichen. Die Verteilung der Kosten und die Konzentration von Nutzen ist im Übrigen das Grundprinzip des Etatismus.

3. Die Möglichkeit, auf Alternativen zum staatlichen Schulangebot auszuweichen, wurde auf die finanzkräftige Oberschicht beschränkt. Nur ihr blieb nach Abzug der Steuern genügend finanzieller Spielraum, um für die Kinder selbstorganisierte Bildung zu ermöglichen.

Die Einführung der Scheinkostenlosigkeit hatte an den Stellen, an denen die Bevölkerung der disziplinarischen Absicht des Staates den stärksten Widerstand entgegensetzte, sogar zu zeitweiser Kontraktion der Inanspruchnahme von Schulbildung geführt. Gegen diese Tendenz richtete sich die Einführung bzw. Verschärfung von Schulpflicht.

Zwei Beispiele:

- a) In England sanken die Ausgaben für die Elementarerziehung in der Phase der Einführung von Scheinkostenlosigkeit zwischen 1852 und 1882. Damit blieb England hinter der Schulentwicklung der USA und Preußens zurück. (Allerdings lag England in der wirtschaftlichen Entwicklung weiterhin vor Preußen. Das zeigt, dass das Schulwesen nicht der bestimmende Faktor wirtschaftlicher Entwicklung ist.)
- b) Wenn man in den USA heute den wirtschaftlichen Nutzen vergleicht, den schwarze und weiße Kinder aus höherer Schulbildung ziehen, so ist der bei Schwarzen größer als bei Weißen (siehe auch S. 104). Schulisch erfolgreiche Schwarze werden nicht vom Arbeitsmarkt diskriminiert. Die Diskriminierung geschieht vorher durch die Schule.

Bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts erfuhr die durch Schulpflicht und Berechtigungswesen konstituierte staatliche Monopolschule eine schleichende und unbemerkte Expansion. Der wachsende Sektor von staatlicher Arbeitskräftenachfrage orientierte sich ausschließlich an schulischen Abschlüssen.

Immer mehr Berufe wurden mit Zugangsregeln belastet, die ebenfalls auf Zeugnissen beruhten. Die Wirtschaft schließlich überwälzte Ausbildungskosten an die Allgemeinheit, indem auch sie den Nachweis von immer längeren Schulzeiten verlangte. Auf diese Weise entstand ein fast lückenloses Berechtigungswesen, das der Schule nicht nur ein Monopol auf Bildung, sondern auch ein Monopol auf den Zugang zur Gesellschaft gewährte. Personen, die in der Schule scheiterten oder die sich ihr verweigerten, wurden zunehmend marginalisiert.

Vollzog sich in der schleichenden Bildungsexpansion nur das, was bildungspolitisch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vorgegeben worden war, entdeckte man in der Mitte des 20. Jahrhunderts das Schulwesen als brachliegendes Instrument, um wirtschaftliche und gesellschaftliche Ziele aktiv durchzusetzen. Die Schulausbildung sollte nicht nur der wirtschaftlichen Entwicklung entsprechen, sondern ihr voraus-eilen, um Wachstum zu sichern. Das Schulsystem sollte nicht nur die gesellschaftliche Wirklichkeit widerspiegeln und reproduzieren, sondern ihr eine gewünschte Richtung geben. Dazu wurde das Berechtigungswesen nun bewusst ausgebaut, um die Menschen zu zwingen, sich auf Schulabschlüsse zu konzentrieren. Die Menschen wurden aufgefordert, sich auf eine gleichsam endlose Schulzeit einzustellen, und es wurden schier unbegrenzte Mittel zur Finanzierung in Aussicht gestellt.

BILDUNG UND SCHEINKOSTENLOSIGKEIT

Bildungsexpansion ist nicht, wie konservative Bildungspolitiker gern unterstellen, eine reine Wirkung ideologisch motivierter Bildungswerbung. Dies zu behaupten, verkennt aus allzu fadenscheinigen Gründen die objektiven Gründe für die Bildungsexpansion. Der wirtschaftliche Bedarf an (und die individuelle Nachfrage nach) Bildung steigt selbstverständlich mit der komplexer werdenden Technisierung der Arbeitswelt und des Lebensalltags. Es ist allerdings sehr wohl die Frage, ob das Ausmaß der Bildungsexpansion und die Art, in der sie sich institutionalisiert hat, dem Bedarf der Menschen und ih-

rer Wirtschaft entspricht. Die Inanspruchnahme von Bildung gestaltet sich nach dem Niskanen-Theorem unter der Fiktion eines Zero-Preises: Da die Inanspruchnahme und ihr Kostenfaktor organisatorisch voneinander getrennt sind, fragen die Individuen die Bildung nach, als sei sie kostenlos. Es entsteht das Phänomen, das ich »Scheinkostenlosigkeit« nenne: Für die Individuen scheint ein Gut – in diesem Fall Bildung – kostenlos zu sein. Sie fragen es nach wie Freibier. In Wirklichkeit aber kostet das Gut etwas ~ jeder, der eine Fete mit Freibier organisiert hat, weiß dies. Die Nachfrage überschreitet dann leicht die Finanzierungsmöglichkeit. Wenn die Grenze des Finanzierbaren erreicht ist, wird der Ausschank des Bieres eingestellt. Analog entstehen bei scheinkostenlosen öffentlichen Gütern Überfüllung der Schulen und Hochschulen, Mangel an Kindergartenplätzen, Verkehrsstaus und dergleichen.

Bildung ist in der Tat nicht kostenlos. Der ökonomische Sinn der staatlichen Finanzierung von Bildung ist es, die Kosten zu verteilen und den Nutzen zu konzentrieren. Deshalb wirkt die Bildungsexpansion kontraproduktiv. (Es ergibt sich die Situation, wie wenn beim Lotto die Zahl der Gewinner erhöht werden sollte. Dies würde zu einer Steigerung der Einsätze und zu einer Reduzierung des möglichen Nettogewinns für den Einzelnen führen.)

Da der Etatismus zur eigenen Rechtfertigung darauf angewiesen ist, seine Leistungen für die zuvor ausgebeuteten Menschen zu steigern, ergibt sich ein tendenzieller Fall seiner Profitrate. Die herrschende Klasse muss ihren Ausbeutungsgewinn – aus Steuern, Inflation und anderen direkten oder indirekten Staatseinnahmen – mit mehr Nutznießern teilen, so dass pro Kopf der Begünstigten weniger übrig bleibt. Dieser Tendenz kann er so lange durch Steuererhöhungen entkommen, bis der Punkt auf der Laffer-Kurve erreicht ist, an dem die Wertabschöpfung zu Haushaltseinbrüchen führt: Die Erhöhung der Abschöpfung resultiert nicht in Mehreinnahmen, sondern wegen ihrer kontraproduktiven Wirkung in Minder-einnahmen.

Aufgrund der selbst geschaffenen Finanzkrise fordern

konservative Bildungspolitiker, zu einer Situation zurückzukehren, in der weniger Kinder zu weiterführenden Schulen zugelassen und in der die Eltern verstärkt an den Kosten der Schulbildung beteiligt werden. Diese scheinbare Entstaatlichung bezieht sich auf eine Verringerung der Staatsausgaben unter Beibehaltung und Verschärfung repressiver staatlicher Maßnahmen. Es gibt keine Steuersenkung. Es gibt keinen Abbau, sondern einen Ausbau des Berechtigungs- und Selektionswesens. Es gibt keine Reduzierung, sondern gegebenenfalls eine Verschärfung der Staatsaufsicht über das Schulwesen. Es gibt nicht mehr Vielfalt und Experimentierfreiheit, sondern mehr Vereinheitlichung.

PERSPEKTIVEN DER ENTSTAATLICHUNG

Die Linken sorgen sich in ihrem verzweifelten Festhalten an etatistischen Bildungskonzeptionen um die Sicherung der »Grundversorgung« der Bevölkerung mit gesellschaftlich notwendiger Bildung. Bevor jedoch begründet darüber gesprochen werden kann, wieviel Bildung gesellschaftlich notwendig ist, müsste sauber unterschieden werden zwischen inhaltlicher und struktureller Nachfrage nach Bildung.

- Eine inhaltliche Nachfrage liegt vor, wenn ein Individuum sich Bildung entweder um ihrer selbst willen oder als intrinsische Voraussetzung für einen erstrebten Beruf aneignen will.
- Strukturell ist die Nachfrage, wenn mit einem Abschluss der Zugang zu einem bestimmten Beruf oder zu einem allgemein höheren Sozialstatus erreicht werden soll, ohne dass die mit ihm verbundenen Bildungsinhalte sachlich notwendig oder subjektiv wünschenswert wären. So könnte sich herausstellen, dass eine Analyse des Berufs »Zahnarzt« ergibt, dieser Beruf könne auch in einer Lehre und ohne zweite Fremdsprache und ohne höhere Mathematik erlernt werden.

Damit soll nicht einer strikten Reduktion aller Bildung auf wirtschaftlich verwertbare Inhalte das Wort geredet werden. Subjektiv wünschenswerte, zweckfreie Bildung ist auch ge-

sellschaftlich notwendig, sofern die Gesellschaft das Interesse ihrer Mitglieder in sich aufnimmt und nicht bloß einer seelenlosen Produktionsmaschinerie gleichen will. Freilich ist es unsinnig, Individuen durch das Berechtigungswesen Bildung aufzuzwingen und damit sowohl Lebenszeit und Ressourcen der Individuen als auch Engagement und Ressourcen der Gesellschaft zu verschwenden.

Der Abbau des Berechtigungswesens würde nicht nur die Kosten des Bildungswesens reduzieren, sondern er könnte durchaus überdies die Chancengleichheit fördern. Bekanntermaßen selektiert auch ein Gesamtschulsystem schichtenspezifisch: Es gibt junge Menschen, die aufgrund ihres kulturellen oder individuellen Hintergrundes keinen Erfolg in der Schule haben. Diese Gruppe von Menschen, die in allen entwickelten Industriegesellschaften ungefähr ein Drittel der Bevölkerung ausmacht, gerät um so mehr ins Hintertreffen, je stärker der Zugang zum gesellschaftlichen und produktiven Leben durch die Schule monopolisiert wird.

Die Zukunft eines sowohl kostengünstigen als auch bedarfsgerechten Bildungswesens liegt darin, dass wieder verschiedene Wege geöffnet werden. Die Schule müsste erst noch in der Konkurrenz mit der Lehre, mit dem »training on the job«, mit »learning by doing«, mit Privatlehrern und Autodidaktik beweisen, wie effektiv sie für wie viele Menschen ist. Eine solche Konkurrenz setzt voraus, dass die verschiedenen Wege des Zugangs zur Erwachsenenwelt unter gleichen Bedingungen antreten. Schulpflicht und Berechtigungswesen bevorzugen die Institution und marginalisieren die Verweigerer schulischer Vermittlungsformen.

Damit ist ein Thema angesprochen, das sich durchaus einiger Beliebtheit sowohl unter konservativen als auch – neuerdings – unter linken Bildungspolitikern erfreut. Sie sprechen davon, dass die berufliche Bildung gegenüber Studium und Universität »wieder attraktiver« gemacht werden müsste. Beide wollen auf diese Weise das Gymnasium und die Staatskassen entlasten, um die überkommenen Strukturen des Bildungswesens zu stabilisieren. Für die Konservativen ist es

leicht, dies mit ihrer seit langem widerlegten, aber dennoch gebetsmühlenartig wiederholten Anthropologie der Begabung zu rechtfertigen. Bei den Linken, die in den 1970er Jahren alles daran gesetzt haben, die betriebliche Berufsbildung durch Verschulung zu ersetzen, ist die Rede von der attraktiven Gestaltung der Berufsbildung schlicht Kennzeichen ihrer konservativen Wende. Ihnen scheint es sicherer, die bildungspolitischen Uhren ein paar Jahre zurückzustellen, als über neue Wege nachzudenken und dabei den Staat in Frage zu stellen.

Meine Analyse ergibt jedoch, dass alle Versuche, die berufliche Bildung »wieder« attraktiver zu machen, scheitern müssen, wenn sie nicht das Berechtigungswesen zurückdrängen. Solange der Sozialstatus und der Zugang zu begehrten Berufen an schulische und universitäre Abschlüsse gebunden bleibt, kann eine andere Form der Ausbildung nie attraktiv sein - sie kann dann nur durch gnadenlose Auslese erzwungen werden. In diesem Sinne war sie auch nie attraktiv, sondern für weite Schichten bloß ohne erreichbare Alternative. Schon der ständige Gebrauch des Wortes »wieder« im Zusammenhang der Attraktivität der Berufsbildung ist eine Verschleierung.

In einem Sklavenhalter-Staat, in welchem ein Gesetz die körperliche Züchtigung von Sklaven verbietet, die Abschaffung dieses Gesetzes als »Deregulierung« oder gar »Entstaatlichung« zu bezeichnen, wäre offensichtlich ideologisch. Das besagte Gesetz mildert nur vorgängiges staatliches Unrecht. Die Milderung abzuschaffen, reduziert nicht den Staat, sondern steigert seine Repressivität. In dieser Weise funktionieren auch bestimmte Teile des Wohlfahrtsstaates. Manche Maßnahmen der Wohlfahrt – beileibe nicht alle – mildern die verarmenden Folgen der Staatstätigkeit. In Deutschland wird alles in allem jedem Verdiener mindestens die Hälfte seiner »Früchte der Arbeit« durch direkte und indirekte Steuern, Inflation und Abgaben abgenommen. Denjenigen, deren Einkommen dadurch unter die Armutsgrenze sinkt oder deren Grenzproduktivität dadurch unter die Reproduktionskosten fällt (und die darum arbeitslos werden), bekommen ein wenig zurück, um sie oder ihre Umgebung ruhig zu halten und um

den Eindruck zu erzeugen, »Vater Staat« kümmere sich um ihr Wohlergehen. Dieses »Zurückgeben« einzuschränken, baut nicht Staat ab, sondern macht seine Ausbeutung ökonomisch attraktiver, aber sozial gefährlicher.

Wenn die Konservativen unter der Prämisse »other things being equal« die an sich unsoziale Allgemeinheit der Bildung angreifen, spielen sie indirekt den linken Etatisten in die Hände. Denn die Folge ist dann in der Tat, dass Bildung zum Privileg verkommt. Alle bezahlen mit ihren Steuern die Schule; ein Selektionsverfahren, von dem feststeht, dass es schichten-spezifisch ist, wählt diejenigen aus, die sie in Anspruch nehmen können. Andere, außerschulische Wege zu Status oder begehrten, interessanten Berufen sind durch das Berechtigungswesen versperrt: Die enttäuschten Menschen wenden sich vom ideologischen »Anti«-Etatismus der Konservativen ab und den Linken zu. Die Ideologie der Linken verhält sich entsprechend: Sie produziert Erwartungen, die enttäuscht werden müssen. In der dann folgenden erneuten Rückwendung zu konservativen Politikmustern finden die Menschen auch keine Heilung, und der Zyklus geht von vorn los. Auf diese Weise stabilisiert sich das politische System des demokratischen Etatismus so lange, bis es wirtschaftlich versagt.

Entstaatlichung des Bildungswesens, die nicht etatistische Ideologie transportieren soll, muss zwingend eine Reduktion der öffentlichen Ausgaben für Bildung und den Abbau des Berechtigungswesens beinhalten. Alle anderen Lösungsvorschläge bereiten die Restaatlichung vor.

Paul Goodman verwies gelegentlich darauf, dass die moderne Gesellschaft die Menschen Veränderungen unterworfen habe, die weit tiefer in ihre Lebensumstände eingreifen als alles, was »Utopisten« je an Reformen vorgeschlagen haben. Damit wies er aber nicht nur solche konservative Kritik an radikalen Lösungsvorschlägen zurück, die behauptete, man könne den Menschen keine großen Veränderungen zumuten, sondern mahnte selbst konservativ zur Vorsicht. Die Humanität der Reformen muss sich auch darin spiegeln, dass sie die Menschen gerade nicht rigorosen Wandlungen aussetzen.

Der Staat beschleunigt die Intensität und die Variabilität seiner Eingriffe ins Leben. Die Finanzgesetzgebung ist inzwischen nicht nur für den einfachen Steuerzahler, sondern sogar für die Zunft der professionellen Steuerberater undurchsichtig. Ein Kind kann die Schule kaum noch ohne professionellen juristischen und psychologischen Beistand durchlaufen. Verkaufen und Kaufen, Arbeit geben und Arbeit nehmen, Vermieten und Mieten, ein Geschäft eröffnen, ein Haus bauen, ja sogar über die Straße gehen oder Musik hören ist mit jeweils so vielen Gesetzen belegt, dass die ständige Gefahr besteht, eines davon zu brechen.

Experimente im Bildungsbereich vergrößern in der Regel jenes Spinnennetz, das die Gesetze Balzac zufolge sind. Dies gilt auch dann, wenn es sich um ein Experiment mit »Entstaatlichung« handelt. Ein neuer Versuch in Milwaukee, USA, mit Bildungsgutscheinen erstreckt sich beispielsweise auf Familien, deren Einkommen nicht mehr als 1,75 mal größer als die nationale Armutsgrenze ist. Es liegt auf der Hand, dass ohne die Mithilfe eines speziellen Beraters niemand den Antrag auf einen Bildungsgutschein stellen kann.

Es ist keine Reform des Bildungswesens sinnvoll, die sich nicht ausschließlich darauf beschränkt, solchen Menschen Veränderungsmöglichkeiten zu bieten, die Veränderung wünschen und die so einfach ist, dass sie jeder ohne Konsultation seines Juristen verstehen kann. Besser noch lässt man alles beim Alten, als die guten Ideen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit dem Chaos der staatlichen Regelungswut auszusetzen.

DER LOHN DER ARBEIT

Arbeit im ökonomischen Sinne ist jede Tätigkeit, die durch Produktion für den eigenen Bedarf oder für einen Tausch den Lebensunterhalt des Arbeitenden sichert. Wodurch die Arbeit im Tausch ihren Wert erhält, ist lange Zeit eine Frage der politischen Ökonomie gewesen.

Einzig die Antwort von Ludwig von Mises war systematisch überzeugend – nämlich, dass Arbeit als »unangenehm« abgelehnt würde und nur durch die Kompensation mit Geld (oder, im Falle der Produktion für den eigenen Bedarf: mit dem zu erwartenden Arbeitsergebnis) jemand zum Arbeiten gereizt werden könnte.

Aber diese Antwort widerspricht der Beobachtung, weil oft angenehme, weniger entfremdete Arbeit höher bezahlt wird als stupide Maloche. Eine vollständige Antwort bedarf einer Differenzierung: Der Grad der »Unangenehmheit« einer Arbeit ist nur einer der wertbildenden Faktoren, nämlich von dem Verkäufer von Arbeitskraft her gesehen. Allerdings hat auch eine Tätigkeit, die jemandem großen Spaß macht (etwa Sportunterricht einem jugendbewegten Lehrer), ihren Preis; denn würde sie nicht entlohnt, müsste eine andere, eventuell auch weniger Freude bereitende, aber den Unterhalt sichernde Arbeit gesucht werden. Es ist also auch die reine Zeit, die einen Preis hat. Bei Tätigkeiten, die eine lange Ausbildungszeit erfordern, muss darum der Jahre später zu erwartende Lohn die Möglichkeit aufwiegen, weniger sofort zu verdienen. Der Käufer von Arbeitskraft kalkuliert mit zwei ganz anderen Größen: einmal dem Preis des Produkts, das mit der gekauften Arbeitskraft hergestellt werden kann, und zum anderen der Knappheit bzw. dem Überschuss an der von ihm gebrauchten, spezifisch qualifizierten Arbeitskraft. Darüber hinaus sichert er sich durch den Lohn Kontinuität: Der Sportlehrer beispielsweise muss seinen Unterricht auch abhalten, wenn er gerade nicht übermäßige Lust dazu verspürt.

Ökonomisch gesehen bildet Arbeit zusammen mit Land

(wozu auch alle Rohstoffe und Nutztiere gehören) die beiden Faktoren, auf die alle Produktion zurückgeführt werden kann. Der Mechanismus der Preisbildung für Arbeit ist also primär zu klären. Die Arbeitswertlehre von Karl Marx versagt. Die Vorstellung, der Preis der Arbeit sei der Preis der zur Reproduktion benötigten Waren, ist so unhaltbar wie diejenige, der gerechte Preis eines Produkts sei die Summe der zu seiner Herstellung benötigten Mittel.

In beiden Fällen nämlich müsste der Preis der Waren bereits vorgegeben sein. Dies ist betriebswirtschaftlich gesehen tatsächlich so; allerdings ist betriebswirtschaftlich gesehen sowohl der Preis der benötigten Waren, einschließlich der Preis der Arbeit, als auch der Verkaufspreis vorgegeben. Daraus folgt, dass eine Gesamtsumme von Löhnen und Ressourcenkosten, die über dem marktgegebenen Verkaufspreis liegt, die Produktion einer Ware verhindert. Also ist der Mechanismus der Preisbildung nicht erklärt, sondern vorausgesetzt.

DIE SUBJEKTIVE PREISTHEORIE

Es gibt keinen »objektiven« oder »gerechten« Preis, weder für eine Ware noch für Arbeit. Die befriedigende Erklärung des Preisbildungsmechanismus' für alle Waren, eingeschlossen die Arbeitskraft, ist die von der österreichischen Ökonomie vorgenommene Rückführung auf Markthandeln. Die Wünsche von Verkäufer und Käufer werden durch den Prozess des Aushandelns auf einen Punkt gebracht oder es findet kein Tausch statt; dann gibt es allerdings auch keinen Preis, sondern weiter zwei unterschiedliche, nicht realisierte Preiswünsche. In einer komplexen arbeitsteiligen Geldwirtschaft geschieht das Aushandeln jedoch nur selten im direkten Kontakt zwischen einem Verkäufer und einem Käufer, sondern im Allgemeinen durch die in einer Gesamtsumme akkumulierte Nachfrage aller Käufer nach einer Ware und durch die Konkurrenz der Anbieter um die größere Stückzahl, d. h. bei gegebener Nachfragesumme geringerer Stückpreis. Diese Erklärung des Preisbildungsmechanismus wird »subjektive Theorie der Preisbildung« genannt.

Ist dieser Mechanismus tatsächlich universell? Oder könnte (würde) der »Verein freier Menschen«, wie Marx ihn sich vorstellte, eine andere Regelung treffen? Die berühmte Geschichte von B. Traven, in der er von einem Indianer berichtet, der mit dem Stückpreis für Bastkörbchen heraufging, als er mit einem Massenauftrag eines Weißen konfrontiert wurde, wird manchmal angeführt, um zu zeigen, dass der Preisbildungsmechanismus kulturabhängig sei. Dies kann die Geschichte jedoch nur dann zeigen, solange wir uns in der Analyse auf rein monetäre Basis beschränken. Der Indianer erarbeitete seinen Lebensunterhalt nicht durch Flechten von Bastkörbchen, das ihm Spaß machte und in das er künstlerischen Ehrgeiz legte. Sein Preis war so berechnet, dass er neuen Bast für weitere Körbchen kaufen konnte. Um eine Massennachfrage zu befriedigen, hätte er Arbeit liegen lassen müssen, hätte ihm das Flechten keinen Spaß mehr gemacht, hätte er seinen künstlerischen Neigungen nicht mehr nachgehen können. Als Kompensation für diese Nachteile verlangte er einen höheren Geldlohn. Weit entfernt, die subjektive Theorie der Preisbildung zu entkräften, illustriert Travens Geschichte sie auf amüsante Weise. Sie warnt darüberhinaus vor dem Fehler vieler Ökonomen, den Geldlohn als für sich stehende Größe zu sehen und die Interdependenz zwischen Geldlohn, psychischen Faktoren und Zeit zu vernachlässigen.

IST DER TAUSCHWERT UNMORALISCH?

Die Tatsache, dass ein Gegenstand überhaupt einen Preis, d. h. einen Tauschwert hat, wird von der marxistischen Ökonomie kritisiert. Im Anfang des ersten Kapitalbandes heißt es:

»Als Gebrauchswerte sind die Waren vor allem verschiedener Qualität, als Tauschwerte können sie nur verschiedener Quantität sein, enthalten also kein Atom Gebrauchswert« (MEW, Band 23, S. 92).

In Wahrheit ist der Tauschwert nichts denn der soziale Ausdruck von Gebrauchswerten. Den Tauschwert zu negieren, be-

deutet die Gesellschaft zu negieren. Tritt ein Mensch einzeln der Natur und seiner Arbeit gegenüber, gibt es nur Gebrauchswert: diese Früchte kann ich essen; diesen Stock kann ich gebrauchen; dieses Dach, das ich fertige, schützt mich vor Regen. Schon beim sozialen Zusammenhang zweier Menschen entsteht ein Tauschwert: Die einen Früchte schmecken mir besser, die anderen dir – wir tauschen sie; ich baue, weil ich es besser kann (oder weil es bei mir schneller geht), zwei Dächer und du sammelst für mich Früchte – für mich ist das zweite Dach kein Gebrauchswert. Wenn sich der Tauschwert nicht gegen den Gebrauchswert abheben sollte, müsste unter den Menschen eine einheitliche Skala von Gebrauchswerten existieren. Objektiv fiel dann allerdings nur der Gebrauchswert jedes Einzelnen mit seinem sozialen Ausdruck, dem Tauschwert, zusammen. Einem nachlässigen Beobachter könnte es in diesem Falle so erscheinen, als gäbe es gar keinen Tauschwert. So wird die Formulierung von Marx zur Grundlage totalitärer Praxis: Die gemeinsame Skala von Gebrauchswerten soll erzwungen werden, um auf diese Weise ein *scheinbares* Verschwinden des Tauschwerts zu erreichen.

Die subjektive Theorie der Preisbildung legt das Wirtschaften nicht auf Lohnarbeit oder eine Lohnhierarchie fest. Ein Betrieb kann durchaus etwa gleichen Lohn für alle zahlen oder einen anderen, kollektivistischen Verteilungsschlüssel benutzen, z. B. die Kopfzahl der Familie oder die Arbeitszeit. Alle, die in einem solchen Betrieb arbeiten, werten die gewählte Form und die damit zusammenhängenden erwarteten sozialen und psychischen Vorteile höher als einen eventuellen Mehrverdienst in einem Betrieb mit Lohnhierarchie. Solange allerdings nicht alle Bedürfnisse der Mitarbeiter befriedigt werden können, muss es irgend einen Verteilungsschlüssel geben. Dieser braucht jedoch nicht formalisiert zu sein. Eine Arbeitergruppe, in der ein solcher Grad an gegenseitiger Verbundenheit, Vertrautheit und Verantwortung besteht, dass keiner in einer die Anderen schädigenden Weise zulangt, kann durchaus ein kommunistisches Prinzip des »Nehmens nach dem Bedürfnis (unter Einschränkung des Möglichen)« einführen.

Dies widerspricht der subjektiven Theorie der Preisbildung nicht, auch wenn dadurch in bestimmten Bereichen keine festen und offen zutage tretenden Preise zustande kommen.

Jedoch besagt die subjektive Theorie der Preisbildung, dass jede Form von kollektivistischer oder kommunistischer inner- oder zwischenbetrieblicher Verteilung freiwillig sein muss. Wird sie erzwungen, stellt sich ohne Ausnahme der individualistische Mechanismus inoffiziell wieder ein; allerdings unter erschwerten Bedingungen, die zu bestimmten, sozial negativen Erscheinungen führen.

Der individualistische Mechanismus setzt sich in einer erzwungen kollektivistischen oder kommunistischen Gemeinschaft auf folgende Weise durch: Diejenigen, die sich unterbezahlt fühlen, werden ihre Arbeitsleistung so weit reduzieren, bis sie sich angemessen entlohnt sehen. Wenn die Länge der Arbeitszeit polizeilich überwacht wird, werden andere Formen bewusster oder unbewusster Einschränkung der Intelligenz, Kreativität und Intensivität entwickelt. Dann kann die dadurch freigesetzte Arbeitsleistung in Schwarzarbeit nach Feierabend gesteckt werden. Schließlich wird auf den unteren Ebenen die offiziell verlangte Gleichheit unterlaufen, wenn etwa eine Firma spezielle Formen von zusätzlicher Entlohnung für besondere Leistungen findet, um ihr Planziel zu erreichen. Bei fehlender Identifikation der Menschen mit der offiziellen Gemeinschaft werden darüberhinaus alle für jeden kostenlos zugänglichen Güter verantwortungslos überbeansprucht oder gar vandalisiert. Die Antwort kann nur entweder die polizeiliche Überwachung sein oder in der Erhebung einer Gebühr bestehen.

Da das inoffizielle oder halboffizielle System von Anreizen nicht nur nach dem Prinzip größerer Leistung arbeitet, sondern auch nach dem der Bürokratie, Korruption und Vetternwirtschaft, wird das Ziel größerer Effizienz nur durch erneute Verschwendung erreicht. Auf dem inoffiziellen Markt, dem so genannten Schwatzmarkt, müssen Waren nicht nur nach ihrer Güte bezahlt werden, sondern auch nach dem Risiko, das der Hersteller und der Verkäufer hat. Dadurch sind Produzenten

nicht vornehmlich durch die Qualität ihrer Waren erfolgreich, sondern durch ihr »kriminelles« Geschick. So gelangen schlechte, ja schädliche Waren in Umlauf. Schließlich führt die ständige polizeiliche Aufsicht zu Misstrauen und Entsolidarisierung in der Bevölkerung, was eingedeihliches, produktives und kreatives Arbeiten behindert.

Zum Schluss noch der Hinweis, dass nach der subjektiven Theorie der Preisbildung ein erzwungener Individualismus nicht weniger abzulehnen ist als erzwungener Sozialismus; etwa wenn durch Gesetze oder andere offizielle Strukturen sozialistisches Produzieren und Konsumieren verboten oder behindert wird. Ein solches Beispiel stellt die weiter vorne erwähnte, in Frankreich verbotene, »Volksbank« von Proudhon dar.

WIE FREIWILLIG IST ARBEITSLOSIGKEIT?

In einer freien Gesellschaft, in der jeder nach seiner eigenen Entscheidung individualistisch, kollektivistisch oder kommunistisch produzieren kann und in der der Konsum durch die Wahl der Individuen oder freiwilligen Gruppen gesteuert wird, gibt es auch nur eine gleichsam freiwillige Arbeitslosigkeit. Welche Schicksalsschläge einen Menschen auch treffen, durch welche Veränderungen der Nachfrage auch bestimmte Arbeiten nicht mehr benötigt werden, immer kann er durch Unterbieten seine Arbeitskraft verkaufen, wenn er nicht in einer solidarischen Gemeinschaft auf andere Weise unterstützt wird. Die Arbeitskraft, wiewohl sie als qualifizierte relativ spezifisch ist (ein Versicherungskaufmann wird nicht ohne zwischenzeitliche Ausbildung in der Lage sein, Schreinerarbeiten zu übernehmen), ist als unqualifizierte fast völlig unspezifisch, also praktisch universell konkurrenzfähig. Freiwillige Arbeitslosigkeit, bei der sich ein Mensch nicht mit einer eventuellen Dequalifizierung zufrieden geben oder durch die er nicht zum Lohndrucker werden will, ist eine Sache der Versicherung.

Um zu zeigen, dass die freiwillige Arbeitslosigkeit in der freien Gesellschaft Armut ausschließt, muss gefragt werden,

- ob der Lohn durch den Konkurrenzdruck unter das Existenzminimum sinken kann,
- was in der freien Gesellschaft passiert, wenn der Lohn tatsächlich unter das Existenzminimum sinkt,
- und was mit denen passiert, die aufgrund körperlicher oder geistiger Gebrechen nicht arbeiten können.

Wenn der Preis einer Ware unter die (Re-)Produktionskosten sinkt, wird ihre Herstellung zu recht eingestellt. Die Konsumenten wünschen dann eine andere Verwendung der so freigesetzten Ressourcen. Diese Argumentation ist bei der Ware Arbeitskraft nicht oder doch nur in eingeschränktem Sinne möglich. Es kann Arbeitskraft vom Markt verschwinden, etwa indem Zweitverdiener einer Familie die Arbeit freiwillig aufgeben oder bei Kündigung keine neue Stelle suchen. Umgekehrt geschieht es bei Knappheit von Arbeitskräften, dass Menschen, die vorher nicht für Lohn gearbeitet haben, durch hohe Gehälter angelockt, Arbeit annehmen. Doch diese Plastizität ist begrenzt. So besehen wäre es denkbar, dass der Lohn für eine bestimmte Gruppe von Menschen unter das Existenzminimum, die Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft sinkt. Da Niemand für einen Lohn unterhalb des Existenzminimums arbeitet, entsteht Arbeitslosigkeit, die nur noch zynisch als freiwillig bezeichnet werden dürfte.

Eine solche Situation tritt ein, wenn entweder objektive Knappheit an Ressourcen besteht, aus denen mit Arbeit lebensnotwendige oder tauschfähige Produkte hergestellt werden können, oder ein Sinken des Grenznutzens der unqualifizierten bzw. einer spezifisch qualifizierten Arbeit unter das Existenzminimum vorliegt (so die betreffenden Menschen sich nicht irgendwie qualifizieren bzw. nicht umorientieren können). Da die Nachfrage nach Subsistenz nicht plastisch ist und demnach für Subsistenz jeder Preis, ausgenommen Tod und schwere gesundheitliche Schädigung, bezahlt wird, kommt eine Gefährdung des Existenzlohns in der freien Gesellschaft für psychisch und physisch einigermaßen gesunde Menschen nicht in Frage. Allerdings könnte es eine solche Gefährdung für nicht gesunde oder alte Menschen geben, die sich

schwerer an Veränderungen anpassen können. »In diesem Falle«, schreibt Murray Rothbard, »können sie nur überleben, wenn sie von denen, die Löhne über dem Existenzminimum beziehen, unterstützt werden.«

Rothbards Formulierung muss denen unmenschlich erscheinen, die in Begriffen eines Anspruchs an den Staat zu denken gewohnt sind. Sie vergessen, dass die Formulierung, so brutal sie klingen mag, immer wahr bleibt: Auch staatliche Sozialleistungen müssen erarbeitet und denen, die mehr als ihre Subsistenz verdient haben, abgenommen worden sein.

Gehen wir von einem kommunistischen Kollektiv aus. Es umfasst 100 Personen. Das gemeinsam Erwirtschaftete wird gleichmäßig verteilt. Sagen wir, es handelte sich hierbei um ein bäuerliches Kollektiv, das 100 kg Kartoffeln pro Kopf im Monat verteilen kann. Geld brauchen wir in diesem Zusammenhang auch nicht.

Jetzt wird in dem Kollektiv aus irgendwelchen Gründen (schlechte Ernte, Krankheit etc.) 10% weniger erwirtschaftet. Nun kann das Kollektiv entscheiden, entweder allen 10% weniger, d.h. nur 90 kg Kartoffeln zu geben oder den alten »Lohn«, nämlich 100 kg, den aber nur an 90 Mitglieder. Dafür müssten allerdings diese 90 Mitglieder so viel arbeiten wie die 100 vorher, also über 10% mehr.

Erste Aussage der Ökonomie der Freiheit: Arbeitslosigkeit hängt ausschließlich vom Lohnniveau ab. Diese Aussage ist unabhängig vom Wirtschaftssystem!

Nun könnte statt einer 10% igen Senkung der Produktivität eine 10% ige Besteuerung von einem außerhalb des Kollektivs stehenden Staat vorgenommen werden. Die Entscheidungsmöglichkeiten wären die gleichen. Aber die Ursache wäre eine andere.

Zweite Aussage der Ökonomie der Freiheit: Das Lohnniveau hängt von der Produktivität ab – minus der Zwangsabzüge durch den nichtproduktiven Faktor des Staates. Auch diese Aussage gilt für alle Wirtschaftsformen.

Wenden wir uns nun den eventuell im Kollektiv entstehenden zehn Arbeitslosen zu.

Was sie tun werden oder tun können, hängt stark von den Rahmenbedingungen ab:

1. Die Kollektivmitglieder sind jeweils Eigentümer ihres Stückes Land. Sie haben sich freiwillig zum Kollektiv zusammengeschlossen und können austreten, ohne dass sie die Gewalt der Anderen fürchten müssen. Die zehn, die leer ausgehen sollen, werden aus dem Kollektiv austreten und ihr Stück Land selbst bewirtschaften. Moral von der Geschichte: Eigentum schützt, wie Proudhon sagte, vor Übergriffen des Kollektivs.
2. Das Kollektiv ist Eigentümer des Landes, über das demokratisch verfügt wird. Die zehn Arbeitslosen werden überstimmt. Aber das Kollektiv hat keine Macht, die Mitglieder zur Mitgliedschaft zu zwingen. Die Arbeitslosen werden austreten und versuchen, sich auf andere Weise Arbeit zu verschaffen. Moral von der Geschichte: »Eigentum an sich selbst« (Selbstbestimmung) und Austrittsrecht schützen, wie Rothbard sagte, vor Übergriffen des Kollektivs.
3. Wie kann das Kollektiv verhindern, dass die zehn Arbeitslosen austreten und sich andere Arbeit suchen bzw. schaffen? Die Geschichte des Staates kennt da viele Möglichkeiten: Man kann den Leuten verbieten, wegzuziehen. Man kann ihnen verbieten, andere Berufe auszuüben. Man kann von ihnen so viel Steuern verlangen, dass es sich für sie nicht lohnt, zu arbeiten. Man kann ihnen dann eine »Arbeitslosenunterstützung« anbieten, damit sie nicht rebellieren. (Nach einiger Zeit finden sie es dann vielleicht sogar gut, für Nichtstun dennoch »Lohn« zu bekommen.) Moral von der Geschichte: Arbeitslosigkeit lässt sich nur aufrecht erhalten durch Zwangsmaßnahmen. Sie kann nicht durch »freie Vereinbarung« entstehen.

Gehen wir noch einmal zu Möglichkeit 2: Die zehn Arbeitslosen würden sich andere Arbeit suchen, habe ich gesagt. Marxistisch geschulte Ökonomen wenden ein, das ginge nicht, weil es eine Klasse von Besitzern der Produktionsmittel gäbe. Schon dem anarchistischen (und sozialistischen) Ökonomen Proudhon hat das marxistische Argument nicht eingeleuchtet.

Denn Produktionsmittel lassen sich ja schaffen. Und wenn Menschen bereit sind zu arbeiten und wenn sie etwas arbeiten, das für andere nützlich ist, lassen sich Produktionsmittel z. B. auf dem Kreditwege finanzieren. Um das Monopol auf die Produktionsmittel aufrecht erhalten zu können, benötigen die Besitzer von Produktionsmitteln den Staat. Damit sind wir bei Möglichkeit 3.

Dritte Aussage der Ökonomie der Freiheit: Arbeitslosigkeit ist auf Dauer nur innerhalb von staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft möglich.

LOHNARBEIT UND FREIWILLIGKEIT

Manche freiheitliche Ökonomen sind übrigens der Meinung, auf dem echten anarchischen Markt würde sich überhaupt keine lohnabhängige Beschäftigung entwickeln, alle Arbeit wäre durch »Selbständige« organisiert. Meine eigene Erfahrung ist jedoch, dass es viele Menschen gibt, die gar keine Selbständigkeit wollen, sondern viel lieber unter der Verantwortung eines Arbeitgebers arbeiten. Dies ist eine persönliche Wertentscheidung. Es geht niemanden etwas an, wie sich jemand entscheidet. Die Anarchie ist offen für alle Wirtschaftsformen, solange sie freiwillig sind.

Noch ein Kapitel in der Geschichte unseres Kollektivs: Es gibt da eine junge Agrarwissenschaftlerin, die Entdeckungen gemacht hat, mit denen man die Produktion um 10% steigern kann. Das Kollektiv ist bestrebt, sie für die Mitarbeit zu gewinnen. Es würden sich dann bei gleichmäßiger Verteilung ca. 109 kg Kartoffeln pro Kopf ergeben (es wären ja 101 Kollektivmitglieder). Sie verlangt jedoch 400 kg Kartoffeln für sich. Die übrigen 100 Kollektivmitglieder würden 106 kg Kartoffeln erhalten.

Die Frage ist: Will das Kollektiv auf die Steigerung von gut 5% für jeden um des Grundsatzes der Gleichheit verzichten oder nicht? Wiederum ist dies eine Wertentscheidung, die niemand für einen anderen fällen darf.

Vierte Aussage der Ökonomie der Freiheit: Einkommensunterschiede können Folgen von »freier Vereinbarung« sein,

sie müssen nicht auf Monopol oder Zwang beruhen. Sie können jedoch auch auf Monopol oder Zwang beruhen, z. B.: Es könnte dem Kollektiv vom Staat vorgeschrieben werden, Agrarwissenschaftler zu beschäftigen. Der Staat könnte die Ausbildung von Agrarwissenschaftlern künstlich begrenzen. Und er könnte für Agrarwissenschaftler ein bestimmtes Lohnniveau vorschreiben. (Alles dies tut der Staat ja auch.)

Mögliche Folgen: Man könnte für die Agrarwissenschaftler einen Lohn von 600 kg Kartoffeln vorschreiben (Lohn für die anderen dann: 104 kg). Man könnte vorschreiben, dass jedes Kollektiv *zwei* solcher Agrarwissenschaftler einstellt (Lohn für die anderen dann: 98 kg, also weniger als vorher – das würde ja niemand freiwillig entscheiden!). Es könnte auch Vorschrift sein, einen Agrarwissenschaftler einzustellen, selbst wenn er nicht zur Produktionssteigerung beiträgt...

Fünfte Aussage der Ökonomie der Freiheit: Viele krasse Einkommensunterschiede sind Folgen nicht vom Markt (der eine eher ausgleichende Wirkung hat), sondern von staatlichen Eingriffen.

Schlussfolgerung: Arbeitslosigkeit und das Gefühl, von einem Arbeitgeber abhängig und gleichsam sein »Sklave« zu sein, sind nicht Folgen von freiem Markt und Kapitalismus, sondern von staatlichen Interventionen. Aber auch: Der freie Markt ist nicht nur etwas für Individualisten, sondern auch für Sozialisten und Kommunisten, sofern sie sich auf Freiwilligkeit verpflichten.

DIE SOZIALE ABSICHERUNG

Die Erzwingung von Sozialbeiträgen führt wie jeder andere ökonomische Zwang zu einer Abnahme der Produktivität, schmälert also das für soziale Zwecke verfügbare Geld. Damit ist den Arbeitsunfähigen nicht geholfen, zumal die Sozialleistungen in Zeiten knapper Staatskassen als erstes und am weitgehendsten gekürzt werden. Als Alternative, um im Falle von Arbeitsunfähigkeit nicht auf Almosen angewiesen zu sein, gibt es in der freien Gesellschaft die Möglichkeit freiwilliger Versicherungen.

In einer solidarischen Gruppe (Familie, Kollektiv, Kommune, o. ä.) stellt Arbeitsunfähigkeit eines Mitglieds kein Problem dar. Es gibt keine formalisierte Sozialhilfe, ebenso wenig Almosen oder eine institutionelle Versicherung; die Versicherung ist als gegenseitige Hilfe impliziert in der Solidarität.

Mit einer Versicherung können sich Menschen, die nicht in solidarischer Gruppe vergesellschaftet sind, und ganze Gruppen gegen die Gefahr schützen, bei Verlust des Existenzlohns auf Almosen angewiesen zu sein. Darüber hinaus können sie eine eventuell nötige Wartezeit zwischen zwei Anstellungen finanziell absichern, um nicht jede Arbeit annehmen zu müssen. Es macht keine Schwierigkeit, sich vorzustellen, wie verschieden-artige Versicherungstypen aus der freien Vereinbarung hervorgehen könnten.

Allerdings bleibt das Problem der Menschen, die von Geburt an oder vor dem Eintritt ins Arbeitsleben arbeitsunfähig oder nur eingeschränkt arbeitsfähig sind/werden. Auch dagegen wären Versicherungen denkbar (vorausgesetzt für deren Notwendigkeit ist das Fehlen einer solidarischen Gruppe). Eltern könnten vor der Geburt das Kind gegen Behinderung versichern; entweder mit einer einmaligen Summe oder mit einem Vertrag, der eine Zahlung in Zukunft vorsieht, wenn das Kind gesund zur Welt kommt.

Übrigens sind alle Sozialversicherungen, die heute der Staat verwaltet oder reglementiert, als freiwillige Selbsthilfe-Organisationen entstanden. Bis zur Jahrhundertwende haben sich sogar deutsche Gewerkschaften gegen *staatliche* Sozialversicherungen gewehrt, weil diese offensichtlich zur Zerschlagung der selbstverwalteten Arbeiterfonds gedacht waren.

IST RATIONALISIERUNG EIN PROBLEM?

Nun wird von vielen Seiten behauptet, Rationalisierung führe zu Arbeitslosigkeit. Um plausibel zu machen, dass es in der freien Gesellschaft keine unfreiwillige Arbeitslosigkeit gibt, muss gezeigt werden, dass durch die Entwicklung neuer technischer Hilfsmittel keine Arbeitslosigkeit entsteht. Zu dem Rationalisierungs-Theorem schrieb Ludwig von Mises:

»Die Verwirrung beginnt mit der Formulierung, Maschinen würden Arbeitskraft ›ersetzen‹. Tatsächlich macht die Hilfe der Maschinen die Arbeit effektiver. Der gleiche Input an Arbeit führt zu einer größeren Menge oder einer besseren Qualität von Waren. Der Einsatz von Maschinen führt nicht unmittelbar zu einer Reduktion der für die Herstellung einer Ware A Beschäftigten. Diese Reduktion ist eine sekundäre Folge, die sich dann einstellt, wenn sich sonst nichts ändert; dann senkt das vergrößerte Angebot von A dessen Grenznutzen gegenüber anderen Waren. Die technische Verbesserung der Produktion von A macht es möglich, andere Projekte zu verwirklichen, die bisher nicht verwirklicht werden konnten, weil die dazu benötigten Arbeiter mit der Produktion von A beschäftigt waren, denn nach A war die Nachfrage größer. Die Reduktion der Arbeitsplätze in der A-Industrie wird verursacht durch die Steigerung der Nachfrage in diesen anderen Branchen, denen sich nun die Chance zur Expansion bietet. Diese Einsicht macht übrigens alles Gerede über ›technisch bedingte Arbeitslosigkeit‹ zum dummen Geschwätz.«

Trotz dieser überzeugenden Zurückweisung des Rationalisierungs-Theorems erhebt sich die Frage, was denn wohl passiert, wenn es *keine* »steigende Nachfrage« in einem anderen Bereich gibt, d.h. wenn eine relative Sättigung der durch Waren zu erfüllenden Bedürfnisse vorliegt. Aus dieser Frage ist gefolgert worden, das Marktsystem müsse immer neue Bedürfnisse – wenn nötig künstlich (Stichwort: Konsumterror) – »produzieren« (Marx). In der Tat meinte Mises, die Frage nach einem Zustand erfüllter Bedürfnisse vernachlässigen zu können. Allerdings verstand er unter »Bedürfnis« nicht nur Bedürfnis nach mehr produzierten Waren. Im Anschluß an die zitierte Passage bemerkte er:

»Werkzeuge und Maschinen sind keine Arbeitskräfte

sparenden Mittel, sondern Mittel zur Erhöhung des Outputs in Relation zum Input. ... Sie erhöhen das Angebot und ermöglichen es, mehr Waren zu konsumieren und mehr freie Zeit zu haben.«

Im Falle von Rationalisierung bei nicht steigenden Bedürfnissen nach mehr Waren erhöht sich die Nachfrage nach Freizeit anstelle der nach Kaufkraft. Der Grund für die erhöhte Freizeit-Nachfrage ist leicht einzusehen: Da die Rationalisierung eine Preissenkung möglich und innerhalb einer freien Konkurrenz-Ökonomie auch nötig macht, können die Menschen bei konstanten Reallöhnen mehr konsumieren; in diesem Falle würden die durch die Rationalisierung freigesetzten Arbeiter neue Betätigungsfelder finden. Wenn die Menschen nicht mehr konsumieren wollen, können sie für weniger Lohn weniger arbeiten; in diesem Falle werden die durch Rationalisierung freigesetzten Arbeiter benötigt, um die Produktivität trotz sinkender Arbeitszeit aufrechtzuerhalten.

In der Diskussion um die Wirkung von Rationalisierung spielt auch folgendes Argument eine Rolle: Da in rationalisierten Produktionen weniger Arbeiter beschäftigt seien und mehr Geld für Maschinen ausgegeben werde, könnten die Arbeiter, die ja auch die Mehrzahl der Konsumenten sind (während Maschinen nichts kaufen), nicht mehr die Waren im vollen Umfang erwerben. Es entstünde unabhängig von steigenden oder sinkenden Bedürfnissen eine relative Überproduktion, die Arbeitslosigkeit nach sich ziehe. Dieses »Kaufkraftargument« übersieht, dass die Preise sich immer nach der Gesamtnachfragesumme dividiert durch die Gesamtangebotsstückzahl richten, nicht nach den vorgängigen Faktorkosten. Überproduktion kann ebenso wie eine Versorgungslücke in der freien Gesellschaft nur aus einem Irrtum der die Produktionsmengen festlegenden Personen (Unternehmer, Manager oder Produktionskollektive) *temporär* erwachsen.

GRENZEN DES WACHSTUMS?

Für die Metropolen ist es nicht unmittelbar ein Problem, ob

objektiver Mangel an Ressourcen bzw. technischer Naturbeherrschung vorliegt und dazu führt, dass »für einige Menschen der Tisch nicht gedeckt ist«, wie Malthus formulierte. Doch einerseits darf es uns, weil wir in den Metropolen durch politische, militärische und ökonomische Mittel uns mehr Ressourcen aneignen, als uns marktmäßig zustehen, es nicht egal sein, ob weltweit ein solcher Mangel besteht; und wenn es uns moralisch egal sein sollte, müssten wir immerhin der Möglichkeit ins Auge sehen, dass die von uns Enteigneten stark genug werden, »die Expropriateure zu expropriieren« (Marx). Andererseits tritt uns das Problem objektiven Mangels zunehmend in Gestalt »ökologischer Wachstumsgrenzen« entgegen.

Doch ist die Rede vom objektiven Mangel zu hinterfragen. Die Vorstellung in der menschlichen Entwicklung habe ein objektiver Mangel bis vor kurzem gewaltet und mit der eiserne Notwendigkeit einer Mangelgesellschaft die sozialen Strukturen diktiert ist inzwischen hinfällig geworden. Von Marshall Sahlins wissen wir, dass die Steinzeitgesellschaft eine Freizeit- und Überflußökonomie besaß; eine Kennzeichnung, die für viele bekannte segmentäre Gesellschaften gilt. Peter Kropotkin und viele nach ihm haben bewiesen, dass im Mittelalter Überfluss und Freizeit nicht unbekannt waren. Die Antike generell als Mangelgesellschaft zu bezeichnen, wäre absurd. Weniger als ein euro- und technozentristischer Maßstab von Naturbeherrschung scheint die Sozialstruktur den Grad an Überfluß resp. Armut zu determinieren, konkret: wieviel Freiheit die Menschen haben. Der arabische Denker Ibn Khaldun prophezeite seinen Landsleuten im 14. Jahrhundert, dass Krieg, Zentralisation und Steuern den Wohlstand vernichten würden. Ebenso brechen heute in hochtechnisierten Metropolen Mangel und Not erneut hervor.

Die an sich berechtigte Sorge um die Ökologie gibt den Herrschenden in aller Welt leider ein gutes Alibi für Misswirtschaft. Mit dem Hinweis auf Dürre und Bodenverschlechterung etwa ist die Frage vom Tisch, ob nicht das interventionistische ökonomische System in den Ländern der Dritten Welt an der katastrophalen Versorgungslage wenigstens mitschul-

dig sei. Dieser Einwand macht selbst für so schockierende Dokumente wie »Global 2000«, dessen Zahlen ausschließlich auf Regierungsstatistiken beruhen, eine kritische zweite Analyse notwendig.

Allerdings könnte es für die Metropolen tatsächlich eine ökologische Wachstumsgrenze geben. Eine Strategie, die Arbeitslosigkeit durch staatlich forciertes Wirtschaftswachstum beseitigen will, verstößt also nicht nur gegen den Grundsatz der Freiheit – vielleicht wollen die Menschen gar nicht mehr Waren –, sondern vielleicht auch gegen das ökologisch Machbare. Nullwachstum oder gar negatives Wachstum stellen jedoch für die freie Gesellschaft kein Problem dar: In ihr ergibt sich Nachfrage nach beispielsweise sauberer und ruhiger Umwelt anstelle nach Waren und Freizeit. Dies allerdings nur und erst, wenn Umwelt nicht weiter als frei verfügbares und zu missbrauchendes Gemeingut angesehen wird, sondern als individuelles Eigentum, von dem Beschädigungen und Beeinträchtigungen abgewendet werden können.

MARKT-MONOPOLE: REINE FABELWESEN

Demjenigen, der radikal für die ökonomische Selbstbestimmung der Menschen, also für den Markt, eintritt, wird oft entgegengehalten, das Prinzip der Marktwirtschaft sei ja in Ordnung, aber es gäbe Formen von »Marktversagen«, die das Eingreifen mit staatlicher Gewalt notwendig machten. Die beiden wichtigsten Formen von (angeblichem) Marktversagen sind: *Monopole*, die sich auf dem Markt bilden, und das vermeindliche Versagen des Marktes, »öffentliche Güter« (Sicherheit, Kultur, Umweltschutz usw.) zur Verfügung zu stellen.

Zunächst zum Thema Monopole. Stellen wir uns den Markt für Schokolade vor. Wir vereinfachen das Marktgeschehen und nehmen an, es gäbe nur Schokolade in Tafeln, die zu 1 DM verkauft würden. Verschiedene Firmen bieten solche Tafeln an, und alle verdienen 0,10 DM an jeder Tafel.

Der stärkste Anbieter von Schokolade heißt »Gier AG«. Die »Gier AG« möchte den Markt monopolisieren. Zu diesem Zweck beginnt sie, ihre Schokoladen-Tafeln für 0,80 DM zu

verkaufen, um die Konkurrenz aus dem Markt zu verdrängen. Pro Tafel Schokolade macht die »Gier AG« nun einen Verlust von 0,10 DM. Nachdem sie 100 Mio Tafeln Schokolade verkauft hat, hat die »Gier AG« das Ziel erreicht und ist All-einanbieter – landläufig spricht man von »Monopol«. Die »Gier AG« hat nun einen Verlust von 10 Mio DM. Um den Verlust auszugleichen, verkauft die »Gier AG« nun die Tafel für 1,10 DM. Die Kunden müssen – wenn sie durchaus Schokolade essen wollen – diesen überhöhten Preis zahlen, weil es ja keine Mitbewerber mehr gibt. Die »Gier AG« müßte wiederum 100 Mio Tafeln zu 1,10 DM verkaufen, um den Verlust auszugleichen. Erst danach gäbe es einen »Monopolgewinn«.

Aber dazu kommt es nicht. Ein gewitzter Geschäftsmann, der den Schokoladen-Markt beobachtet, beginnt mit einer alten Maschine, die er günstig von einem der bankrotten Mitbewerber von der »Gier AG« ersteigert hat, mit der Produktion von Schokolade, die er zu 1,05 DM je Tafel anbietet. Er macht pro Tafel einen Gewinn von 0,15 DM – mehr als die »Gier AG«, obwohl er die Ware billiger anbietet.

Um keine weiteren Marktanteile zu verlieren, senkt die »Gier AG« auch ihre Preise auf 1,05 DM je Tafel. Damit verlangsamt sich der Ausgleich des Verlustes. Doch es kommt noch schlimmer: Der neue Konkurrent senkt seine Preise weiter. Dies kann er tun, ohne daß er in die Verlustzone gerät. Er bietet nun die Tafel Schokolade zum Preis der guten alten Zeit an, nämlich 1 DM. Die »Gier AG« muß auch hier nachziehen und kann darum ihre Verluste nicht mehr ausgleichen. Sie bleibt auf einem Verlust sitzen, was die Aktionäre sehr erbost. Für das mißlungene Aktion »Monopol« wird der Vorstand gefeuert.

(Natürlich ist es wahrscheinlich, dass bei dem Preis von 1,10 DM pro Tafel *weniger* Schokolade konsumiert würde als bei einem Preis von 1 DM, so dass die »Gier AG« sowieso in die Verlustzone geräten wäre!)

Ganz anders geht die Sache natürlich aus, wenn der Vorstand der »Gier AG« über gute politische Kontakte verfügt. Er könnte etwa die Politiker nach erfolgter Monopolisierung da-

zu bringen, ein »Gesetz gegen Preisdumping« zu erlassen: Eine Tafel Schokolade *muss* 1,10 DM kosten. Dann hätte der neue Konkurrent keine guten Chancen zum Markteintritt. Oder der Vorstand der »Gier AG« könnte den Politikern sagen, ruinöser Wettbewerb würde dazu führen, dass Arbeitsplätze in der »Gier AG« gefährdet würden. Man braucht also Subventionen, um die Verluste auszugleichen. – Dies sind nur zwei sehr einfache Möglichkeiten. Die meisten staatlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben dienen in dieser und ähnlicher Weise dem Monopolschutz. – Dies ist nicht etwa nur das Ergebnis abstrakter oder modelltheoretischer Überlegungen, sondern kann auch in der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts genau belegt werden (vgl. z. B. Kolko 1963).

Ein Monopol kann demnach nur mit staatlicher Unterstützung entstehen. Auf dem freien Markt kann es allenfalls dazu kommen, dass es einen Alleinanbieter gibt – *wenn* dieser Alleinanbieter die höchstmögliche Qualität zum geringstmöglichen Preis zur Verfügung stellt. Ein solcher Alleinanbieter wäre kein »Volksschädling«, sondern ein Engel...

ÖFFENTLICHE GÜTER: EINLADUNG ZUM TRITTBRETTFAHREN

Zum Schluss ein paar Worte über das zweite (angebliche) Marktversagen: Der Markt würde, so die Kritik, bestimmte wünschenswerte Güter nicht produzieren. Es ist nämlich – angeblich – so, dass es Güter gibt, die alle Menschen nutzen. Für solche »öffentlichen Güter« möchte jeder, dass der Nachbar bezahlt, so dass er sie nutzen kann, ohne sie zu bezahlen. Dies ist das so genannte »Trittbrettfahren«.

Ein Beispiel ist die Sicherheit. Angenommen, es gäbe keine staatliche Polizei. Vielmehr müsste jeder Bürger seine Sicherheit durch private Wachdienste selbst organisieren. Der Wachmann, der das Haus von Familie Müller beobachtet, schreckt jedoch auch Diebe ab, die bei Familie Meyer einbrechen beabsichtigen. Familie Meyer bekommt also die Sicherheit umsonst, sie ist »Trittbrettfahrer«. Weil Familie Müller dies ungerecht findet, verzichtet sie – nach Meinung derjenigen, die von »Marktversagen« sprechen – darauf, den Wach-

dienst anzuheuern. Die Produktion von Sicherheit, die alle wollen, kommt nicht zustande.

Doch die Meinung derjenigen, die von »Marktversagen« sprechen, ist nicht überzeugend. Wenn Familie Müller Angst vor einem Überfall hat, wird sie den Wachdienst engagieren, egal ob die Nachbarn mit profitieren oder nicht. Denn: Niemand würde freiwillig in Angst und Schrecken leben nur darum, weil die Nachbarn in dem Fall, dass man für sich selbst den Schrecken abstellt, auch einen Vorteil hätten. Oder anders gesagt: Wenn Familie Müller darauf verzichtet, einen Wachdienst zu engagieren, weil sich Nachbar Meyer an den Kosten nicht beteiligt, ist Sicherheit für sie kein so wichtiges Bedürfnis. Daraus abzuleiten, dass Familie Müller das Recht habe, die Nachbarn zur Zahlung von Beiträgen zu ihrer Sicherheit zu zwingen, ist absurd: Es würde sich in diesem Fall schlicht und einfach um Schutzgelderpressung handeln.

Warum wird die Lüge von den »öffentlichen Gütern« so hartnäckig propagiert? Schauen wir uns die Sache genauer an. Es leuchtet ein, dass ein reicher Mensch ein höheres Sicherheitsbedürfnis hat als ein armer Mensch: Der Reiche hat zum Beispiel mehr, was Diebe stehlen wollen. Ein Armer hat kaum etwas, was ihm jemand abnehmen könnte. In der konsequenten Marktwirtschaft muß der Reiche also mehr für sein höheres Sicherheitsrisiko bezahlen. Für *ihn* – und *nur* für ihn – ist es von Vorteil, wenn die Sicherheit als »öffentliches Gut« von allen bezahlt wird. Dadurch verteilt er seine Kosten auf diejenigen, die gar kein so hohes Sicherheitsbedürfnis haben.

Gleiches gilt auch für die anderen »öffentlichen Güter«: Die (wenigen) Leute, die die Oper lieben, möchten natürlich, dass sie nicht allein für die hohen Kosten aufkommen. Sie plädieren dafür, die Oper als »öffentliches Kulturgut« zu subventionieren – aus der Tasche derjenigen, die sich aus Opernaufführungen nichts machen. Bezüglich der Bildung habe ich das ja in Kapitel VI bereits ausführlich dargestellt.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten: Die Rede vom »Marktversagen« ist ideologisch. Mit ihm wird verschleiert, dass Leute nicht mit dem Ergebnis zufrieden sind, das durch

die freiwilligen Handlungen der einzelnen Menschen zustande kommt. Der Sinn des Wortes »Marktversagen« besteht ausschließlich darin zu rechtfertigen, dass der Staat mit Zwang in die freiwilligen Handlungen der Menschen eingreift: Er zwingt sie, anders zu handeln, als sie handeln wollen. Dies ist offensichtlich ein Verstoß gegen die Freiheit.

Vom Zwang des Staates profitieren immer diejenigen, die den grössten Einfluß auf den Staat haben. Es verlieren immer diejenigen, die ohnmächtig, bescheiden, selbstgenügsam, arm, unterprivilegiert und diskriminiert sind. Der Staat ist eine unsoziale Einrichtung. Gerechtigkeit kann es nur geben, wenn die Entstaatlichung so weit wie möglich getrieben wird.

- Baader, Roland**, Fauler Zauber: Schein und Wirklichkeit des Sozialstaates, Gräfeling 1997.
- Bakunin, Michael**, Staatlichkeit und Anarchie (1866), Frankfurt/M. 1972. Ein klassischer Text des Anarchismus, der in Konkurrenz zu Marx die Armut im 19. Jahrhundert auf den Einfluss des Staates (und nicht auf die »anarchische« Wirtschaftsweise) zurückführt.
- Banfield, Edward**, The Unheavenly City Revisited, Boston 1984. Viele Informationen darüber, wie staatliche Planung die Städte zerstört. In Bezug auf Armut vertritt Banfield die These, dass die Differenz zwischen Unter- und Mittelschicht die Zeitpräferenz ist (d.h. die Unterschicht sei auf kürzerfristige Bedürfnisbefriedigung aus und weniger bereit, im Interesse der Zukunftssicherung Frustrationen hinzunehmen). Dies vermittelt wichtige Einsichten in die Ursache von Fehleinschätzungen staatlicher Stellen, die sich an der Werthaltung der Mittelschicht orientieren, ist aber als Erklärung der Armut letztlich nicht ausreichend.
- Bauer, Peter**, Dissent on Development, Cambridge 1979. Eine präzise argumentierte Ablehnung der Entwicklungshilfe, die die Bevölkerung der Zielländer weder entwickelt, noch ihr hilft.
- Bell, Daniel / Kristol, Irving (Hg.)**: Die Krise in der Wirtschaftstheorie, Berlin 1984. Aus Blickwinkeln verschiedener ökonomischer Theorieschulen wird die Lage der 1980er Jahre diskutiert. Das erste Mal nimmt die etablierte Ökonomie die »österreichische Schule« wieder wahr.
- Blankertz, Stefan**, Ronald Reagan an der Macht, Wetzlar 1981. Die Voraussagen, am Anfang der »Reaganomics« verfasst, haben sich (leider!) alle bewahrheitet...
- Blankertz, Stefan**, Politik der neuen Toleranz: Plädoyer für einen radikalen Liberalismus, Wetzlar 1988.
- Blankertz, Stefan**, Legitimität und Praxis, Wetzlar 1989. Systematisierung aller pädagogischen, soziologischen und ökonomischen Argumente gegen die öffentliche Schule.

- Blankertz, Stefan**, Die Therapie der Gesellschaft, Wuppertal 1998.
- Block, Walter**, Defending the Undefendable, New York 1976. Witzige und doch tief sinnige Anwendung marktwirtschaftlicher Analysen auf gesellschaftliche »Randgebiete« wie Prostitution usw. Ein gelungenes Stück Arbeit wider die konservativen Moralapostel!
- Block, Walter (Hg.)**, Discrimination, Affirmative Action, and Equality of Opportunity, Vancouver 1982. Sammlung von Texten verschiedener Autoren, die zeigen, dass staatliche Anti-Diskriminierungsprogramme das Gegenteil des Gewollten bewirken. Empirische und theoretische Belege.
- Bronzen, Yale**, The Minimum Wage: Who Pays, Washington 1966. Eine der ersten Untersuchungen über die Wirkung von Mindestlohngesetzen.
- Corbett, Kathleen / Bowles, Samuel**, The Destruction of a Continent: Africa and International Help, San Diego 1982. Bericht über die Verwüstungen, die die sog. »Entwicklungshilfe« in Afrika anrichtet.
- Foucault, Michel**, Überwachen und Strafen, Frankfurt/M. 1976. Foucault verfißt mit »post-modernen« Argumenten und einer Masse von sozialhistorischen Belegen die These, dass das Ziel der Gefängnisse weder der Schutz der Gesellschaft noch die Besserung der Gefangenen sei, sondern vielmehr die Schaffung einer Schicht von Kriminellen, deren Existenz dem Staat Gelegenheit verschafft, seine eigene Notwendigkeit zu demonstrieren.
- Frazer Institut**, Rent Control: A Popular Paradox, Vancouver 1975. Sammlung von Texten (darunter ein Text von Hayek aus dem Jahre 1925!), in denen gezeigt wird, dass Mietkontrollen und Mieterschutz das Gegenteil dessen herbeiführen, was beabsichtigt ist: Das Ergebnis sind nämlich höhere Mieten und weniger preiswerter Wohnraum für die Armen.
- Friedman, David**, The Machinery of Freedom, New Rochelle 1975. Viele praktische Ansätze zur radikalen Privatisierung von der Schule bis zu Polizei und Gefängnissen.

- Friedman, Milton**, Kapitalismus und Freiheit (1962), Frankfurt/M. 1984. Zwar nicht sehr radikal, dafür viele anschauliche Beispiele, wie staatliche Monopole (z.B. im Bildungswesen) zu geringeren Chancen der weniger Verdienenden führen.
- Glucksmann, André**, Politik des Schweigens, Stuttgart 1987. Bericht und »post-moderne« Analyse, wie in Äthiopien eine Hungersnot durch die marxistische Regierung bewusst erzeugt und dann politisch ausgeschlachtet wurde.
- Goodman, Paul**, Communitas (1947), Köln 1992. Ein psychologisch, ästhetisch und ökonomisch fundierter Aufruf an die Bürger, die städtebauliche Planung nicht Behörden zu überlassen, sondern selbst in die Hand zu nehmen.
- Goodman, Paul**, Das Verhängnis der Schule (1964), Frankfurt/M. 1975. Eine fast schon klassische Polemik gegen die öffentliche Schule.
- Goodman, Paul**, People or Personnel, New York 1965. Untersuchung über die psychosozialen Auswirkungen der Bürokratisierung.
- Habermann, Gerd**, Der Wohlfahrtsstaat: Geschichte eines Irrwegs, Berlin 1997. Ein historisch-kritischer Vernichtungsschlag gegen die Ideologie des Sozialstaates.
- Hansen, W. Lee / Weisbrod, Burton A.**, Benefits, Costs, and Finance in Public Higher Education, Chicago 1969. Die erste Studie zu den Umverteilungswirkungen der öffentlichen höheren Bildung. Das Ergebnis: Von der staatlichen Finanzierung profitiert die Mittel-, nicht die Unterschicht.
- Hayek, F.A.**, Individualismus und wirtschaftliche Ordnung, Salzburg 1976. Kein direkter Bezug zur Theorie des Wohlfahrtsstaates, dafür jede Menge nützliches ökonomisches Handwerkszeug.
- Hayek, F.A.**, Unemployment and Monetary Policy: Government as Generator of the Business Cycle, San Francisco 1979. Eine brillante kurze Analyse der zyklischen Krisen, die der Staat schafft und damit Arbeitslosigkeit produziert. Die Rede F.A. Hayeks anlässlich der Verleihung des Nobelpreises.

- Hoppe, Hans-Hermann**, Eigentum, Anarchie und Staat, Opladen 1987. Eine der grundlegendsten philosophischen Verteidigungen des Eigentums als Ausgangspunkt für jeden sinnvollen Begriff der Freiheit.
- Institut of Economic Affairs**, The Long Debate on Poverty, London 1974. Eine Sammlung von Texten, die zeigen, dass die von Sozialisten beklagte Armut des 19. Jahrhunderts nicht auf den Kapitalismus, sondern auf staatliche Interventionen zurückzuführen sind.
- Katz, Michael**, The Irony of Early School Reform, Boston 1968. Historische Untersuchung zu den Motiven der Einführung des öffentlichen Schulsystems: Nicht der Wunsch, den Armen zu helfen, sondern sie auszubeuten, war die Triebfeder.
- Kolko, Gabriel**, The Triumph of Conservatism, New York 1963. Historische Belege für die bahnbrechende These, dass die Monopolisierung des Marktes Anfang des 20. Jh. durch Staatstätigkeit verursacht wurde.
- Krauss, Melvyn**, Development Without Aid: Growth, Poverty, and Government, New York 1983. Polemik gegen die Entwicklungshilfe. Zahlreiche Beispiele, dass die Entwicklung der dritten Welt um so besser vorankommt, je weniger ausländische Eingriffe es gibt.
- Lavoie, Don**, National Economic Planning: What Is Left, Cambridge 1985. Umfassende Abrechnung mit dem Unsinn der linken Ansicht, durch zentrale Planung könne Wohlstand für alle geschaffen und verteilt werden.
- Lapage, Henri**, Der Kapitalismus von morgen (1978), Frankfurt/M. 1979. Überblick über die Theorien der »Chigago School« und der »Public Choice School«.
- Leube, Kurt (Hg.)**, The Political Economy of Freedom, München 1985. Zum Teil recht radikale Essays rund um die politische und ökonomische Theorie Hayeks.
- Lichtschlag, André F.**, Liberale, Anarchisten und Kapitalisten greifen das demokratische Gemeinwesen an: Libertarianism – eine (anti)politische Bewegung in den USA und ihre Bedeutung für Deutschland, Grevenbroich 2000.

- Liggio, Leonard / Martin, James (Hg.)**, Essays on New Deal Foreign Policy, Colorado Springs 1976. Die Texte beleuchten den Zusammenhang zwischen interventionistischer Wirtschafts- und Geldpolitik und der Genesis des zweiten Weltkrieges.
- Mises, Ludwig**, Liberalismus (1927), Sankt Augustin 1993.
- Mises, Ludwig**, Die Gemeinwirtschaft (1932), Salzburg 1981. Der theoretische Beweis, dass Sozialismus im Sinne zentraler staatlicher Planung nicht funktionsfähig sei und dementsprechend nicht dazu geeignet ist, sozialen Ausgleich zu schaffen. Alle hier gemachten theoretischen Voraussagen von Mises sind inzwischen empirisch belegt.
- Mises, Ludwig**, Nationalökonomie (1940; engl. 1963 »Human Action«), München 1980. Das grundlegende Werk der libertären Ökonomie.
- Murray, Charles**, Loosing Ground, New York 1984. Empirische Studie, die nachweist, dass der Wohlfahrtsstaat die Aussichten der armen und diskriminierten Bevölkerungsgruppen in den USA nicht verbessert, sondern entscheidend verschlechtert hat.
- Nasaw, David**, Schooled to Order, New York 1979. Historische Untersuchung, die zeigt, dass die Einführung der öffentlichen Schule die Armen entmündigen (und ihnen nicht helfen) sollte.
- Prengel, Annedore**, Schulversagerinnen, Gießen 1984. Studie zur einseitigen Wertorientierung der öffentlichen Schule an »männlichen« Idealen.
- Reisman, George**, Staat contra Wirtschaft (1979), München 1982.
- Rothbard, Murray**, Man, Economy, and State (1962), Los Angeles 1970. Ausarbeitung von Mises' »Human Action« bis ins letzte Detail.
- Rothbard, Murray**, America's Great Depression (1963), New York 1983. Kombinierte theoretische und historische Untersuchung zur Ursache der amerikanischen Wirtschaftskrise, die erst zum Faschismus und dann zum Wohlfahrtsstaat geführt hat.

- Rothbard, Murray**, Power and Market: Government and the Economy, Kansas City 1977. Analyse, wie die Mächtigen im eigenen Interesse in die Wirtschaft eingreifen (und nicht zum Wohle der Armen).
- Rothbard, Murray**, The Ethics of Liberty, Atlantic Highlands 1982. Dieses Buch lässt (fast) keine Fragen offen hinsichtlich der Anwendbarkeit des libertären Eigentumsrechts auf alle Alltagssituationen. Deutsch: Die Ethik der Freiheit, St. Augustin 1999.
- Rothbard, Murray**, The Mystery of Banking, o.O. 1983. Rothbard zeigt, dass die Banken nicht auf marktwirtschaftlicher Grundlage, sondern nur durch staatliche Privilegien, ihre Macht entfalten.
- Sale, Kirkpatrick**, Human Scale, New York 1980. Sehr detaillierte Darstellung der zerstörerischen Wirkung von staatlichen Maßnahmen in vielen Lebensbereichen. Viele Beispiele aus dem Bereich der Armut.
- Sowell, Thomas**, Markets and Minorities, New York 1981. Analyse, die zu dem Ergebnis führt, dass Minderheiten auf dem Markt mehr Chancen haben, Diskriminierung zu überwinden, als durch staatliche Eingriffe.
- Tullock, Gordon**, Welfare for the Well-to-do, Dallas 1983. Zusammenfassung empirischer Studien, die aussagen, dass die Maßnahmen des Wohlfahrtsstaates zumeist der Mittelschicht zugute kommen.
- West, E.G.**, Education and the Industrial Revolution, London 1975. Historische Studie mit dem Ergebnis, dass die Einführung der staatlichen Schule das ökonomische Fortkommen der Armen behindert (und nicht befördert) hat.
- Williams, Walter**, The State against the Blacks, New York 1982. Polemiken mit dem Inhalt, dass der Staat (nicht Wirtschaft und freie Bürger) Ursache der Diskriminierung von Schwarzen ist.